G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Daniel Lulinski
Zu Giereks Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz in Warschau

Bernd Greiner
„Aggressiv, natürlich auf friedliche Weise"
Die Außenpolitik der Carter-Administration

Helmut Wolfgang Kahn
Vergessene Interventionen?

Christian Götz
Der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms

Gaby Zipfel
Die Frauenbewegung und der „Starke Mann"

Das Konzept des F. J. Strauß
Aus Reden und Schriften des Kanzlerkandidaten

3'80

März 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

März 1980

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1980 257

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zu Edward Giereks Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz in Warschau ... *Daniel Lulinski* 260

„Fällt" auch El Salvador? ... *Ulrich Rupp* 262

Ein Jahr EWS ... *Axel Pinck* 264

GLOSSE

Kein Button im Dienst! ... *Alfred Kreutzberg* 267

HAUPTAUFSÄTZE

„Aggressiv, natürlich auf friedliche Weise" Die Außenpolitik der Carter-Administration ... *Bernd Greiner* 268

Vergessene Interventionen? Ein chronologischer Abriß ... *Helmut Wolfgang Kahn* 290

Der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms Eine Übersicht über die Veränderungen gegenüber dem geltenden Programm von 1963 ... *Christian Götz* 307

Die Frauenbewegung und der „Starke Mann" ... *Gaby Zipfel* 318

Was wurde aus der „Großen Steuerreform"? ... *Vera Holz* 326

Das Konzept des F. J. Strauß Aus Reden und Schriften des Kanzlerkandidaten ... 341

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ... *Jörg Goldberg* 373

MEDIENKRITIK

„... dann wehr ich mich" ... *Günter Giesenfeld* 377

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Gemeinsame Erklärung anläßlich der 35. deutsch-französischen Konsultationen am 4. und 5. Februar 1980 in Paris (Wortlaut) ... 378

Vorschlag Edward Giereks vom 11. Februar 1980 für eine gesamteuropäische Abrüstungskonferenz in Warschau (Auszug aus dem Referat des Politbüros an den VIII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei) ... 379

Aufruf zu einem Kongreß aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg am 8. Mai 1980 in Mannheim (Wortlaut) ... 380

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Fünfundzwanzigster Jahrgang · Heft 3/1980

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Februar 1980

1.2 – Naher Osten. Ministerpräsident Khalil (Ägypten), Innenminister Burg (Israel) und Sonderbotschafter Sol Linowitz (USA) vertagen ihre in Herzliya bei Tel Aviv geführten Gespräche über eine Teilautonomie für die Palästinenser in Westjordanien. Die Verhandlungen werden am 27. 2. in Schewenigen (Niederlande) fortgesetzt. – Am 26. 2. bestätigt das State Department in Washington die geplante Lieferung von 250 Panzern vom Typ M-60 und 40 Flugzeugen vom Typ F-16 an Ägypten. Die militärischen Ausrüstungen sollen weitgehend durch amerikanische Kredite finanziert werden.

2.2 – UNO. Der Sicherheitsrat fordert Großbritannien in einer Resolution auf, die Vereinbarungen vom Dezember v.J. über die Zukunft von Zimbabwe-Rhodesien (vgl. „Blätter", 1/1980, S. 3) „vollständig und unparteiisch" zu verwirklichen. Eine entsprechende Resolution wird mit 14 Stimmen in Abwesenheit des britischen Vertreters angenommen. – Am 20. 2. kündigt Generalsekretär Waldheim auf einer Pressekonferenz in New York die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des ehemaligen Schah des Iran an. Die Kommission habe die Aufgabe, zur Feststellung der Tatsachen nach Teheran zu reisen, „um iranische Beschwerden anzuhören und eine baldige Lösung der Krise zwischen dem Iran und den USA zu ermöglichen". Der Untersuchungsbericht solle dem Generalsekretär sobald wie möglich vorgelegt werden. Die fünf Kommissionsmitglieder sind: Andres Aguilar (Venezuela) und Mohamed Bedjaouil (Algeri-

en) als Ko-Vorsitzende, Adyb Daudy (Syrien), Harry W. Jayawardene (Sri Lanka) und Louis Edmond Petitti (Frankreich). Die Kommission nimmt am 24. 2. die Arbeit in der iranischen Hauptstadt auf.

3.–5. 2. – Frankreich/BRD. Im Rahmen der 35. Regierungskonsulationen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich führt Bundeskanzler Schmidt in Paris einen Meinungsaustausch mit Präsident Giscard d'Estaing. Über das Ergebnis informiert eine „Gemeinsame Erklärung" (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Präsident Giscard erklärt nach den Verhandlungen in einem Interview, Frankreich wolle mit der Sowjetunion einen Dialog aufrechterhalten, „der es erlaubt, die Möglichkeiten und die Bedingungen zu definieren, nach denen der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan vollzogen werden kann".

4. 2. – UdSSR. Auf einem Empfang zu Ehren des in Moskau weilenden Präsidenten von Kampuchea, Heng Samrin, befürwortet Generalsekretär Breschnew die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa. Bei der Eindämmung des Wettrüstens und der Ausmerzung von Konfliktherden in Südostasien, im Nahen und Mittleren Osten und bei der vorgeschlagenen Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone seien Fortschritte notwendig. – Am 22. 2. äußert sich Breschnew aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken (am 24. 2.) in Moskau u. a. zur sowjetischen Haltung gegenüber Afghanistan: „Ich möchte mit aller Bestimmheit erklären: Wir sind bereit, mit dem Abzug unserer Truppen zu beginnen, sobald alle Formen der gegen die Regierung und das Volk von Afghanistan gerichteten Einmischungen von außen eingestellt sind. Die USA sollten das mit den Nachbarn Afghanistans garantieren, dann entfällt auch die Notwendigkeit der sowjetischen Militärhilfe."

– Pakistan/Indien. Staatssekretär R. D. Sathe vom indischen Außenministerium trifft in Islamabad ein, um mit der pakistanischen Regierung die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zu erörtern. Der Reise war ein Austausch von Botschaften zwischen Premierminister Frau Gandhi und Präsident Zia-ul-Haq vorausgegangen.

5. 2. – Abrüstung. Der Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament/CD) beginnt in Genf mit einer neuen Verhandlungsrunde (vgl. „Blätter", 8/1979, S. 898 und 9/1978, S. 1027). Erstmalig seit Einsetzung des Ausschusses (vgl. „Blätter", 2/1979, S. 131) nimmt die Volksrepublik China ihren Sitz am Konferenztisch ein.

5.–6. 2. – Sozialistische Internationale. Vertreter von 28 sozialdemokratischen und sozialistischen Mitgliedsparteien beraten in Wien vertraulich über die internationale Lage. Den Vorsitz der Konferenz führt Willy Brand. Der österreichische Bundeskanzler Kreisky berichtet über seine Reise in mehrere Staaten Asiens und des Nahen Ostens. In einem abschließenden „Statement" heißt es, zur Politik der Entspannung gebe es keine rationale Alternative. Es sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, auf eine Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hinzuwirken.

9. 2. – IOC. Vor der 82. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), das aus Anlaß der Olympischen Winterspiele in Lake Placid (USA) tagt, wiederholt Außenminister Vance die amerikanische Forderung nach Absage, Verlegung oder Verschiebung der Olympischen Sommerspiele 1980. Das IOC distanziert sich von Vance und verabschiedet am 14. 2. einstimmig eine Erklärung, in der es heißt: „Alle 73 Mitglieder ... stimmen überein, daß die Spiele in Moskau wie geplant stattfinden müssen." Präsident Carter fordert daraufhin erneut das Nationale Olympische Komitee der USA auf, die Sommerspiele zu boykottieren.

11. 2. – Polen. In seiner Eröffnungsrede vor dem 8. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR) schlägt Parteisekretär Edward Gierek die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa nach Warschau vor (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Während des Parteitages tritt Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz zurück und scheidet auch aus dem Politbüro der Partei aus. – Am 18. 2. bestimmt das Parlament (Sejm) Edward Babiuch zum neuen Ministerpräsidenten.

12.–14. 2. – Indien/UdSSR. Der sowjetische Außenminister Gromyko verhandelt in Neu Delhi mit seinem Amtskollegen Rao und mit Ministerpräsident Frau Gandhi. In einem Kommuniqué heißt es: „Die Gespräche, die in einer Atmosphäre von gegenseitigem Vertrauen und Herzlichkeit stattfanden, beschäftigten sich mit der internationalen Situation einschließlich der Entwicklungen in der Region und darüber hinaus."

13. 2. – USA. Präsident Carter ordnet die Verstärkung der amerikanischen Truppen im Arabischen Meer an. Es sollen eine Einheit von 1800 Marinesoldaten mit vier Kriegsschiffen, darunter ein Hubschrauberträger, in die Gewässer vor dem Persischen Golf entsandt werden.

– KSZE. Das Außenministerium in Helsinki teilt mit, Finnland habe in den zurückliegenden Wochen allen Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) Vorschläge zur Ausarbeitung eines Abrüstungsprogramms im Rahmen der Vorbereitungen für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid (Herbst 1980) übermittelt. Die Verhandlungen sollten alle Waffenarten und das gesamte Territorium Europas umfassen. – Am 18. 2. eröffnet die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Hildegard Hamm-Brücher, in Hamburg ein Forum der KSZE-Staaten, auf dem Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in den Geisteswissenschaften und der Medizin geprüft werden sollen.

18. 2. – Kanada. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen kann die Liberale Partei unter Pierre Trudeau mit absoluter Mehrheit (146, bisher 114 Sitze) in das Unterhaus zurückkehren. Die Konservativen unter Premierminister Joe Clark müssen eine Niederlage hinnehmen (103, bisher 136 Sitze). Trudeau übernimmt nach dem Rücktritt von Clark wiederum das Amt des Premierministers (zu den Wahlen vom Mai v. J. vgl. „Blätter", 6/1979, S. 643).

– Iran. Der erste „Kongreß der islamischen Revolution" (10 000 Teilnehmer) beschließt in Teheran ein Programm, das „eine entschlossene Regierung" fordert, „deren Arbeit von Gesetzen und nicht von persönlichen Beziehungen bestimmt wird". Ayatollah Khomeini richtet eine Grußbotschaft an die Delegierten. – Am 19. 2. überträgt Khomeini seine Funktion als Oberkommandierender der Streitkräfte auf Präsident Bani Sadr, der am 4. 2. sein Amt angetreten hatte (vgl. „Blätter", 2/1980, S. 129).

19. 2. – EG. Auf einer Zusammenkunft der Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in Rom steht ein britischer Vorschlag zur Diskussion, Afghanistan zu neutralisieren und diese Neutralität international zu garantieren. Die Moskauer Parteizeitung „Prawda" schreibt zu dem EG-Vorschlag, es handele sich um eine Fortsetzung des Bestrebens, sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen.

20. 2. – DDR/BRD. Der Staatsratsvorsitzende Honecker empfängt Staatssekretär Gaus, den Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, zu einer Unterredung über den Stand der Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Einzelheiten werden nicht bekannt. Am Vortag (19. 2.) hatte Bundeskanzler Schmidt mit Honecker ein Telefongespräch geführt.

23.–29. 2. – China. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei tagt in Peking und faßt wichtige personalpolitische Beschlüsse. Vier Mitglieder des Politbüros, unter ihnen der stellvertretende Ministerpräsident Wang Dongxing, verlieren ihre Posten in Partei und Staat. Das ZK stimmt außerdem der „Rehabilitierung" des (inzwischen verstorbenen) früheren Staatspräsidenten Liu Shaoxi zu, der im Oktober 1968 wegen „antirevolutionärer Verbrechen" aus der Partei ausgeschlossen worden war (vgl. „Blätter", 11/1968, S. 117).

26. 2. – Ägypten/Israel. Mit der Überreichung von Beglaubigungsschreiben durch Botschafter Ben Elissar in Kairo und Botschafter Saad Murtada in Jerusalem werden diplomatische Beziehungen zwischen beiden Staaten aufgenommen. – In Ägypten und in den von Israel besetzten arabischen Gebieten kommt es zu Protestaktionen.

– Frankreich. Präsident Giscard d'Estaing äußert sich in einem Fernsehinterview zur internationalen Lage. Der Präsident erklärt, Frankreich stimme mit den USA im Hinblick auf die zu ergreifenden Maßnahmen wegen der Ereignisse in Afghanistan nicht in allen Punkten überein. Zwang oder Drohungen könnten die französische Regierung von ihrer eigenständigen Politik nicht abbringen.

27.–29. 2. – Zimbabwe-Rhodesien. Die farbige Bevölkerung wählt 80 Abgeordnete des neuen Parlamts (100 Abgeordnete). Es entfallen auf die „Zimbabwe African National Union" (ZANU/PF) unter Robert Mugabe 57 und auf die „Patriotic Front" (PF) unter Joshua Nkomo 20 Sitze. Der „United African National Council" (UANC) des zeitweiligen Ministerpräsidenten Abel Muzorewa erhält nur 3 Sitze. Die weiße Bevölkerung hatte in einer vorangegangenen Abstimmung die ihnen zustehenden 20 Parlamentssitze der „Rhodesischen Front" des früheren Ministerpräsidenten Smith übertragen.

Kommentare und Berichte

Zu Edward Giereks Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz in Warschau

Die gegenwärtig sehr komplizierte internationale Lage hemmt immer mehr den Entspannungsfortschritt, auch in Europa. Durch den Druck von Übersee und die Handlungen der NATO-Falken besteht die Gefahr, daß der Entspannungsprozeß auf unserem Kontinent rückgängig gemacht wird und alle politischen Errungenschaften, dank derer Europa die längste Friedenszeit in seiner Geschichte genießt, in Frage gestellt werden. Polen und seine sozialistischen Verbündeten machen sich – ähnlich wie die realistisch denkenden Kräfte Westeuropas - gedanken darüber, wie die Entspannungsfrüchte vor den destruktiven Handlungen der NATO-Rüstungslobby und der Fürsprecher der Konfrontation in den internationalen Beziehungen zu schützen sind.

Die Antwort Polens auf die gegenwärtig negative und von den imperialistischen und hegemonistischen Kräften verschuldete Entwicklung der Lage in der Welt, auch in Europa, entspricht den Traditionen unseres Landes, dem tief verwurzelten Friedenswillen in unserem Volk, das insbesondere durch den Zweiten Weltkrieg so schwer geprüft wurde, der Polen über 6 Millionen Menschenleben kostete und es in einen Trümmerhaufen verwandelte. Polen will aktiv dafür wirken, den Entspannungsprozeß in Europa fortzusetzen und ihn durch entsprechende Maßnahmen in der militärischen Entspannung ergänzen, was eine Voraussetzung dafür ist, diesen Prozeß unumkehrbar und stabil zu machen. Dies bestätigte der im Februar 1980 beratende VIII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), der führenden politischen Kraft Polens, deren Programm zu einer allgemein unterstützten, gesamtpolnischen Wahlplattform geworden ist.

Dies entspricht der gesamten diplomatischen Tätigkeit Volkspolens, das in den vergangenen 35 Jahren Initiator zahlreicher Diskussionen, Verhandlungen und Resolutionen über die Entspannung und Abrüstung war, die von der UNO oder den internationalen Konferenzen angenommen wurden. Polen hat schon immer dafür gewirkt, die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung mit konkretem Inhalt auszufüllen, die Gefahr eines Atomkrieges zu bannen und wenigstens die astronomischen Kosten der aufeinanderfolgenden Rüstungswettläufe, die der Welt von den imperialistischen Kräften aufgezwungen werden, zu senken, die Schwelle der militärischen Konfrontation, in erster Linie in Mitteleuropa, an der Nahtstelle der NATO und des Warschauer Vertrages herabzusetzen.

Davon ausgehend legte Polen der UNO am 2. Oktober 1957 den Entwurf über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa – den „Rapacki-Plan", so benannt nach dem damaligen Außenminister – vor. Er sprach vom Verbot der Herstellung, Stationierung und Lagerung von Kernwaffen auf dem Territorium Polens, der DDR, der CSSR und der Bundesrepublik Deutschland und der Nichtanwendung von Atomwaffen gegen diese Länder, was die vier Großmächte garantieren sollten.
Da sich die USA, die Bundesrepublik Deutschland und die anderen NATO-Staaten dem Rapacki-Plan widersetzen, beschloß Polen, ihn zu modifizieren und

unterbreitete 1962 den Entwurf über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, die sich vom Norden über Mittel- bis nach Südeuropa erstrecken sollte, was mit den Forderungen vieler skandinavischen und Balkanländer übereinstimmte. 1964 kam Polen mit dem „Gomulka-Plan" über die Einfrierung der nuklearen und thermonuklearen Rüstungen in Mitteleuropa, aber auch dieser Vorschlag wurde von der NATO, hauptsächlich auf Initiative der Bundesrepublik Deutschland, abgelehnt.

Polens Vorschläge haben jedoch der UNO viele Anregungen gegeben, wo Resolutionen u. a. über die Denuklearisierung Afrikas (1961), Lateinamerikas (1964) beschlossen wurden. Sie dienten auch als Vorbild bei den Vereinbarungen über die Desatomisierung der Antarktis (1959). So bereiteten sie 1973 den Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau und die Rüstungsreduzierung in Mitteleuropa, also auf dem Territorium Polens, der DDR, der CSSR, der Bundesrepublik Deutschland, Belgiens, Hollands und Luxemburgs den Weg. Sie inspirierten auch den 1968 erarbeiteten Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen.

In Verbindung mit den Normalisierungsinitiativen Polens gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, die zur Unterzeichnung der bekannten Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und unserem Land sowie anderen sozialistischen Ländern führten, wurden Voraussetzungen für die Einberufung und den Erfolg der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa geschaffen. Der 1974 der UNO von unserem Parteichef Edward Gierek vorgelegte Vorschlag über die Erziehung der Völker für den Frieden, im Geiste der Toleranz und des gegenseitigen Verständnisses trug 1978 in Form der fast einstimmig angenommenen UNO-Deklaration Früchte. Vor diesem Hintergrund der langjährigen, konkreten und konstruktiven Tätigkeit Polens für die Festigung der friedlichen Koexistenz und der Entspannung in Europa sollte man auch die neue Initiative unseres Landes sehen, die angesichts einer schwierigen internationalen Lage und der drohenden Gefahr eines neuen Wettrüstens, das unserem Kontinent von den imperialistischen und hegemonistischen NATO-Kräften aufgezwungen wird, ergriffen worden ist, und infolge der versuchten Umwertungen der Politik der USA und der NATO-Staaten im Zusammenhang mit der Realisierung des langfristigen, bis zum Ende des 20. Jahrhunderts reichenden Rüstungsprogramms, das bereits in den Jahren 1977/78 ausgearbeitet worden ist, als man weder von den Ereignissen im Iran und Afghanistan oder von den „SS-20"-Raketen sprach."

Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Edward Gierek, hat auf dem VIII. Parteitag den Vorschlag gemacht, eine Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung nach Warschau einzuberufen, deren Zeitpunkt während der für den Herbst 1980 in Madrid geplanten Konferenz der Unterzeichnerstaaten der Schlußakte der KSZE festgelgt werden könnte. Der Parteitag hat eine Resolution angenommen, deren Motto zugleich das Programm „Über die Erhaltung des Friedens, über die Einstellung des Wettrüstens und Fortsetzung der Entspannungspolitik" ist. Die Resolution fordert zur unverzüglichen Einleitung von folgenden Maßnahmen auf: Die Ratifizierung von SALT II und die Aufnahme von Verhandlungen über einen Vertrag SALT III, die Nichtrealisierung des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember 1979 über die Einführung von neuen Atomwaffenraketen mittlerer Reichweite in Westeuropa, die Aufnahme von von der UDSSR vorgeschlagenen und von den übrigen Staaten des Warschauer Vertrages unterstützten Verhandlungen über die Einschränkung von Atomwaffenraketen mittlerer Reichweite, die Überwindung des Engpasses in den Wiener Abrüstungsverhandlungen sowie im Genfer Abrüstungskomitee der UNO.

Der Vorschlag Edward Giereks, eine Konferenz über die militärische Entspannung

und Abrüstung in Europa nach Warschau einzuberufen, zielt darauf ab, allen Abrüstungsverhandlungen einen Impuls zu geben und den Abrüstungsdialog und das Abrüstungstempo zwischen Ost und West fortzusetzen. „Man darf sich nicht mit dem Gedanken abfinden", sagte Edward Gierek, „daß dieses große Friedenswerk abhanden kommen könnte. Die Menschheit darf die Rückkehr zum Kalten Krieg nicht zulassen. Dank der Entspannung hat sich im Leben der Völker und Menschen allzuviel geändert." Daher „müssen wir uns rechtzeitig darum bemühen, die Zerstörung dieser wichtigen Bestandteile der Friedensstruktur in Europa nicht zuzulassen."

Die gegenwärtige Atmosphäre sollte für die Einberufung der Konferenz nach Warschau kein Hindernis sein, wir rechnen auf den politischen Realismus der Regierungen in den Staaten Europas und werden keine Mühe scheuen, um vorzubeugen, daß Europa und die Welt vom Weg des Friedens und der Zusammenarbeit abgebracht werden. Wir glauben, daß die Vernunft siegt, daß das Verständnis für die Notwendigkeit siegt, den Entspannungsprozeß zu schützen, das Wettrüsten einzustellen und Wege zur Abrüstung zu öffnen, so lautet die Schlußfolgerung des Aufrufs von Edward Giereks, den er im Namen Polens an die Regierungen und Völker Europas richtete.

An der Schwelle der 80er Jahre steht Europa vor der Wahl: zum Kalten Krieg zurückzukehren oder den Entspannungsprozeß weiterzuführen und nach Wegen zur Abrüstung zu suchen. Polen und die anderen sozialistischen Länder weisen einen konstruktiven Weg. Auf den Staaten Westeuropas, insbesondere den NATO-Mitgliedsstaaten, lastet eine große moralische und politische Verantwortung gegenüber den eigenen Völkern und Europa.

Daniel Lulinski, Warschau

„Fällt" auch El Salvador?

Durch spektakuläre Besetzungsaktionen ist El Salvador gegenwärtig in aller Munde. In den ersten beiden Monaten des Jahres besetzten Mitglieder des Revolutionären Volksblocks (BPR) und der Volksligen 28. Februar die Botschaften Spaniens und Panamas, das Außenhandelsinstitut, die Zentrale der Christdemokratischen Partei sowie das Erziehungsministerium und nahmen Hunderte von Geiseln. Die Forderungen der Besetzer reichten vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und El Salvador über kostenlosen Unterricht und Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen bis hin zu Forderungen nach Freilassung politischer Gefangener, Aufklärung über das Schicksal Verschwundener, und Zusicherung demokratischer Reformen wie Einleitung einer Agrarreform, Reduzierung der Preise für Massenkonsumgüter und Anhebung der Löhne für Arbeiter.

Diese Besetzungsaktionen, die teilweise zum Erfolg führten, können auf eine lange Tradition verweisen. Im April 1978 besetzte der BPR, ein Bündnis aus Gewerkschafts-, Bauern- und Studentenorganisationen, Vereinigungen der Slumbewohner und Eltern politischer Gefangener mit heute 100 000 Mitgliedern, die Botschaften Venezuelas, Panamas sowie die Kathedrale in der Hauptstadt San Salvador, um auf die Unterdrückungspolitik des damaligen Romero-Regimes aufmerksam zu machen. Vorangegangen waren wochenlange Bauernunruhen, da Kaffeepflanzer den Bauern höhere Löhne verweigerten, um angesichts steigender Weltmarktpreise für Kaffee ihre Profite zu erhöhen. Beim Einsatz von Militär und paramilitärischen Einheiten der ultrarechten Nationalistischen Demokratischen Organisation (ORDEN) starben über 20 Menschen[1]). Im Mai 1979 schließ-

1) „Prensa Latina", Havanna, 30. 3. und 13. 4. 1978.

lich kam es zur Besetzung der Botschaften Frankreichs und Venezuelas. Das Romero-Regime nahm dies zum Anlaß den Ausnahmezustand zu verhängen. Vorangegangen waren Demonstrationen, um die Freilassung von politischen Gefangenen zu erreichen. Auf den Stufen der Kathedrale wurde die Demonstration zusammengeschossen und 19 Tote waren zu beklagen[2]).

Noch deutlicher wird der Grund des Unmuts in der Bevölkerung, der sich in diesen Aktionen Gehör verschaffte, wirft man über das bisher Gesagte hinaus einen Blick auf die ökonomische und soziale Lage der Menschen in El Salvador:

– Die Arbeitslosenrate beträgt 33 %
– 40 % der Bevölkerung haben nur 17 Dollar als Monatseinkommen
– Der Lebenshaltungskostenindex stieg zwischen 1970 und 1977 um 171 %
– 48 % der Bevölkerung haben keine ausreichende Trinkwasserversorgung

Die geschilderte Ausschaltung demokratischer Rechte und die krassen sozialen Ungerechtigkeiten sind Ausfluß einer Wirtschafts- und Machtstruktur, in der 400 Familien zwei Drittel des Landes besitzen. Diese Oligarchie kontrolliert die Erzeugung und den Vertrieb fast aller Agrarprodukte. Sie herrscht mit Hilfe der Armee und ihrer eigenen bewaffneten Organsationen[3]). An ihrer Vormachtstellung hat sich seit dem 15. Oktober 1979 nichts geändert, als Diktator Romero durch einen Putsch gestürzt wurde. Denn von Anfang an zeichnete sich die nun an der Macht befindliche Junta durch Widersprüche aus. Zum einen waren in ihr sowohl Offiziere und Zivilisten mit progressiven, an nationaler Unabhängigkeit orientierten Auffassungen als auch Vertreter der Privatwirtschaft wie Mario Andino vertreten. Die Junta verkündete zwar eine Amnestie und die Säuberung des Militär- und Staatsapparates von faschistischen Elementen der Romero-Diktatur, doch blieb die Umsetzung dieser Maßnahmen auf der Strecke. So wurde die Organisation ORDEN verboten, doch ihre 80 000 Mitglieder bis heute nicht entwaffnet.

Wegen dieser wenig konsequenten Rolle der Junta kam es im Januar d. J. zu einer Krise. Die zwei zivilen Juntamitglieder sowie 10 Minister und andere hohe Regierungsbeamte traten von ihren Posten zurück. In ihrer Begründung machten sie deutlich, daß die Militärs die beim Sturz Romeros gemachten Zusagen für soziale Reformen nicht gehalten hätten. Zudem seien Soldaten mehrfach gegen streikende Arbeiter eingesetzt worden[4]). Als das Militär gegen Besetzer von Baumwoll- und Kaffeeplantagen vorging, die die endgültige Einleitung der fälligen Agrarreform forderten, kamen 80 Menschen ums Leben. Besonders reaktionäre Teile des Militärs versuchen, durch die Eskalierung der Gewalt einen Rechtsputsch auszulösen, und sind sich bei diesem Unterfangen auch der Unterstützung der Nationalen Vereinigung der Privatunternehmer (ANEP) gewiß. Einbezogen in die Vorbereitungen waren der stellvertretende Verteidigungsminister Oberst Nicolas Carranza und der Gründer und Führer der ORDEN, General José Alberto Medrano. In dieser Situation lassen die USA zwar keinen Augenblick verstreichen, in dem sie nicht die rechten Kräfte davor warnen, Reformen zu verhindern oder gar einen Putsch durchzuführen; aber durch die vorgesehenen Zahlungen in Höhe von 49 Mio. Dollar, davon 5 Mio. für Waffenkäufe, werden gerade die Kräfte gestärkt, die man angeblich von den Schalthebeln der Macht ausschließen will. Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, der auf dies und die Möglichkeit hinwies, daß diese Waffen gegen Demonstranten eingesetzt werden könnten, und damit auf die von den rechten Kräften ausgehende Gefahr aufmerksam machte, erschien denn prompt auf einer schwarzen

2) „International Herald Tribune" (IHT), Zürich, 10. 5. 1979.
3) Vgl. „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (AIB), 7–8/1979.
4) „Süddeutsche Zeitung" v. 5./6. 1. 1980.

Liste von Personen, die liquidiert werden sollten[5]).

Für die USA, die den „lateinamerikanischen Hinterhof" seit jeher als ihr direktes Einflußgebiet betrachten – erinnert sei hier nur an die Intervention 1954 gegen das progressive Regime Arbenz in Guatemala, die Invasion 1961 in der Schweinebucht auf Kuba, die Beteiligung am Sturz der Regierung Torres durch reaktionäre Putschgeneräle um Banzer 1971 und nicht zuletzt die Errichtung der faschistischen Diktatur unter Pinochet in Chile 1973 –, steht viel auf dem Spiel. Es geht hier nicht nur um die Sicherung ihrer Direktinvestitionen in Höhe von 200 Mio. Dollar, sondern, wie die Interventionen in der Geschichte zeigen, um die Eindämmung fortschrittlich orientierter Volksbewegungen insgesamt. Nach dem Verlust ihrer Bastion Nikaragua hat sich der „kubanische Bazillus" auf dem mittelamerikanischen Festland etabliert. Unter dem Eindruck Nikaraguas haben sich auch in El Salvador die Befreiungsorganisationen Volksbefreiungskräfte-Farabundo Marti (FPL), Revolutionäre Volksarmee (ERP), die Kräfte für Nationalen Widerstand (FARN) und die Volksliga 28. Februar zusammengefunden. Sie orientierten Mitte Januar d. J. auf die Bildung eines vereinigten militärischen Oberkommandos und die Zusammenfassung ihrer Massenorganisationen unter einem gemeinsamen politischen Leitungskomitee[6]). Ebenfalls in einem Linksbündnis zusammengefunden haben sich der BPR, die Kommunistische Partei und die Einheitliche Volksaktion (FAPU). Die Unterstützung der Organisationen durch die Bevölkerung drückt sich immer wieder in gewaltigen Demonstrationen aus, so am 23. Januar 1980, als 150 000 Menschen durch die Straßen der Hauptstadt zogen[7]).

In El Salvador ist eine Situation herangereift, in der es noch im Laufe des Jahres zu einer revolutionären Erhebung kommen kann. Dies zu verhindern haben sich die USA zur ersten Pflicht gemacht. Wie ein Damoklesschwert schwebt über El Salvador eine direkte militärische Einmischung. Zu den Gerüchten – vorerst sind es noch Gerüchte über eine Invasion guatemaltekischer Truppen mit US-Unterstützung und unter Berufung auf den zentralamerikanischen Verteidigungspakt CONDECA, hat nicht zuletzt auch die Reise des US-Staatssekretärs für Lateinamerika William Bowdler in die Nachbarstaaten El Salvadors geführt[8]). „Fällt" nämlich El Salvador, könnten dann nicht Guatemala und Honduras, wo sich ebenfalls breite oppositionelle Bündnisse gegen die jeweiligen Diktaturen gegründet haben, die nächsten Staaten sein, die sich von der Vorherrschaft der USA befreien?

Ulrich Rupp

Ein Jahr EWS

Ein Jahr existiert es nun, das Europäische Währungssystem. Im März 1979 nach vielen Querelen aus der Taufe gehoben, sollte es hochgesteckte Erwartungen seiner Betreiber erfüllen. Ein Jahr Bestehen des EWS bedeutet auch gleichzeitig „Halbzeit", denn auf zwei Jahre war die Eingewöhnungszeit für den Währungsverbund terminiert. Danach sollte der Europäische Währungsfonds, ausgestattet mit ca. 60 Mrd. DM Gold- und Devisenbeständen von den nationalen Notenbanken, als Krönung dieses festen Währungssystems installiert werden.

Hat das EWS die Erwartungen seiner Betreiber erfüllt? Sehen sich diejenigen bestätigt, die vor den negativen politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen gewarnt haben?

5) „Frankfurter Rundschau" v. 19. 2. 1980; „Rheinische Post" v. 26. 2. 1980.
6) Veröffentlichung des Dokuments in vollem Wortlaut in AIB, 4/1980; zur Charakterisierung der Opposition siehe auch AIB, 7–8/1979.
7) IHT, Zürich, 24. 1. 1980.
8) „Rheinischer Merkur/Christ und Welt" v. 1. 2. 1980.

Gehen wir zurück zum Kerngedanken des EWS. Warum war es eingeführt worden[1])?

– Die mächtige bundesdeutsche Exportindustrie sah die Möglichkeit, ca. 50 % ihrer Exporte – nämlich die in den EG-Raum – mit konstanten Wechselkursen planen zu können. Ansonsten waren selbst in der EG parallele Kurssicherungsgeschäfte notwendig.

– Könnte das EWS ein Schritt zur einmal geplanten Wirtschafts- und Währungsunion werden, hätte das Monopolkapital zudem einen dem US-amerikanischen Binnenmarkt vergleichbaren Akkumulations- und Zentralisationsraum.

– Die angestrebte größere Unabhängigkeit vom Dollar und der offensive Ausbau der eigenen Position im System der kapitalistischen Zahlungsbeziehungen kann nur durch eine gemeinsame Haltung zumindest der stärksten EG-Länder erreicht werden. Die handelspolitisch wichtige, aber schwierige und kostspielige Stützung des Dollar möchte man auf mehr Länder verteilen.

Mit dem EWS soll, wie es im Bremer Kommuniqué des EG-Rates heißt, ein „System für eine engere währungspolitische Zusammenarbeit" erreicht werden, das „zu einer stabilen Währungszone in Europa führt"[2]). Das EWS sollte eine Harmonisierung der wirtschaftlichen Tendenzen mit Hilfe stabiler, jedoch begrenzt anpassungsfähiger Wechselkurse innerhalb des EG-Raumes erzwingen.

Die klassische Währungstheorie besagt nun, daß sich feste Wechselkurse niemals ungestraft über einen Verwaltungsakt oder eine internationale Vereinbarung festlegen lassen. Bei ungleichmäßiger wirtschaftlicher Entwicklung in verschiedenen Ländern sind unweigerlich Kursstützungsaktionen notwendig, deren Umfang den Aufbau eines Inflationspotentials in den Ländern mit dem relativ stabilsten Preisniveau begünstigt. Resultat wäre somit entweder eine Anpassungsinflation oder die Aufgabe der Wechselkursfixierung, also häufigere Veränderung der Paritäten[3]).

Das EWS folgt nun in seinen Grundzügen dem Währungsmodell fester Wechselkurse, allerdings mit leichten Varianten. Einmal ist von vornherein eingeplant, daß bei Ausschöpfen des gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Interventionspotentials Wechselkurskorrekturen einvernehmlich vorgenommen werden können. Zum Zweiten wird vor allem von seiten der Bundesrepublik massiver ökonomischer Druck ausgeübt. Einmal direkt über die Mitkontrolle der Vergabebedingungen mittelfristiger EWS-Kredite, aber auch indirekt durch geldpolitische Maßnahmen der Bundesbank, die auf Grund ihres ökonomischen Einflusses als „Quasi-EG-Leitzentralbank" fungiert.

Das Ziel ist also eine währungspolitische Gratwanderung über den Abgründen Anpassungsinflation und Zusammenbruch fester Wechselkurse mit Hilfe der wirtschaftspolitischen Disziplinierung der „Partnerländer"[4]).

Das erste Jahr der EWS hat da noch keinen eindeutigen Erfolg oder Mißerfolg gebracht, von einer Harmonisierung des Wirtschaftsverlaufs kann jedoch keine Rede sein. Wenngleich nach dem BRD-Muster in Frankreich, Italien oder Großbritannien versucht wird, eine Austerity-Politik auf dem Rücken der werktätigen Bevölkerung und unter Inkaufnahme langfristiger Massenarbeitslosigkeit

1) Vgl. A. Pinck/L. Schröder, Das „Europäische Währungssystem" – eine erweiterte „DM-Zone"?, in: „Blätter", 2/1979, S. 164 ff.

2) Zit. bei E. Scharrer, Gefährlicher Zeitzünder, in: „Wirtschaftsdienst", 1/1980, S. 8.

3) Vgl. E. Ruchti, Soll die Schweiz beitreten, in: „Der Bund" v. 21. 11. 1979.

4) So beklagt sich Y. Lanlan, der Präsident des Club International des Economistes des Banques: „Bonn zwingt uns seinen restriktiven Kurs auf", „Welt" v. 4. 9. 1979. Das „Wall Street Journal" überschreibt seine Analyse zum EWS bezeichnenderweise: „Is West Germany now the European Monetary Leader?", „Wall Street Journal" v. 9. 8. 1979.

durchzusetzen, konnten damit die Inflationsraten weder gesenkt, noch angeglichen werden. So betrug die durchschnittliche Steigerung der Verbraucherpreise in der BRD 1978 2,6 % und 1979 4,5 %, in Italien 1978 12,1 % und 1979 15,0 %[5]).

Die Anhebung des Preisniveaus insgesamt hat sich gesteigert und die Spanne innerhalb der EG ist noch um einen Prozentpunkt angewachsen. Wahrlich kein Schritt in die richtige Richtung. Im ersten Jahr seines Bestehens sind – und das unter großem finanziellen Aufwand – bereits zweimal Wechselkurskorrekturen vorgenommen worden, die auf eine Aufwertung der DM gegenüber allen anderen Währungen und eine zusätzliche Abwertung der dänischen Krone hinausliefen[6]). Allein im Vorlauf zum ersten Realignment beliefen sich die DM-Interventionen an den Devisenmärkten auf 8 Mrd. DM und trugen über die sprunghafte Erweiterung der Geldmenge zum Aufbau eines zusätzlichen Inflationspotentials in der BRD bei. Die Bundesbank steht dabei vor zunehmend größeren Schwierigkeiten, dem Wirtschaftskreislauf wirkungsvoll Geldmengen zu entziehen[7]). Dabei kann man für das Jahr 1979 nicht einmal von ernsthaften Währungsbelastungen sprechen. Offen bleibt daher, ob das EWS-Haus bei einem echten Dollar-Sturm stehenbleibt oder wie ein Kartenhaus zusammenbrechen würde.

Die führenden Monopole, auch die Banken der Bundesrepublik, halten am EWS fest. Sie bewerten weiterhin die o. g. Zielsetzungen, die hehren Gedanken eines einigen Europas, höher als die aktuellen Schwierigkeiten[8]), wobei sie die Früchte eines funktionierenden EWS ernten könnten, die Kosten dazu aber nicht zahlen brauchten. Die zahlt der Verbraucher über den rapiden Preisanstieg und Arbeiter und Angestellte mit möglichem Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Planungen zur Vervollständigung des EWS gehen weiter. Der Terminplan ist jedoch – unausgesprochen – schon zur Seite gelegt[9]). Einmal hält sich Großbritannien weiterhin abseits, und das nicht nur währungspolitisch[10]), zum Zweiten scheinen auf Grund der unterschiedlichen Entwicklung der Mitgliedsländer die Risiken für ein endgültiges Scheitern eines festen Währungsverbundes zu hoch.

Fazit: Das EWS hat ein Jahr mehr schlecht als recht überstanden. Eine Überlebensgarantie kann nicht gegeben werden. Die hohen Erwartungen der Betreiber haben sich nicht erfüllt. Die Befürchtungen derjenigen, die Impulse für eine Verstärkung der inflationären Entwicklung hegten, scheinen sich zu bewahrheiten; diejenigen, die die Herrschaftsansprüche der bundesdeutschen Wirtschafter sahen und einschätzten, daß sich ihre Einflußmöglichkeiten durch das EWS vergrößern würden, finden sich voll bestätigt.

Axel Pinck

5) Quelle: UN-, OECD-, EG-Verlautbarungen.
6) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung", v. 26. 9. 1979 und v. 8. 12. 1979.
7) Vgl. „Handelsblatt" (HB) v. 21. 2. 1980.
8) So schildert der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, H. Kühnen, die veränderte (nunmehr positive) Haltung des Finanzkapitals zum EWS und betont, daß der „politische Gedanke Europas entscheidend" sei, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 21. 9. 1979.
9) Vgl. HB v. 12. 2. 1980.
10) Vgl. „The Times" v. 8. 1. 1980.

GLOSSE

Kein Button im Dienst!

Von Alfred Kreutzberg

Eine Studienrätin aus Hamburg trug trotz mehrer Ermahnungen im Dienst an einer Realschule eine runde Plakette mit der Aufschrift „Atomkraft? Nein danke!". Der Pädagogin wurde das weitere Tragen der Plakette verboten. Nach erfolglosem Widerspruchsverfahren hatte sie hiergegen Klage erhoben.

Ich wußte es ja und trotzdem bin ich bestürzt. Irgendwie schaffen es die Gerichte immer, noch so eben die Kurve zu kriegen. Zunächst wurde man im Urteil richtig verwöhnt. Ganz großzügig wird dort festgestellt, daß die Plakette „Atomkraft? Nein danke!" als Äußerung noch maßvoll und zurückhaltend ist. Das ist dann aber auch ihr gravierendster Fehler. Denn man kann gerade wegen der maßvollen Verkürzung und Zurückhaltung nicht erkennen, warum die Lehrerin als Trägerin dieser Plakette gegen die Atomkraft ist.

Das muß wirklich noch einmal zitiert werden: „Die Aussage der Plakette ist schlagwortartig verkürzt und deshalb irreführend." Man stelle sich spaßeshalber diverse andere Buttons vor! „Hoch lebe das GG!" oder ganz einfach „Im Namen des Volkes!". Schlagwortartig verkürzt und deshalb irreführend? Selbst ein Button mit Baum wird so verfänglich. Schlagwortartig verkürzt und deshalb irreführend, weil von Personen getragen, die auf ganz unterschiedlichen gärtnerischen Standpunkten stehen (ich sage nur Hydrokultur) und ganz unterschiedliche Gründe für den Baum schlechthin haben: Ausweis eines Obstgartenbesitzers, Lehrerin als Baumschülerin, Hinweis auf fehlende Bäume am Wohnort, abgeholzte Bäume in Berlin und schon sind wir am Ziel.

Der Baum könnte von den Schülern phantasievoll mißverstanden werden. Sie könnten den Baum tatsächlich für einen politischen halten. Einem derartigen Mißverständnis beugt nunmehr das Verwaltungsgericht Hamburg vor. Denn die Konfrontation mit dieser ganz und gar „undifferenzierten Meinungskundgabe vermag eher zu Vorurteilen führen als zu dem eigenverantwortlichen Problembewußtsein des einzelnen Schülers." Auch eine Diskussion über Bäume würde, so dann das entsprechende Urteil, alles wegen der Befangenheit des Diskussionsleiters nur verschlimmern.

Wie steht es nun mit dem Tragen einer wertvollen Brosche in der Schule? Dazu bitte ich die Phantasie ins Reich der Träume. Vorladung der Brosche, heutiger Wert, was für eine Arbeit und das im Jahre 1919, selbst der Monat ist bekannt, wird aber geheimgehalten. Alle wesentlichen Daten wie Stempel, Hersteller und genaues Entstehungsdatum befinden sich auf der Rückseite des Schmuckstükkes. Gott sei Dank, wir sind gerettet! Schmuck darf – auch wenn er noch so teuer ist – in der Schule getragen werden.

Was wird das Gericht aber zu einem roten Punkt sagen? Der Leser hat den Kopf! Mein Lösungsvorschlag: für alle Buttons meterlange Erklärungsfahnen, daß ich als Lehrer deshalb und aus gutem Grunde, um jede Diskussion zu vermeiden, eindeutig zu erkennen gebe und mir jedes Dazwischenquatschen verbiete, ganz „differenziert", aus welchen Gründen gerade ich als Lehrerin dieser Schule „meine Entscheidung getroffen habe" und „auf welche Weise ich dafür in der Öffentlichkeit einzutreten bereit bin". Ein tabellarischer Lebenslauf würde jedenfalls hinter den Anforderungen des Gerichts um Welten zurückbleiben. Laßt uns öffentlich hineinschauen in die Lehrer, dann dürfen sie auch die Knöpfe tragen, die zu ihnen passen. Aber auch dann noch gäbe es Lehrerinnen, die tragen dürfen und solche, die es nicht dürfen. Es kommt nämlich auf das Warum an, nicht auf den Knopf. Das hat uns das Verwaltungsgericht Hamburg klar gesagt.

Gleiches Recht für alle, sagte man sich schlicht in Bayern und verbot kürzlich Schülern das Tragen der Anti-Strauß-Plakette „Stoppt Strauß".

Es sollen Gerüchte sein, daß die Kühe auf Bayerns Almen sich mit Auswanderungsgedanken plagen, weil ihnen bis zur nächsten Bundestagswahl die Glokken abgenommen werden sollen. Bis dahin gäbe es eh nichts zum Freuen. Im übrigen sei ein Glockenschlag (wie das Wort schon sagt) schlagwortartig verkürzt und deshalb irreführend.

„Aggressiv, natürlich auf friedliche Weise"

Die Außenpolitik der Carter-Administration

Von Bernd Greiner

Mit dem folgenden Beitrag veröffentlichen wir Auszüge aus dem Schlußkapitel des Buches „Amerikanische Außenpolitik – Grundsatzdebatten und Strategiediskussionen von Truman bis heute", das im Frühjahr im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen wird. Dort zeichnet der Autor die strategisch-konzeptionellen Leitlinien amerikanischer Nachkriegspolitik nach und beschäftigt sich mit dem widersprüchlichen Prozeß ihrer praktischen Durchsetzung. Unser Vorabdruck konzentriert sich auf die ost- und entspannungspolitische Praxis der Carter-Regierung seit Anfang 1977 – darin beweist sich die systematische Vorbereitung der heutigen Krise der Entspannungspolitik. D. Red.

Seit ihrem Amtsantritt hat die Carter-Administration immer wieder ihre Entschlossenheit zur „Stabilisierung" der internationalen Beziehungen betont: „Kurz gesagt, wir gewährleisten das Fundament der weltweiten Sicherheit und des wirtschaftlichen Fortschritts in einer Welt beispielloser Veränderungen und Konflikte."[1]) – „. . . es (ist) unser Grundziel, den Wandel in positive Richtungen zu lenken – in Richtungen, die *unseren* Idealen der Freiheit und der Vielfalt entsprechen."[2]) Unmittelbar nach Carters Inauguration (20. Januar 1977) bereiste Vizepräsident Mondale die Hauptstädte des „Dreibundes", Tokio, Paris und Bonn, und Carter selbst unterstrich die Bedeutung konfrontativer Systemauseinandersetzung in den Entwicklungsländern: „Ich selbst neige dazu, die Sowjetunion *aggressiv*, natürlich auf friedliche Weise, in den Gebieten der Welt herauszufordern, die heute, oder potentiell in zehn oder 15 Jahren, für uns von entscheidender Wichtigkeit sind. Dazu gehören Länder wie Vietnam, der Irak, Somalia und Algerien, Länder wie die Volksrepublik China und sogar Kuba. Hier zu zögern, halte ich für unangebracht!".[3]) Die Sowjetunion z. B. in Vietnam und Kuba „herausfordern" zu wollen, heißt, offiziell und öffentlich den amerikanischen Anspruch auf innenpolitische Beeinflussung und Kampf gegen die sozialökonomischen Grundlagen sozialistischer Entwicklungsländer zu bekräftigen. Die Formulierung einer Herausfor-

1) Jimmy Carter, Amerikas Rolle in einer Welt des Wandels und der Umwälzung, Rede in Atlanta am 20. 2. 1979, in: „Amerika-Dienst", 8/1979, 28. 2. 1979, S. 3.

2) Zbigniew Brzezinski, Nationale Sicherheit im weiteren Sinne, Rede vor dem Verband amerikanischer Zeitungsherausgeber am 1. 5. 1979 in New York, in: „Amerika-Dienst", 17/1979 v. 9. 5. 1979, S. 7; Hervorhebung durch den Verf.

3) Jimmy Carter, Gespräch mit Herausgebern und Chefredakteuren amerikanischer Nachrichtenmagazine, zit. nach: „Die Welt", 13. 6. 1977; Hervorhebung durch den Verf. Zum vollen Wortlaut des Gesprächs vgl. „Wireless", Nr. 111 v. 14. 6. 1977, S. 9–13.

derung der UdSSR in der VR China deutete bereits an, die unter Nixon und Kissinger begonnene antisowjetische Instrumentalisierung der verbesserten Beziehungen zur Volksrepublik akzentuiert fortzusetzen.

Die Bilanz dreijähriger trilateraler Krisenpolitik mit den Bündnispartnern und gegenüber den Entwicklungsländern wird von politischen Beobachtern, der Presse und (aus diplomatischen Gründen zurückhaltender) von den Regierungen des westlichen Lagers einhellig negativ eingeschätzt. Die „Zeit" etwa nannte Carter den „Krisenstümper im Weißen Haus". Die Liste der politischen Fehlschläge, also des Scheiterns einer gemeinsamen politischen Perspektive der „industriellen Demokratien", ist vielfältig: Auseinandersetzungen um nukleare Nonproliferation und um die Atomgeschäfte der BRD und Frankreichs mit Brasilien bzw. Pakistan; Opposition der Europäischen Gemeinschaft und insbesondere der BRD gegen wirtschaftspolitisches „Laissez Faire" der USA und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Bündnispartner; Konflikte innerhalb der NATO über die gemeinschaftliche, 3%ige Erhöhung der nationalen Rüstungsetats und über die amerikanische Obstruktion der gegenseitigen Belieferung mit Waffen(systemen) (verdeutlicht am Frühwarnsystem AWACS); Streit um die Energiepolitik (Einfuhrquoten von Rohöl und Entwicklung alternativer Energiequellen); Zurückhaltung der Europäer gegenüber entspannungsfeindlichen Maßnahmen der USA; starker innenpolitischer Widerstand in Italien gegen die Erklärungen der USA, eine kommunistische Regierungsbeteiligung sei eine Gefahr für die Stabilität der NATO, daher zu verurteilen und generell wünsche man, den kommunistischen Einfluß in *allen* westeuropäischen Ländern herabgesetzt zu sehen[4]).

Gleichermaßen widersprüchlich gestaltete sich das Verhältnis zu den Entwicklungsländern: der in Weiterentwicklung der Nixon-Doktrin projektierte Aufbau eines *Systems* von Stellvertretermächten konnte nur mit Mühe und in einigen wenigen Gebieten realisiert werden. Der Nahost-Friedensvertrag und die vorläufige Isolation Ägyptens von der übrigen arabischen Staatenwelt löste keine der entscheidenden Fragen und blieb daher instabil; im strategisch wichtigen und rohstoffreichen südlichen Afrika vermochte die doppelgleisige Politik der Zugeständnisse und des Ausbaus militärischer Operationsbasen (Somalia, Sudan, Südafrika) gegen die nationalen Befreiungsbewegungen nur bedingt Erfolge zu erzielen: aus amerikanischer Sicht am erfolgreichsten gestaltete sich die Lastenverteilung mit Frankreich (z. B. Intervention in Shaba und längerfristige militärische Präsenz in der Zentralafrikanischen Republik), Großbritannien (Rhodesien-Zimbabwe) und der BRD, die in Afrika und dem Nahen Osten immer stärker politisch aktiv wird. Im Verlauf der sogenannten „zweiten Energiekrise" (nach dem Sturz des Schah) zeigte sich, daß der trilaterale Anspruch einer politischen Integration der erdölproduzierenden Staaten in die „Gemeinschaft der Freien" hinter militärisch-interventionistischen Krisenstrategien zurücktreten mußte und man nicht zu einer ausgewogenen Integration beider Linien kommen konnte. Insbesondere war Brzezinskis Forderung nach präventiver Krisenpolitik gescheitert: „. . . wir werden die Konsequenzen regionaler Konflikte antizipieren und versu-

4) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 14. 1. 1978

chen müssen, uns mit ihnen auseinanderzusetzen, bevor sie eskalieren."[5]) Brzezinski mußte Ende 1978 feststellen, daß die „Instabilität" weiter zugenommen habe und man inzwischen mit einem *„Krisenbogen"* konfrontiert sei, der die Länder rings um den Indischen Ozean sowie von Nordostasien bis Südafrika erfasse. Während der Auseinandersetzungen um die künftige Energieversorgung wurden die Pläne zum Aufbau einer 100 000 Mann starken „flexiblen Eingreiftruppe" zur Besetzung der Ölfelder (und zum Einsatz in Europa!) bekannt, die Option „begrenzter atomarer Kriege" wieder verstärkt diskutiert und dem Präsidenten von Beraterseite nahegelegt, die OPEC zum innenpolitischen „Feind Nr. 1" zu erklären.

Bereits seit 1973 spekulierten die USA mit möglichen Einsätzen militärischer Sonderkommandos. 1978/79 jedoch wurde erstmals das historische Überleben des Westens als Gesellschaftssystem mit derartiger militärischer Aggression in Verbindung gebracht. „. . . wir müssen Entwicklungen vermeiden, durch die unverzichtbare Energiequellen unter die Kontrolle einer feindlichen Macht fallen. Von unserem Erfolg hängen das wirtschaftliche und politische Überleben der USA und ihrer Verbündeten ab – und sehr wahrscheinlich das der Freiheit selbst."[6]) Da man vor einer „Weltkrise" geschichtlich beispiellosen Ausmaßes stehe, gelte es, mit *allen* zur Verfügung stehenden Mitteln den Persischen Golf und dessen Zentrum Saudi-Arabien gegen jede weitere Änderung des Status quo zu festigen. Jedoch sind die vorgeschlagenen Maßnahmen – etwa eine Ausweitung des Funktionsbereichs der NATO – heftig umstritten. Unter diesen Gesichtspunkten erweisen sich die innerkapitalistischen Dissonanzen als politischer Sprengsatz: da Westeuropa zu 70%, Japan zu 80% und die USA zu 45% vom Nahost-Öl abhängen, prophezeien Politiker und Kommentatoren einen „zermürbenden Konkurrenzkampf" der bürgerlichen Staaten um Öl, wenn nicht endlich ein gemeinsamer Nenner in wirtschafts- und energiepolitischen Fragen gefunden werde. Helmut Schmidt sprach gar von einem möglichen „Ölkrieg".

Die USA und mit ihnen alle bürgerlichen Staaten sind also nach wie vor nicht allein mit dem strukturellen Problem der inneren und äußeren Reorganisation ihres Machtbereichs konfrontiert, sondern erfahren zunehmend (innerhalb des „Dreibundes" wie in der EG) die Disfunktionalität – zumindest auf mittlere Sicht – der zur Bewältigung der Krise entworfenen politischen Programme. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt in den USA und Europa (Thatcher-Regierung in England, Strauß' Kanzler-Kandidatur in der BRD) die Tendenz, die Antwort auf diese *„doppelte Krise"* der Umwelt und der Politik in einer einseitigen Verengung der außen- und innenpolitischen Optionen auf Repression und militärische Konfrontation zu suchen.

Gerade die *Ost- und Entspannungspolitik* konnte davon nicht unberührt bleiben. Wiederholt verwies die Regierung Carter Entspannung und Abrüstung in

5) Zbigniew Brzezinski discusses geopolitical situation, in: „Wireless", Nr. 242, 22. 12. 1977, S. 13–22, hier S. 20/21.

6) James Schlesinger, Abschiedsrede als Energieminister vor dem Nationalen Presse-Klub, in: „Wireless", Nr. 154 v. 17. 8. 1979, S. 1–8, hier S. 8; vgl. Bernd Greiner, Von der Ölkrise zum Ölkrieg?, in: „Blätter", 8/1979, S. 900-05; vgl. Bernd Greiner, Carters Dritte Welt-Politik der „friedlichen Aggression", in: Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) 11/1977, S. 4–10.

ihrem außenpolitischen Prioritätenkatalog auf untergeordnete Positionen. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Malcolm Toon, reduzierte Entspannungspolitik auf ein Minimalprogramm, das in erster Linie erforderlich sei, um an den langfristig erstrebten „qualitativen Veränderungen" (basic changes) im sowjetischen Gesellschaftssystem zu arbeiten[7]). Der stellvertretende Außenminister für Europa-Fragen, William Luers, forderte eine offensivere Politik gegenüber Osteuropa zur Förderung nationaler Eigenständigkeiten und Unabhängigkeit; eine der wichtigsten Aufgaben sei der „freie Fluß von Menschen und Meinungen" und die Propagierung des Rechts individueller Freiheit sowie der allgemeinen Menschenrechte[8]). Robert Osgood schließlich erinnerte daran, daß gerade in den 70er und 80er Jahren ein Grundzug der „klassischen" Containment-Politik berücksichtigt werden müsse, nämlich der konzentrierte Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte für die Systemauseinandersetzung. Dazu gehöre auch der Aufbau militärischer Stärke und Überlegenheit, um die UdSSR – so Osgood – von ihren traditionellen Plänen abzubringen, Entspannung als Mittel zur schleichenden militärischen Erpressung des Westens zu benutzen[9]).

Von diesen Überlegungen ausgehend, verknüpfte Carter in allen programmatischen Reden zum sowjetisch-amerikanischen Verhältnis[10]) die Bereitschaft zu kooperativen Beziehungen mit Drohungen amerikanischer „Entschlossenheit und Härte": zwar wolle man z. B. die SALT-Verhandlungen nicht mit anderen politischen Fragen der Systemkonkurrenz koppeln, aber die öffentliche Meinung in den USA könne bei „sowjetischen Menschenrechtsverletzungen" oder diktatorischen Offensiven in der Dritten Welt letztlich doch zu einem komplizierenden Faktor werden, der der amerikanischen Regierung bestimmte Handlungsbegrenzungen auferlege. In deutlicher Abkehr von der Entspannungspolitik früherer Jahre wurde das anti-sowjetische Feindbild durch die Betonung angeblicher, bedrohlicher Aufrüstung und der Möglichkeit eines „sowjetischen atomaren Erstschlages" schärfer akzentuiert sowie die Politik der Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle nicht als übergeordnete und wichtigste Aufgabe, sondern als eine unter mehreren politischen Erfordernissen genannt. Auch betonte Carter wiederholt, die UdSSR sei jetzt vor die Wahl zwischen „Kooperation" und „Konfrontation" gestellt, letztlich also alleinverantwortlich für eventuelle krisenhafte Zuspitzungen der internationalen Beziehungen. Als unverzichtbarer Bestandteil aller programmatischen Erklärungen erwies sich der Hinweis auf die militärische Stärke der USA und die Bereitschaft, diese Stärke auf allen Ebenen auszubauen, um jederzeit und überall militärisch agieren zu können; dazu sei eine umfassende Modernisierung – von den konventionellen Streitkräften bis hin zum strategischen Waffenarsenal – erforderlich. Im Januar 1979 schließlich benannte

7) Malcolm Toon, Perspectives on U.S.-Soviet Relations, Rede vor der Foreign Policy Association in New York City, in: „Wireless", Nr. 149 v. 10. 8. 1979, S. 4–11, hier S. 6.

8) William Luers, Bericht vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses über amerikanische Osteuropa-Politik, in: „Wireless", Nr. 172 v. 8. 9. 1978, S. 4–13.

9) Robert Osgood, The East-West Global Equilibrium, in: „Wireless", Nr. 188 v. 5. 10. 1979, S. 5–12

10) Vgl. folgende Reden: Rede Carters vor der Universität von Notre Dame, in: „Amerika-Dienst", Nr. 14 v., 26. 5. 1977; Rede in Charleston, in: „Amerika-Dienst", Nr. 20 v. 27. 7. 1977; Rede an der Wake Forest University, in: „Wireless", Nr. 55 v. 20. 3. 1978, S. 1–8; Rede in Annapolis, in: „Amerika-Dienst", Nr. 14 v. 7. 6. 1978.

Brzezinski zum wiederholten Mal die sieben wichtigsten Ziele amerikanischer Außenpolitik, *ohne* auf die Frage der Rüstungskontrolle oder gar Abrüstung einzugehen; statt dessen rangierte die Förderung „unsere(r) militärische(n) Sicherheit" an oberster Stelle[11]).

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die amerikanischen Strategen den Beziehungen zur VR China. „Bei der Auseinandersetzung mit einer im raschen Wandel befindlichen Welt ist *keine* Entwicklung bedeutsamer als die Normalisierung der US-amerikanischen Beziehungen mit China. . . . Ein starkes und sicheres China kann zur internationalen Stabilität beitragen." [12]) Die Überlegung, China unter Ausnutzung der sowjetisch-chinesischen Spannungen als außenpolitisches Druckmittel gegen die UdSSR zu gewinnen, geht bis in die späten 60er Jahre zurück. Daher war es zunächst nicht überraschend, daß die Regierung Carter die unter Nixon begonnene Entwicklung konsequent fortsetzte und diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik aufnahm (Jahreswende 1978/79). Gleichzeitig wurden jedoch neue, die Entspannungspolitik mit der UdSSR und die SALT-Gespräche belastende Akzente gesetzt: erstens ging die diplomatisch-ideologische Aufwertung Chinas nicht nur einher mit verstärkten amerikanischen Angriffen auf die UdSSR, sondern erfolgte in einer Zeit beispielloser chinesischer Propaganda, die die Sowjetunion als Hauptkriegsgefahr und Quelle eines Dritten Weltkrieges zeichnete. Vor diesem Hintergrund erklärte die amerikanische Regierung: „Was uns zusammengebracht hat, ist die Einsicht in *unsere gemeinsamen Interessen* (our parallel interests) am *Aufbau* (in creating – sic!) einer Welt des wirtschaftlichen Fortschritts, der Stabilität und des Friedens." [13]) Daher war es auch möglich, daß Teng Hsiao-Ping bei einem *offiziellen* Staatsbesuch der USA die UdSSR als Kriegstreiber und Hegemonialmacht verurteilen und eine Stärkung des „westlichen Verteidigungspotentials" fordern konnte, ohne daß ihm von amerikanischer Seite inhaltlich widersprochen worden wäre. Im Gegenteil, Vizepräsident Mondale griff bei seinem Gegenbesuch in Peking (August 1979) die chinesische Formel der bedrohlichen „sowjetischen Hegemonialbestrebungen" selbst auf und erklärte: „. . . jede Nation, die danach strebt, (China – B. G.) innerhalb der internationalen Beziehungen zu schwächen oder zu isolieren, nimmt einen Standpunkt ein, der amerikanischen Interessen zuwiderläuft." Offenbar handelte es sich nicht nur um ein verbales Zugeständnis an den Gastgeber, denn Mondale nannte die Gefahr der Schwächung und Isolierung Chinas – ein ausschließlich der Sowjetunion unterstelltes Bestreben – als Grund für „die Normalisierung der Beziehungen mit Ihrem Land und deshalb müssen wir daran arbeiten, um unsere neue Freundschaft zu erweitern und zu festigen." Schließlich sei den Interessen beider Seiten gedient durch die wachsende chinesische Stärke „auf *allen* (sic) Gebieten – denn sie hilft, andere abzuschrecken, die danach streben könnten, sich Ihnen (China – B. G.)

11) Zbigniew Brzezinski umreißt Außen- und China-Politik der USA, in: „Amerika-Dienst", Nr. 2 v. 24. 1. 1979, S. 4.

12) Zbigniew Brzezinski, Reviews goals of U.S. foreign policy, in: „Wireless", Nr. 241 v. 21. 12. 1978, S. 1–10, hier S. 7; Hervorhebung durch den Verf.

13) Zbigniew Brzezinski, On U.S. China-Policy, in: „Wireless", Nr. 10 v 16. 1. 1979, S. 19–27, hier S. 23; Hervorhebung durch den Verf.

aufzuzwängen" [14]). „Chinesische Stärkung" verbindet sich explizit mit Aufrüstung. Brzezinski verwies verschiedentlich demonstrativ auf die Tatsache, daß China den „drittgrößten Verteidigungshaushalt" der Welt habe und knüpfte damit indirekt an die seit 1975/76 in den USA verstärkt diskutierte Option an, der VR China modernste Waffentechnologie und Elektronik zu liefern. Die militärische Aufrüstung Chinas ist auch Bestandteil des chinesisch-japanischen Handelsvertrags von 1978. Marshall Shulman, ostpolitischer Berater des amerikanischen Außenministers, erklärte dazu: „Wir haben wiederholt verdeutlicht, daß wir keine Lieferung militärischer Ausrüstung an China beabsichtigen, *aber wir haben keinen Versuch gemacht, für unsere Alliierten in dieser Frage zu sprechen.*" [15]) Im Zusammenhang mit der SALT-Debatte und der Diskussion um eine sowjetische Ausbildungsbrigade auf Kuba gab die US-Regierung diese Differenzierung auf und sprach offen von der Möglichkeit amerikanischer Waffenexporte nach China.

Eine militärische Hochrüstung Chinas bietet sich einerseits an, um der Sowjetunion neben der ideologisch-propagandistischen asiatischen Gegenmacht auch eine militärische Ostfront aufzuzwingen, also den Bewegungsspielraum der NATO im Westen zu erweitern, andererseits aber auch zur „regionalen Stabilisierung" in Südostasien. Die USA und die VR China verurteilten gemeinsam z. B. die SR Vietnam als von Moskau außengesteuerte und friedensbedrohende Macht. „Das gemeinschaftliche Interesse, das wir mit China teilen, wird besonders deutlich in Asien, wo wir beide Frieden, Stabilität sowie Nationen sehen möchten, die frei von äußerer Beherrschung sind." [16]) Die VR China griff in den zurückliegenden Jahren aktiv die Politik des „Dreibundes" in Asien auf, den „weltweiten Wandel" in Bahnen zu lenken, die amerikanischen Interessen entsprechen: z. B. durch die Unterstützung der inzwischen des Völkermords überführten Diktatur Pol Pots in Kampuchea und durch den (beim Staatsbesuch in den USA offiziell angekündigten) Einmarsch in Vietnam. Vor diesem Hintergrund erweist sich die volle Tragweite des Schlagwortes von der „chinesischen Karte" und der amerikanischen Einschätzung, vermittels normalisierter Beziehungen zu China außenpolitische Rückschläge der Vergangenheit teilweise kompensieren zu können.

Unabhängig von den Erfolgsaussichten einer solchen Politik und unabhängig von den inneren und äußeren Bedingungsfaktoren des seit den 60er Jahren vollzogenen Kurswechsels der chinesischen Außenpolitik muß zunächst festgehalten werden, daß die Regierung Carter wie bisher keine andere amerikanische Administration die Beziehungen zur VR China mit deren Billigung und Unterstützung dazu benutzte, um den Entspannungsprozeß mit der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas den Erfordernissen einer konfrontativ betriebenen Systemkonkurrenz unterzuordnen. Gerade die gemeinschaftliche, bisweilen auf Kalte-Kriegs-Schemata zurückgreifende antisowjetische Pro-

14) Rede Mondales vor der Universität von Peking, in: „Wireless", Nr. 161 v. , 28. 8. 1979, S. 1–9, hier S. 3/4; Hervorhebung durch den Verf.

15) Marshall Shulman, U.S.-Soviet Relations – An Overview, in: „Wireless", Nr. 196 v. 18. 10. 1979, S. 3–15, hier S. 9; Hervorhebung durch den Verf.

16) Brzezinski umreißt Außen- und China-Politik, S. 8. Zur amerikanischen China-Politik vgl. Bernd Greiner, Die chinesische Karte, in: „Blätter", 2/1979, S. 132–136.

paganda untergrub innenpolitisch die seit Beginn der 70er Jahre gefestigte Unterstützung der Entspannungspolitik – für Carter wiederum eine selbst gesetzte Bedingung, um z. B. die SALT-Verhandlungen an „sowjetische Vorleistungen" auf anderen Gebieten zu binden.

Ständige Belastungen und Infragestellungen des Entspannungsprozesses prägten die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen seit 1977. Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen deutet darauf hin, daß die seit 1974 geäußerte amerikanische Opposition gegen die UdSSR im Gegensatz zur Ford-Administration systematisiert wurde. Als im Oktober 1977 der SALT I-Vertrag auslief (der für eine Übergangszeit verlängert wurde) und noch kein Nachfolgeabkommen geschlossen war, spitzten sich die Auseinandersetzungen zu. Zwei Fragen standen dabei im Mittelpunkt: der Abbruch der SALT II-Verhandlungen in Moskau im März 1977, verbunden mit der Ankündigung neuer Waffensysteme durch die USA und die öffentliche Unterstützung sogenannter „Dissidenten" in der UdSSR durch den amerikanischen Präsidenten – ein Novum in der Ost-West-Diplomatie der vergangenen zehn Jahre und Teil der *Menschenrechtskampagne* [17]) der neuen amerikanischen Regierung.

Mit der Menschenrechtskampagne glauben die Strategen amerikanischer Außenpolitik die Antwort auf die spezifischen ideologischen Anforderungen der späten 70er Jahre gefunden zu haben. Brzezinski teilt Kissingers am Ende der 60er Jahre formulierte Überlegung, daß „. . . moralische Erwägungen mehr denn je zuvor zu einer immer stärker vorantreibenden Kraft werden" [18]), geht jedoch in doppelter Weise darüber hinaus: er entwarf vor dem Hintergrund des gerade beendeten Vietnamkrieges (1973/75) und des Watergate-Skandals ein umfassendes Konzept der moralischen Erneuerung und erklärte es zur „Grundpriorität" der Carter-Administration, „die geistige Krise zu überwinden" [19]). Diese Notwendigkeit bestehe, da der „innenpolitische Konsens" der 50er Jahre, d. h. die monolithische Starrheit eines militanten Antikommunismus als Leitlinie von Ideologie und Politik, unter dem Eindruck des Vietnamkrieges und als Folge der Rassen- und Studentenunruhen der 60er Jahre zerbrochen sei. So sei z. B. die amerikanische Öffentlichkeit „nicht mehr bereit . . ., widerspruchslos höhere Etatausgaben für Verteidigungszwecke hinzunehmen" und auch „weniger geneigt . . ., die Sowjetunion . . . für eine unmittelbare Bedrohung der US-Interessen zu halten . . ." Schließlich seien im In- und Ausland die traditionellen amerikanischen Werte, z. B. „Freiheit", „Individualismus", „Optimismus" und „Universalismus" in Mißkredit geraten. „Der neu auftauchenden Stimmungslage inhärent war . . . die plötzliche Erkenntnis, . . . daß *das amerikanische System* nicht mehr *der Träger einer universell anwendbaren Botschaft* ist." [20]) Folglich stünden die USA vor der Aufgabe, die „geistige Bedeutung des Westens" wiederzubeleben

17) Zu einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der Menschenrechtskampagne vgl. Bernd Greiner, Die „Menschenrechtskampagne" als Bestandteil der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus, in: P. Brokmeier, R. Rilling (Hrsg.), Beiträge zur Sozialismusanalyse II, Köln 1979, S. 9–51.

18) Brzezinski, Search for Focus, S. 719; vgl. Henry Kissinger, Amerikanische Außenpolitik, Düsseldorf/Wien 1969.

19) Zbigniew Brzezinski, Die Grundzüge der amerikanischen Politik und der weltweite Wandel, Rede vor der Trilateralen Kommission, in: „Amerika-Dienst", Nr. 29 v. 9. 11. 1977, S. 1–20, hier S. 3

20) Brzezinski, Amerika in einer feindlichen Welt, S. 1259, 1255; Hervorhebung durch den Verf.

und – in den Worten von Arthur M. Schlesinger jr. – einen „lebendigen nationalen Gemeinschaftssinn() in den Vereinigten Staaten" wiederherzustellen[21]). Die *„Menschenrechte"* bieten sich aus mehreren Gründen als „Idee" an, „deren historische Stunde gekommen ist" (Brzezinski)[22]).
Das traditionelle amerikanische Missionsbewußtsein tritt hervor, wenn Brzezinski davon spricht, „daß sich in diesem einen Wort „Menschenrechte" die Hoffnung der *Menschheit* (sic!) auf sozialen Fortschritt konzentriert . . ."[23])
Aus der unterstellten historischen Überlegenheit westlicher politischer Theorie, politischer Institutionen und ökonomischer Organisationsprinzipien folgert das Recht auf die faktische und globale Durchsetzung kapitalistischer Entwicklungsmodelle in den Entwicklungsländern und sozialistischen Staaten. „. . . die Werte unserer demokratischen Nationen . . . sind noch immer bedeutsam – für Reich und Arm, *im Norden und Süden, Osten und Westen,* und zwar heute im gleichen Maße wie zu der Zeit, da unsere Vorfahren die Unabhängigkeitserklärung unterschrieben..... allein durch die Beachtung individueller Freiheiten können *Entwicklungsländer* ihr ganzes wirtschaftliches und politisches Potential ausschöpfen."[24]) Dieser ideologischen Orientierung gemäß formulierte Jimmy Carter eine dem Universalismus John F. Kennedys entsprechende Antrittsbotschaft: „Weil wir frei sind, können wir gegenüber dem Schicksal der Freiheit anderswo niemals gleichgültig sein." So verbinden sich der globale Anspruch des Trilateralismus und die angeblich länderüberschreitenden, unterschiedslos durchzusetzenden Menschenrechte. Die konservativen Parteien Westeuropas griffen die Menschenrechtsideologie entweder unverändert auf oder aber paßten sie nationalen Besonderheiten an (wie die CDU/CSU der BRD mit der „Grundwerte"debatte). Im Programmentwurf der Europäischen Volkspartei (EVP), einer konservativen Sammlungsbewegung, hieß es dazu: *„,Die Menschenrechte und Grundfreiheiten haben überall in der Welt höhere Qualität als das Recht der Souveränität.* Folglich kann ihre Verteidigung auch nicht als Einmischung in die Souveränitätsrechte eines Staates interpretiert werden . . .'."[25])
Schließlich rückt die Menschenrechtskampagne zwar vom grobschlächtigen Antikommunismus der 50er Jahre ab, akzentuiert jedoch die antikommunistischen Kampfbegriffe in einer seit den 60er Jahren ungekannten Art und Weise. Daher werden auch einige Strukturprinzipien der traditionellen Kalte-Kriegs-Ideologie aufgewertet. In erster Linie handelt es sich um den Versuch, das rationale Bekenntnis zu der von der „immanente(n) Vernunft der natürlichen Ordnung"[26]) regierten bürgerlichen Gesellschaft zu ritualisieren und

21) Arthur M. Schlesinger Jr., Das erschütterte Vertrauen. Wird Amerika eine gewalttätige Nation?, Bern/München/Wien 1969 (1967), S. 209.
22) Brzezinski, Grundzüge der amerikanischen Politik, S. 4/5.
23) Brzezinski, Grundzüge der amerikanischen Politik, S. 5; Hervorhebung durch den Verf.
24) Carter, New Agenda, S. 2/3; Hervorhebung durch den Verf. „Die Demokratie ist in der Tat eine überzeugungskräftige (compelling) Idee, eine so attraktive Idee, daß selbst ihre Feinde jetzt schon versuchen, Unterdrückung mit falschen demokratischen Etiketten zu bemänteln." (ebd., S. 2).
25) Entwurf des Politischen Programms der Europäischen Volkspartei v. 27. 10. 1977, zit. nach Axt/Deppe, Europaparlament, S. 90; Hervorhebung durch den Verf.
26) Werner Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt/M. 1970[5], S. 146.

dadurch inhaltlich zu entleeren, indem an die Stelle der „Ratio" das Glaubensbekenntnis, die „politische Moral" (Werner Hofmann) tritt – diese tabuisierte Moral folgert aus dem vorab unterstellten „Zwang", der „Willkür" und „Unberechenbarkeit" des sozialistischen Gegners, die eine „dauernde Wachsamkeit" erforderlich machen. In einem Beitrag über die Möglichkeiten und Grenzen außenpolitischer Konsensbildung schrieb Hans Morgenthau dazu: „. . . die historische Entwicklung bestätigt, daß *Konsens* und die Zustimmung der Regierten hauptsächlich *durch nicht-rationale Faktoren geschaffen werden,* wie zum Beispiel durch *nationalistische Leidenschaften,* ideologische *Hoffnungen* und *Befürchtungen, kollektive Erinnerungen, die in Aufrufe zum Handeln umgemünzt werden.* Mit anderen Worten, im Zeitalter der Säkularisierung und des Nationalismus werden die *transzendentalen Ängste und Hoffnungen,* die in früheren Zeiten einen Ausweg in außerweltlicher Religion gefunden hatten, zielstrebig auf die Unterstützung der Nation in ihren Beziehungen mit anderen Nationen hingelenkt. . . . Die Bedeutungslosigkeit . . . wirtschaftlicher oder anderer sozialer Nöte im Vergleich zu diesen *weitverbreiteten Empfindungen* (popular emotions) wurde im August 1914 eindrucksvoll unter Beweis gestellt."[27]) Werden in einer Zeit des „sozialen Notstands" (Brzezinski) die politisch integrierenden materiellen und sozialen Gratifikationen an die Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung immer mehr abgebaut, so erhalten die immateriellen, „zeitlosen" und „allgemeinmenschlichen" Werte, die „nicht-rationalen Faktoren", zusätzliche Bedeutung. Dadurch wird die Systemauseinandersetzung – zu Zeiten Lyndon B. Johnsons noch mit dem Ziel der „Great Society" und einem innenpolitischen Reformprogramm geführt – auf die moralisch-ethisch-emotionale Ebene verlagert, wobei insbesondere die „transzendentalen Ängste und Hoffnungen" mobilisiert werden. Die Menschenrechtskampagne knüpft an Brzezinskis Wertung des ideologischen Klassenkampfes als „entscheidende(r) Ursache politischen Wandels in den kommunistischen Gesellschaften" an. Die großbürgerliche „Welt" meinte: „*Es geht . . . um die Öffnung des sowjetischen Imperiums.* Daher ist es klug und umsichtig, wenn Carter seine Politik nicht mit den alten, verbrauchten antikommunistischen Parolen, sondern mit der Forderung nach Menschenrechten und Informationsfreiheit verbindet."[28])

Die ursächliche Absicht der Menschenrechtskampagne, die ideologische Offensive gegen die sozialistischen Länder und deren innere Beeinflussung bzw. Destabilisierung – schon im Wahlkampf 1976 hatte Carter im Stil des Kalten Krieges gefordert, die USA „sollten alles tun, um die Freiheit in den gegenwärtig besetzten Gebieten Osteuropas zu fördern"[29]) – steht im Zusammenhang mit der Aufwertung Europas als Kampffeld der Systemauseinandersetzung. Den weiteren konzeptionellen Rahmen dieser Politik bilden die Begriffe „Einflußsphären" (die Brzezinski zufolge ein historischer Anachronismus seien) und – darauf aufbauend – die Forderung nach „freiem Zu-

27) Diskussionsbeitrag von Hans Morgenthau zu dem Thema: Who Pays for Foreign Policy? A Debate on Consensus (1), in: „Foreign Policy" (FP), Nr. 18 v. 1975, S. 98; Hervorhebung durch den Verf.
28) „Die Welt" v. 9. 6. 1977; Hervorhebung durch den Verf.
29) Jimmy Carter, zit. nach „Der Spiegel", Nr. 16 v. 11. 4. 1977, S. 113; Hervorhebung durch den Verf.

tritt" zu Osteuropa (zunächst für „Ideen und Meinungen") als Mittel zur Überwindung „unantastbarer Zonen der Vorherrschaft" (Brzezinski). „Man (kann) . . . nicht die Stabilität auf der einen Seite des Eisernen Vorhangs garantieren, während man auf der anderen Seite den weiteren Abbau zuläßt."[30]) Brzezinski geht davon aus, daß „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" inzwischen „zu den bedeutendsten US-amerikanischen Hebeln für eine freiere Kommunikation – *und damit für sozialen Wandel* – in Osteuropa und der Sowjetunion geworden sind"[31]) Folgerichtig wurden die Etats der Sender nach Carters Amtsantritt erstmalig wieder erhöht. Beide strahlen u. a. in 16 Sprachen in die UdSSR aus.

Die These ungerechtfertigter Aufrechterhaltung „hegemonialer Einflußsphären" und fortschreitender „Menschenrechtsverletzungen" wurde seit 1977 als Hauptbelastungsprobe der Entspannungspolitik ausgegeben. Im Inneren der sozialistischen Staaten würden die diktatorialen Herrschaftsformen verschärft und gleichzeitig versucht, den Einflußbereich der „Unrechtssysteme" nach Außen zu erweitern. Erneut erschien amerikanische und westliche Politik als Defensive und in ihrem „Widerstand" daher moralisch gerechtfertigt. So versuchten die USA z. B., die *Belgrader Nachfolgekonferenz* der KSZE (1978) zu einem antikommunistischen Menschenrechtsforum zu machen: indem das KSZE-Schlußdokument von Helsinki auf „Korb 3", also auf die „humane Entspannung" (Meinungs- und Informationsfreiheit) verengt wurde, sollte die Diskussion der politischen Schwerpunkte gesamteuropäischer Politik, nämlich Friedenssicherung durch friedliche Koexistenz, Anerkennung bestehender Grenzen und deren friedensvertragliche Kodifizierung sowie militärische Abrüstung, umgangen werden. Zweifellos war diese Strategie auch auf außenpolitischen Prestigegewinn ausgelegt. Die „Welt" gebraucht daher durchgängig den Terminus *„Menschenrechtswaffe"*; darin kommt zugleich zum Ausdruck, daß die ideologische Auseinandersetzung um Grundprinzipien gesellschaftlicher Organisation (eine Form des intersystemaren Klassenkampfs, die auch mit der Entspannungspolitik nicht aufgehoben wird) von den USA bis zur psychologischen Kriegsführung und Einmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten eskaliert wird. Beides nannte der französische Staatspräsident Giscard 'Estaing eine Verletzung des „Verhaltenskodex der Entspannung"[32]).

Abschließend bleibt noch auf die innere Widersprüchlichkeit der Menschenrechtspolitik hinzuweisen. Es werden gerade diejenigen liberalen politischen Freiheitsrechte normativ an die sozialistischen Staaten herangetragen, die in den angeblich „unregierbar" gewordenen westlichen Demokratien (so die Trilateralisten) in immer stärkerem Maße autoritären Ordnungsmodellen und repressiver Politik zum Opfer fallen – in den USA wie in Westeuropa und Japan. Theoretisch wird diese Tendenz in Brzezinskis Begriff der „technokratischen Diktatur" verarbeitet. Aus dem Watergate-Skandal zieht man bisweilen schon die Konsequenz, daß imperial-souveräne Außenpolitik und der Ab-

30) James Schlesinger, Interview mit „Die Welt" v. 18. 8. 1976.
31) Brzezinski, Deceptive Structure, S. 42; Hervorhebung durch den Verf.
32) Interview Giscards mit Newsweek, ausführlich zit. in FAZ v. 20. 7. 1977.

bau innerer Freiheitsrechte aufeinander verwiesen seien, da Erfolge im Äußeren der Geheimhaltung, Verselbständigung der Exekutive und des Rechts auf „amoralisches Verhalten" bedürften: „Nixon mag Recht gehabt haben: *‚Nationale Sicherheit' und Freiheit schließen sich gegenseitig aus.*"[33]) Es gab in der Außenpolitik der kapitalistischen Länder so lange kein Menschenrechtskonzept, wie man noch mit der militärischen Liquidation der sozialistischen Staaten spekulierte und der langfristig-ideologischen Unterminierung des Sozialismus glaubte entraten zu können. Mit der Menschenrechtspolitik „Einflußsphären" als solche ausdünnen zu wollen, steht in Widerspruch zur inhaltlichen Bestimmung des amerikanischen Verständnisses von Einflußsphären: hier wird nämlich differenziert zwischen legitimem und illegitimem Einfluß und demzufolge – wie in der Open-Door-Philosophie – die ganze Welt als Einflußbereich *bürgerlicher* Interessen beansprucht. Die Menschenrechtswaffe ist opportunistisch teilbar. Gegenüber diktatorischen Regimes in Ländern der Dritten Welt, die für die „nationale Sicherheit" der USA als strategisch unverzichtbar ausgegeben werden (Chile, Südafrika, Indonesien, die Philippinen, Südkorea, Saudi-Arabien, bis 1979 der Iran u. a.), reduziert sich die Menschenrechtspolitik auf formelhafte Erklärungen ohne praktische Folgen oder wird überhaupt nicht geltend gemacht. „Wir können unsere Hilfe nicht verstärken oder unsere Waffen verkaufen und dabei die Art und Weise, wie die Regierungen ihr eigenes Volk behandeln, gänzlich außer acht lassen; dennoch muß die Sicherheit der Vereinigten Staaten, ihrer Verbündeten und Freunde und die Aufrechterhaltung des Weltfriedens unser Hauptanliegen bleiben."[34]) Gegenüber der VR China wird ebenfalls auf Menschenrechtserklärungen verzichtet, um die antisowjetische Funktionalisierung chinesischer Außenpolitik nicht zu diskreditieren. Darüberhinaus sind die USA selbst von allen westlichen bürgerlichen Demokratien im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich am weitesten von ihrem eigenen Anspruch auf Verwirklichung der Menschenrechte und des Wohlergehens aller entfernt. Nur 15% der wahlberechtigten Bevölkerung stimmen im Durchschnitt für den späteren Präsidenten; noch immer gelten 20% der Bevölkerung (ca. 40 Millionen) als materiell, physisch und psychisch verarmt, die Mehrzahl der farbigen Bevölkerung (ca. zehn Millionen) bleibt rassischer Diskriminierung ausgesetzt, die USA verfügen über das lückenhafteste und unzureichendste System sozialer Absicherung (z. B. Renten-, Kranken- und Sozialversicherung) und weisen die höchste Arbeitslosenrate (zwischen zehn und 13%) der kapitalistischen Industriestaaten auf[35]).

Die Vision weltweit bedrohter Menschenrechte suggerierte gleichzeitig das Recht und die Pflicht, unmittelbar und mit allen Mitteln den „Kampf um die Freiheit" aufzunehmen. Der Forderung nach verstärkten *Rüstungsanstrengungen* war daher auch von dieser Seite der Boden bereitet. Die erneuten Rü-

33) Earl Ravenal, Nixon's Challenge to Carter. No More Mr. Nice Guy, in: FP, Nr. 29, Winter 1977/78, S. 27–43, hier S. 36; Hervorhebung durch den Verf.

34) John Sparkman, Die Möglichkeiten der amerikanischen Außenpolitik in den kommenden Jahren, in: „Amerika-Dienst", Nr. 5 v. 16. 3. 1977, S. 5. Senator Sparkman ist Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senats.

35) Vgl. Bernd Greiner, Zweihundertjahrfeier und soziale Realität der USA, in: „Blätter" 8/1976, S. 877–897.

stungsinitiativen der USA wurden von einer – wie inzwischen auch eingestanden wird[36]) – bewußten und systematischen Verschlechterung der politischen Beziehungen zur UdSSR vorbereitet und begleitet, d. h. die amerikanische Regierung bewies durch ihre politische Praxis, daß politische Entspannung nur dann gefestigt werden kann, wenn sie durch militärische Entspannung, also Verminderung des Kriegsrisikos, fundiert wird. Die ersten zwölf Monate der Carterschen Amtszeit brachten folgende *Chronologie der Eskalation:* zunächst verwies Carter unmittelbar vor seiner Amtseinführung am 20. Januar 1977 auf die friedenspolitischen Absichten der USA. „Ich kann unseren Alliierten und Freunden und unseren potentiellen Gegnern – der Sowjetunion und China – versichern, daß wir uns unverändert um den Frieden und um stabile Beziehungen bemühen werden . . . Es sollte kein Zweifel darüber aufkommen, daß es Kontinuität geben wird."[37]) Es sollte freilich eine „Friedenspolitik der Stärke" und der „militärischen Bereitschaft" sein – diese Absicht konkretisierte sich in der Forderung nach einer Stärkung der NATO. Noch *vor* dem 20. Januar griff der designierte Außenminister Cyrus Vance die Sowjetunion öffentlich an. Für ein neues SALT-Abkommen erwarte er von Moskau „Zeichen des guten Willens" in der Frage der Menschenrechte. Gleichzeitig gab er zu bedenken, „ob für Moskau Entspannung nicht einfach eine Fortsetzung des Kalten Krieges unter einer Maske sei"[38]) Damit war der Auftakt zur Menschenrechtskampagne gegeben. Präsident und Vize-Präsident empfingen den „Dissidenten" Bukowski, einen erklärten Gegner jeder Form der Entspannungspolitik, und Carter bot dem „Dissidenten" Sacharow seine solidarische Unterstützung an. Ergänzend wurde das Bild einer zunehmend aggressiver und unberechenbar werdenden UdSSR aufgebaut, d. h. es mußte der Eindruck entstehen, daß nur noch „entschlossenes Auftreten" bei den bevorstehenden Moskauer SALT-Gesprächen (im März 1977) die UdSSR von ihrem „harten Kurs" abbringen könne. Inzwischen war im Februar der US-Bundeshaushalt für das Finanzjahr 1977/78 vorgelegt worden: er enthielt (entgegen Carters Wahlversprechen) den höchsten Rüstungsetat in der Geschichte der USA.

Carter betonte, daß seine „Entschlossenheit" gegenüber der UdSSR eine „Entschlossenheit zum Frieden" sei. Die Verhandlungsangebote für SALT II suggerierten eine drastische Verringerung der nuklearen Kapazitäten und damit ein ernsthaftes Bemühen um Abrüstung. Real wurde jedoch mit den neuen amerikanischen Vorschlägen die Verhandlungsbasis mit der UdSSR, das 1975er Abkommen von Wladiwostok, verlassen, d. h. ein Zwischenergebnis langwieriger SALT-Gespräche unter Nixon und Ford wurde übergangen und mußte als unwichtige Nebensache erscheinen – eine diplomatische Provokation des Verhandlungspartners[39]). Einem weiteren amerikanischen „Angebot" zufolge sollten die Vorschläge von Wladiwostok unter Nichtberücksichtigung der (nach 1975 weiterentwickelten!) amerikanischen Cruise

36) Vgl. Tad Szulc, Washington Dateline: Springtime for Carter, in: FP, Nr. 27, 1977, S. 178–192.
37) Jimmy Carter, zit. nach „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 6. 11. 1976
38) SZ v. 7. 12. 197.6
39) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 16 v. 11. 4. 1977, S. 110/11.

Missiles und des sowjetischen Bombers „Backfire" (NATO-Kode) als SALT II vertraglich kodifiziert werden – d. h., die taktisch wie strategisch und damit gegen das Gebiet der Sowjetunion direkt einsetzbaren Cruise Missiles wurden zum Tausch gegen einen lediglich in Europa einsetzbaren Bomber-Typ geboten. Die strategische Parität bzw. Äquivalenz, Gegenstand aller SALT-Verhandlungen und Grundlage jeglicher Abkommen, wären aufgegeben und die Gewichte zugunsten der USA verschoben worden[40]).

Diese Zusammenhänge wurden freilich durch eine ausgiebige Diskussion der „sowjetischen Gefahr" aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. Das im Herbst 1976 gegründete *„Committee on Present Danger"* – dem Befürworter amerikanischer nuklearer Superiorität („Deterrence Plus") angehören, so der ehemalige CIA-Direktor Colby, Paul Nitze, die Generale Taylor und Zumwalt – trat verstärkt an die Öffentlichkeit, und die Senatoren Nunn und Bartlett brachten einen Bericht im Kongreß ein, demzufolge die UdSSR plane, die USA in der strategischen Rüstung zu überrunden und auch eine militärische Invasion des durch die NATO angeblich unzureichend gesicherten Westeuropa nicht ausschließe. Die einzig mögliche Antwort seien verstärkte qualitative wie quantitative Rüstungsinnovationen der NATO[41]). Alle seit 1974 von orthodox-intransigenter Seite gegen die Entspannungspolitik vorgebrachten (militärstrategischen) Argumente traten in dieser Phase konzentriert auf, und Brzezinskis Warnungen vor einem „taktischen Verhältnis" der UdSSR zu SALT wurden von den USA zum Anlaß obstruktiver Verhandlungsvorbereitung und -führung genommen. In der Woche *vor* Beginn der Moskauer SALT-Gespräche brachte Carter im Kongreß den Antrag auf Aufstockung des Etats für „Radio Free Europe" und „Radio Liberty" ein – beides klassische Propagandainstrumente des Kalten Krieges.

Damit waren alle Voraussetzungen geschaffen, um die Verhandlungen in Moskau scheitern zu lassen und sich gleichzeitig weiterhin in der Öffentlichkeit als Initiator konsequenter Friedens- und Abrüstungspolitik darzustellen. Auf Mäßigung bedachte Kräfte im eigenen Lager[42]) konnten keine Kursänderung bewirken; Carter setzte die diplomatischen Offensiven unvermindert fort mit direkten Angriffen auf die sowjetische Führungsspitze – eine den „Verhaltenskodex" der bisherigen Entspannungspolitik ebenfalls aufkündigende Praxis. „Die Kreml-Führung sei zu alt, zu konservativ und zu starr in ihrem Denken, um sich auf Neuerungen einzustellen"[43]) – mit „Neuerungen" waren Carters ursprüngliche Vorschläge für SALT II gemeint. Nachdem sich die der UdSSR monatelang unterstellte Entspannungsfeindlichkeit in der Art einer „self-fulfilling-prophecy" und einer Verschlechterung des diplomatischen Klimas scheinbar bestätigt hatte, drohte Carter weitergehende Konse-

40) Vgl. die Pressekonferenz des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko nach dem Abbruch der Moskauer Verhandlungen, in: „International Affairs" (IA) (Moskau), 5/1977, S. 3–11; vgl. „Der Spiegel", Nr. 16 v. 11. 4. 1977.

41) Vgl. Comment on Facts: On the Band-Wagon of „Soviet Menace", in: IA (Moskau), April 1977, S. 105–109; vgl. Eckardt Opitz, Über Schwierigkeiten im Umgang mit der Entspannungs- und Sicherheitspolitik, in: „Neue Gesellschaft" 4/1977, 24. Jg., S. 278/79.

42) Vgl. Paul Warnke, We Don't Need the Devil (to make us keep our friends), in: FP, Nr. 25, 1976/77, S. 78–87.

43) FAZ v. 1. 4. 1977.

quenzen an. „Carter . . . wies die Sowjetunion warnend darauf hin, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise doch zur erhöhten Aufrüstung und *Fortentwicklung* der strategischen und taktischen Waffensysteme gezwungen würden, falls Moskau im Mai (sic) nicht in ‚gutem Glauben und auf einer Basis des gegenseitigen Vertrauens' verhandele"[44]).

An der parallel geführten Menschenrechtskampagne wurden keinerlei Abstriche gemacht, und Brzezinski erklärte: „Wenn SALT davon abhängt, daß die USA sich selbst das Recht versagen, die Menschenrechte zu unterstützen, dann ist es das nicht wert."[45])

Im Juni bekannte sich Carter zu der Absicht, die UdSSR – die er vorher zu „gegenseitigem Vertrauen" aufgefordert hatte – „weltweit" und „aggressiv" zurückdrängen zu wollen. Anfang Juli beschloß die amerikanische Regierung, die „Cruise Missiles" zur Weiterentwicklung freizugeben, nachdem vorher mit erheblichem publizistischen Aufwand der Verzicht auf den Bomber B 1 als Zeichen „guten Willens" an Moskau angekündigt worden war. Verschwiegen wurde, daß die Marschflugkörper vielseitiger verwendbar und unter strategischen Gesichtspunkten effektiver sind als der Bomber B 1, von einem „Verzicht" also mitnichten gesprochen werden kann. Ohne daß mit der Sowjetunion inzwischen weitere SALT-Verhandlungen geführt worden wären, kündigte das Weiße Haus in der ersten Juli-Woche an, nach dem 15. August 1977 über den Bau der Neutronenbombe (taktische Gefechtsfeldswaffe) entscheiden zu wollen.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die amerikanische Regierung zur Durchsetzung des im Trilateralismus angelegten Konzepts einer „Konfrontation und Kooperation" mit der UdSSR auf Mittel der Kalte-Kriegs-Diplomatie zurückgriff. Zunächst wurden unannehmbare Bedingungen gestellt, die zum Scheitern von Verhandlungen führen mußten. Dieses Scheitern lieferte den erforderlichen Vorwand zu verstärkter Aufrüstung und Durchsetzung neuer Rüstungsprojekte (wie etwa Cruise Missiles und Neutronenbombe), um sich vermeintlich allgemein-politische und verhandlungstaktische Vorteile zu schaffen.

Dieses Unterlaufen des bisherigen Prozesses der politischen und (an der Rüstungskontrolltheorie orientierten) militärischen Entspannung liegt nicht allein in der Gestaltung der politischen Beziehungen begründet, sondern hängt auch ursächlich mit der Qualität der vorgeschlagenen neuen Waffensysteme zusammen. Wenn am Beispiel der Osteuropa-Politik und der Menschenrechtskampagne betont wurde, dadurch werde Europa als Feld der Systemauseinandersetzung in einer seit den 60er Jahren ungekannten Art und Weise aufgewertet, so gilt dies gleichermaßen für den Bereich militärischer Planung. Neutronenbombe und Marschflugkörper (Cruise Missiles) eignen sich, wie das Pentagon offen zugab, gerade für den europäischen Einsatz. Die Carter-Administration legte ihrer Militärpolitik die 1974 konzipierte Schlesinger-Doktrin zugrunde, die den USA flexiblere nuklearstrategische und -taktische Optionen eröffnen soll. „Wolle es (Amerika – B. G.) . . . ein glaubhaf-

44) Ebd.; Hervorhebung durch den Verf.
45) Zit. nach: „Die Welt" v. 2. 4. 1977.

ter Atomschirm für seine Verbündeten bleiben, müsse es für strategische wie taktische Nuklearwaffen eine *breite Zielauswahl* haben. . . . Détente müsse von der kostspieligen Waffenentwicklung begleitet werden."[46]) „Abschrekkung" sei nur wirksam, wenn die dauernde Drohung des realen Gefechtseinsatzes atomarer Waffen bestünde. Mit der Neutronenbombe glaubten die konservativen Gegner der Entspannung und Abrüstung einen langerhofften Durchbruch in der nordatlantischen Militärpolitik gekommen: der Westen „reagiere" nicht mehr bloß auf die „rote Gefahr", sondern werde selbst aktiv. Aufgrund ihres begrenzten Wirkungsbereichs und der spezifischen Qualität (Menschenleben zu vernichten, materielle Anlagen jedoch unbeschädigt zu lassen) sei die Neutronenbombe die ideale Waffe für die „Vorwärtsverteidigung" in Europa. Während die „Vorneverteidigung" „grenznahe Verteidigungslinien" vorsieht, geht die „Vorwärtsverteidigung" davon aus, einen Krieg nicht auf dem Boden der Verbündeten zu führen, sondern, wie es Adelbert Weinstein ausdrückte, das „Unheil mehr nach Osten" zu verlagern. „Die Neutronenbombe hat dieses Umdenken nicht bewirkt. Doch sie kann es beschleunigen"[47]).

Mitten in der öffentlichen Diskussion über die neuen Waffen kam es im Sommer 1977 zu gezielten Indiskretionen über militärstrategische Planspiele des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrates für die Kriegsführung in Europa. Die anschließenden Auseinandersetzungen konzentrierten sich darauf, die offensiven Optionen der NATO-Strategie und die unveränderte Gültigkeit der dreiphasigen Kriegsführung (konventionell/taktisch-atomar/strategisch-atomar) im Rahmen der „Flexible Response" nachhaltig zu bekräftigen. Die Führbarkeit atomarer Kriege wurde als notwendige Rückversicherung jeder Abschreckung bezeichnet und damit die früheren Begründungen – nämlich die Drohung totaler Zerstörung bei jeglicher Form des Einsatzes von Atomwaffen als den Frieden stabilisierender Faktor – in ihr Gegenteil verkehrt. „. . . der exakt berechenbare und begrenzte Wirkungsgrad gibt der Neutronenbombe einen tatsächlichen Abschreckungswert, den die Kampfmittel einer ehemals erdachten ‚massiven Vergeltung' als ausschließlich politische Waffen nicht besaßen."[48]) Die „Cruise Missiles" als taktisch wie strategisch einsetzbare Atomwaffen untergraben eine wichtige Voraussetzung aller bisherigen SALT-Verhandlungen, nämlich die unzweideutige Bestimmbarkeit des gegenseitigen Waffenarsenals, während die Neutronenbombe die aggressivsten Kräfte in den USA wie in Westeuropa dazu verleiten könnte, nicht allein ihre politische Bewegungsfreiheit, sondern auch die militärischen Spielräume unterhalb der Schwelle strategischer Kriegsführung real zu erproben. Nach wie vor ist also die Ende der 50er Jahre entwickelte „indirekte Strategie" und mit ihr die Vorstellung einer Senkung der atomaren Kriegsschwelle auf ein kalkulierbares Niveau die allgemeine Leitlinie der amerikanischen militär-politischen Strategie. Es ist daher auch nicht überraschend, daß die Entwicklung der Neutronenbombe bis ins Jahr 1958 zurückreicht[49]).

46) FAZ v. 12. 1. 1974; Hervorhebung durch den Verf.
47) FAZ v. 26. 7. 1977.
48) FAZ v. 24. 1. 1978.
49) Vgl. „Antimilitarismus-Information", 8-9/1977, S. I-71; vgl. Jo Rodejohann, Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren der Neutronen-Bombe (ERW), in: „Blätter", 8/1977, S. 939–948.

Aus Geschichte und Funktion dieser Waffensysteme folgt natürlich nicht, „daß Carter den großen Ostfeldzug im Sinne habe und beabsichtige, morgen früh blindlings die europäische Systemgrenze überrennen zu lassen. Wohl aber heißt es, daß er entschlossen ist, im Rahmen und zur Durchführung seiner Konzeption von nun an unablässig in Spekulation auf das Zurückschrecken der Sowjetunion vor dem globalen Atomkrieg auf *atomare Erpressungskonstellationen* auszugehen, die ihm den Freiraum für begrenzte militärische Gewaltaktionen, an welchen Punkten der Welt sie ihm gerade erforderlich scheinen, verschaffen sollen und er *hierbei auch die Möglichkeit solcher Aktionen in Europa, nämlich etwa zur Sicherung und Einbringung eines Erfolgs der Dissoziationspolitik, nicht ausschließt*". [50])

Unter tagespolitischen Gesichtspunkten wurde die Drohung mit qualitativ neuen Nuklearwaffen als politisches Druckmittel bei den SALT-Verhandlungen verstanden. „Natürlich kann nach relativ kurzer Zeit auch Moskau über die Neutronenwaffe verfügen . . . Doch vor dieser Spekulation steht die Realität, daß der Westen das ‚Neut' besitzt, der Osten nicht. . . . *Die Neutronenbombe ist eine politische Waffe.*"[51]) Da die sowjetische Regierung wiederholt erklärte, nicht unter Druck zu verhandeln, zog sich der Abschluß des *SALT II-Abkommens* bis zum Sommer 1979 hin; dreieinhalb Jahre waren vergangen seit dem Abkommen von Wladiwostok, das damals von beiden Seiten als tragfähige Basis eines in kürzester Frist vollständig auszuarbeitenden Vertrages angesehen worden war. SALT II legte eine für beide Partner numerisch gleiche Obergrenze der Trägersysteme für Interkontinentalwaffen, für Fernbomber und luftgestützte Raketen fest: bis 1981 soll diese Grenze auf insgesamt 2250 verringert werden. Damit ist bereits das wichtigste Unterscheidungskriterium zu SALT I benannt: damals wurden nur Raketenabwehrsysteme erfaßt, jetzt wurde über strategische Offensivwaffen, den Kern nuklearer Rüstung, verhandelt. In einem Zusatzprotokoll wurde ferner ein Installierungsmoratorium für bewegliche Interkontinentalraketen (MX-Raketen) und land- oder seegestützte Cruise Missiles mit einer Reichweite über 600 km bis Ende 1981 vereinbart; die Entwicklung dieser Waffensysteme ist jedoch erlaubt. Schließlich wurde in einer Prinzipienerklärung die Absicht bekundet, in SALT III über die weitere quantitative und qualitative Beschränkung strategischer Offensivwaffen zu verhandeln[52]). Mit diesem Vertrag gelang „erstmals in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen . . . eine erfolgreiche Fortsetzung der Bemühungen, d. h. es mißlingt die Absicht, es bei einem einmaligen beschränkten und jederzeit korrigierbaren Ergebnis zu belassen." Obwohl die vereinbarten Obergrenzen beiderseits noch nicht erreicht sind, können damit einem künftigen unkontrollierten Weiterrüsten Schranken gesetzt werden; und bezüglich der bis 1981 verbotenen Einrichtung genannter Waffensysteme muß sich „das Bemühen . . . darauf richten, die zeitlich begrenzten Festlegungen in endgültige Verbote umzuwandeln, was einfacher ist, als wäre überhaupt keine Begrenzung vorhanden". Matthiessen sieht eine weitere positive

50) Reinhard Opitz, Die Neutronenbombe, die BRD und Europa, in: „Blätter", 9/1977, S. 1048–1075, hier S. 1065; Hervorhebung durch den Verf.
51) FAZ v. 26. 7. 1977; Hervorhebung durch den Verf.
52) Zum Wortlaut des SALT II-Vertrages vgl. „Blätter", 7/1979, S. 883–895.

Wirkung von SALT II in der Tatsache, daß dies „der bislang umfassendste Rüstungsbegrenzungsvertrag (ist), der vereinbart werden konnte, und . . . günstigere Voraussetzungen für vielfältige andere Bemühungen (eröffnet), so die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa"[53]). Wieweit SALT II Rüstungskontrollmaßnahmen festigen und damit die notwendigen Voraussetzungen zu einschneidenden Abrüstungsschritten schaffen kann, wird entscheidend von den politischen Entspannungsinitiativen abhängen – diese wiederum können nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn in Abrüstungsfragen Erfolge erzielt werden.
Die Politik der amerikanischen Regierung seit 1977 steht einerseits unter dem Zwang, sich den SALT-Verhandlungen nicht entziehen zu können, versucht andererseits aber weiterhin, die politischen und militärischen Konsequenzen dieses Vertrages „einzudämmen". Es ist deutlich geworden, daß die Carter-Administration dem seit 1974/75 gestärkten Einfluß der orthodoxen Entspannungsgegner unterliegt bzw. deren Positionen teilweise selbst vertritt. Die Argumentation der amerikanischen *SALT-Gegner* reproduziert in einer großangelegten politischen Offensive alle in den 70er Jahren gegen die Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik vorgebrachten Thesen[54]). Sie läuft wie üblich im Kern darauf hinaus, ein militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West, zwischen den USA und der UdSSR politisch-*prinzipiell* abzulehnen, Stabilität als westliche Überlegenheit und amerikanische Führung (bei der politischen Gestaltung der internationalen Beziehungen) als „Führung der Stärke" zu definieren, d. h. objektiv geht es nach wie vor darum, sich aus einer Position „imperialer Souveränität" (W. v. Bredow) und strategischer Superiorität die Option zur militärischen Lösung der Systemauseinandersetzung zu bewahren. Der Einwand, diese Politik sei beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis eine Vernichtungsstrategie und daher irreal, kann nur mit der Einschränkung gelten, daß diese orthodoxen Traditionalisten subjektiv dennoch von der politischen Wirksamkeit und militärischen Realisierungschance ihrer Strategie überzeugt sind und sich daher die Instabilität des ohnehin prekären „Gleichgewichts des Schreckens" mit jedem neuen Waffensystem objektiv erhöht. Der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber „Europa", General Alexander Haig, formulierte die Konditionen für eine Zustimmung der Orthodoxen zu SALT folgendermaßen: eine „entschlossene, unzweideutige Demonstration einer erneuerten amerikanischen Stärke und Führungskraft" sei „überfällig" und könne gerade in der augenblicklichen weltpolitischen Situation einen „Umkehrpunkt" markieren. Daher solle SALT II nur ratifiziert werden, wenn parallel die strategische, taktisch-atomare und konventionelle Kapazität der NATO quantitativ erweitert und qualitativ verbessert sowie der amerikanische Rüstungshaushalt nachhaltig erhöht würde; insbesondere sei mit

53) Gunnar Matthiessen, Der Wiener Gipfel, die Diskussion um die SS-20-Raketen und die Zukunft der Entspannung, in: „Blätter", 7/1979, S. 801–822, hier S. 809/810.
54) Vgl. „Wireless" v. 17. 4. 1979; vgl. Wolfgang Pordzik, SALT II im Kreuzfeuer der Kritik. Zur inneramerikanischen Kontroverse über die Sicherheitspolitik der Regierung Carter, in: „Europa Archiv" (EA) 16, 1978, S. 517–27; vgl. Hans Günter Brauch, Die inneramerikanische Debatte zur „Sowjetischen Bedrohung". Schlußfolgerungen für Entspannungsinitiativen, in: „Die Neue Gesellschaft", 2/1979, S. 117–125.

den europäischen Verbündeten eine Übereinkunft über euro- bzw. kontinentalstrategische Waffensysteme in Europa zu erzielen[55]).
Die gleiche Grundhaltung, also die *grundsätzliche* Opposition gegen militärische und politische Gleichberechtigung der UdSSR, zeigte sich in der Debatte um eine sowjetische Ausbildungsbrigade auf Kuba. Die Stationierung dieser Brigade war bereits seit Jahren bekannt, wurde aber erst in dem Augenblick zum politischen Problem, da man glaubte, die Opposition gegen SALT II stärken zu können. Dabei ging es nicht um eine etwaige militärische Bedrohung der USA, sondern – wie Carter wiederholt klarstellte[56]) – um das politische Prinzip, in der „westlichen Hemisphäre" keine sowjetischen Truppen dulden zu können; die *globale* Präsenz amerikanischer Truppen, deren Stationierung im unmittelbaren Grenzgebiet zur UdSSR und die weiterhin aufrechterhaltenen amerikanischen Streitkräfte auf Kuba (Militärstützpunkt Guantanamo) blieben ebenso unerwähnt wie die seit 1976 wiederbelebten Spekulationen über eine eventuelle Intervention der USA auf Kuba.
Die grundsätzliche Opposition der SALT-Gegner und die vielfältigen, in der Regel willkürlichen tagespolitischen Einwände gegen den Vertrag („Linkages"), von denen die „kleine Kuba-Krise" nur ein Beispiel war, verzögerten nicht allein den Ratifizierungsprozeß, sondern verwiesen darauf, daß die politischen und militärischen Gefährdungen des Entspannungsprozesses auch *nach* einer Ratifizierung von SALT II nicht gebannt sein werden – von einem möglichen Scheitern der Ratifizierung ganz zu schweigen. Unterstützt von den orthodoxen Traditionalisten geht die amerikanische Regierung seit Ende 1978 daran, die Politik absoluter oder relativer militärischer Überlegenheit abseits von SALT und anknüpfend an die mit der Neutronenbombe verbundenen Pläne weiterzuverfolgen, d. h. den in SALT angelegten Möglichkeiten gegenzusteuern. Carter beschloß noch *vor* Unterzeichnung des SALT II-Vertrages den Bau der mobilen *MX-Interkontinentalrakete* und verwies seither ständig auf die Notwendigkeit, diese Rakete nach Ablauf der in SALT festgelegten Frist zu installieren. Die MX-Rakete und die „Cruise Missiles" „werden für unsere Verteidigung gebraucht, und ich kann mir keine Entwicklung vorstellen, die zu irgendeiner faktischen Verlängerung des Protokolls (des SALT II-Vertrages – B. G.) führen würde und die unserer festen Absicht zuwiderlaufen könnte, diese Systeme zu installieren"[57]). Die mit Mehrfachsprengköpfen bestückte „MX" soll durch ständige Rotation in jeweils verschiedenen Abschußbunkern stationiert werden, wobei die Zahl der Bunker (4600) die der Raketen (200) bei weitem übertrifft, die sowjetische Satellitenaufklärung also nicht feststellen kann, „welche der . . . Bunker gerade die Rakete aufgenommen hat und welche leer sind"[58]). Damit streben die USA an, wie ehemals (am Ende der 60er Jahre) mit dem Anti-Raketensystem (ABM) das eigene Raketenpotential unverwundbar zu machen; die eigentliche of-

55) Erklärung von Alexander Haig bei den SALT-II-Hearings, in: „Wireless", Nr. 139 v. 27. 7. 1979, S. 22–25, hier S. 24.
56) Vgl. „Wireless", Nr. 169 v. 10. 9. 1979, S. 11–14.
57) Jimmy Carter, zit. nach „Wireless", Nr. 204 v. 30. 10. 1979, S. 9.
58) FAZ v. 20. 8. 1979; vgl. Carters Erklärung zur MX-Rakete, in: „Wireless", Nr. 169, 10. 9. 1979, S. 9–11.

fensive Qualität erhält „MX" jedoch nur im Zusammenhang mit den Mehrfachsprengköpfen (MIRV), die auf eine Zerstörung der nicht-beweglichen, festverbunkerten sowjetischen Interkontinentalraketen ausgelegt sind. Zerstörung des gegnerischen Potentials bei gleichzeitiger relativer Unverwundbarkeit der eigenen strategischen Waffensysteme läuft jedoch auf eine amerikanische *Erstschlagskapazität* hinaus – solange die UdSSR nicht nachzieht und eigene „MX"-Raketen baut.

Die Cartersche Begründung der „MX" gibt wie alle bisherigen Rechtfertigungen neuer Waffensysteme die sowjetische *Reaktion* auf amerikanische Rüstungsinitiativen als die eigentliche *Bedrohung* aus: man brauche bewegliche Raketen wegen der erhöhten Zielgenauigkeit sowjetischer Mehrfachsprengköpfe. Gerade diese Mehrfachsprengköpfe waren jedoch von den USA mit dem Ziel entwickelt und eingeführt worden, mit einem „ersten Schlag" die sowjetischen Waffensysteme jederzeit und weitgehend ausschalten zu können. Die parallel zu „MX" angekündigte „Modernisierung" des gesamten amerikanischen nuklearen Waffenarsenals bekräftigt die Vermutungen verschiedener (westlicher) Militärexperten, daß die USA für die Mitte der 80er Jahre erneut nukleare Superiorität anstreben und auch real umsetzen können[59] – wenn dieser Entwicklung nicht durch *politische* Entscheidungen Einhalt geboten wird.

Während die „MX"-Raketen zumindest der Papierform nach weiterhin Verhandlungsgegenstand von SALT bleiben, entziehen sich die geplanten *kontinentalstrategischen Waffen* noch immer dieser politischen Kontrolle. Die offizielle Begründung der USA und der NATO lautet, mit neu einzuführenden und in Westeuropa zu stationierenden atomaren Mittelstreckenraketen (Pershing II) im Verbund mit Cruise Missiles (deren Stationierung in Europa bis 1981 verboten ist) und Neutronenbombe eine wirksame Abschreckung gegen die modernisierten sowjetischen, auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 (NATO-Kode) zu schaffen. Auch hier handelt es sich um eine spezifische Wiederauflage der westlichen „Bedrohungslüge"[60]: die Zahlenangaben über die sowjetischen Raketen schwankten bisher erheblich und schnellten immer dann in die Höhe, wenn die „Gefahr aus dem Osten" besonders eindringlich gezeichnet werden sollte. Einig war man sich jedoch darin, daß die SS-20 seit 1977 installiert wird. Die westlichen Pläne zur Einführung atomarer Mittelstreckenraketen in Europa hingegen sind „eins der Kernstücke des *NATO-Langzeitprogramms, das Anfang der 70er Jahre* (sic) *entwickelt wurde*"[61]. Da ein neues Waffensystem durchschnittlich eine fünf- bis zehnjährige technologische Inkubationszeit aufweist, können die Pläne für SS-20 bestenfalls *parallel* zum NATO-Langzeitprogramm entstanden sein; ein zeitlicher Vorlauf der UdSSR und damit die Notwendigkeit einer westlichen Reaktion zum *jetzigen* Zeitpunkt können also unter keinen Umständen konstruiert werden.

59) Vgl. Matthiessen, Der Wiener Gipfel, S. 806.
60) Vgl. Gerhard Kade, Die Bedrohungslüge. Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten", Köln 1979; vgl. Lew Semejko, Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa?, in: „Blätter", 11 1979, S. 1137–1343.
61) Matthiessen, Der Wiener Gipfel, S. 814; Hervorhebung durch den Verf.

„Pershing-II", „Cruise Missiles" und die Neutronenbombe erweisen sich als Bestandteil eines langfristigen militär-strategischen Plans. Dieser verbindet die traditionellen orthodoxen Bestrebungen nach einer Verschiebung des strategischen Gleichgewichts zugunsten des Westens erstens mit der vom Trilateralismus vorgenommenen Aufwertung Europas als ideologisches und militärisches Kampffeld der Systemauseinandersetzung und zweitens mit den seit 1974 konkretisierten Vorschlägen, auf die kapitalistische Systemkrise *auch* mit militärischen Mitteln zu antworten (Ausweitung des Operationsbereichs der NATO, neue Waffensysteme und erweiterte Zielauswahl). Im Begriff *„kontinentalstrategische* Waffen" ist bereits die objektive Funktion der neuen Mittelstreckenraketen enthalten: sie sollen vom europäischen Kontinent aus die Aufgabe übernehmen, die bisher innerhalb der NATO den strategischen Interkontinentalraketen der USA als „atomarem Schutzschild" vorbehalten war, nämlich einen Atomkrieg gegen die UdSSR führen zu können. Damit würden die Begrenzungen strategischer Offensivwaffen aus SALT II durchbrochen und zwar zu einem Zeitpunkt, da die UdSSR diesem Potential nichts Vergleichbares entgegensetzen kann: die SS 20 ist *nicht* geeignet, die USA zu erreichen. „Infolgedessen handelt es sich bei dem westlichen Waffensystem um die Einführung *qualitativ neuer Waffensysteme,* während hingegen die Einführung der SS-20 weder waffentechnologisch noch militärisch-strategisch eine wesentliche Neuerung darstellt, mithin also rein quantitativer Natur ist." [62]). Die Verlagerung des Standortes strategischer Vernichtungswaffen nach Europa war bereits 1970 von Brzezinski für den Fall gefordert worden, daß die SALT-Verhandlungen für die USA keine „befriedigende" Lösung (ein vielseitig interpretierbarer Begriff) bringen sollten [63]) und wird heute in Westeuropa von den Kräften erneut reklamiert (z. B. in Form einer deutsch-französischen Atomstreitmacht [64]), die eine militärische Überlegenheit der NATO als Vorbedingung internationaler Politik sehen. Die Mobilisierung aller Kräfte soll eine Verschiebung des *„Geogleichgewichts"*, also der *politischen* Kräfterelation zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zugunsten des Westens bringen.

Ausblick

Die politischen Auseinandersetzungen um die Mittelstreckenwaffen werden andauern: nicht allein wegen des zu erwartenden Widerstands der Öffentlichkeit, sondern auch deshalb, weil die vorliegenden Planungen erneut Grundfragen der Entscheidungs- und Machtstruktur innerhalb der NATO aufwerfen. Es geht darum, ob die europäischen Eliten des „Dreibundes", allen voran die BRD, die Entscheidungskompetenz über den Einsatz der auf ihrem Territorium stationierten *strategischen* Atomwaffen erhalten, d. h. ob Westeuropa innerhalb der NATO von den USA abgekoppelt und mithin zu einer eigenständigen nuklearen „Supermacht" werden kann. Mit dieser möglichen Verschiebung der zwischenstaatlichen Machtverhältnisse werden die politi-

62) Matthiessen, Der Wiener Gipfel, S. 815; Hervorhebung durch den Verf.
63) Vgl. Brzezinski, America and Europe.
64) Vgl. FAZ v. 25. 8., 5. 9., 7. 9. 1979.

schen Konkurrenzbeziehungen der westeuropäischen Staaten untereinander und die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern selbst zu einem entscheidenden Faktor der Entscheidungsfindung in militärstrategischen Fragen. Dissonanzen innerhalb des Bündnisses trugen bereits dazu bei, die Entscheidung über die Neutronenbombe zu verschieben. Darin und in den Fragen einer NATO-Ausweitung oder der geforderten 3%igen Erhöhung der Rüstungshaushalte aller Mitgliedsländer zeigt sich die allgemeine Tendenz, daß eine gemeinschaftliche militärpolitische Perspektive und praktische Politik innerhalb der atlantischen Allianz nicht mehr in der Art der 50er und frühen 60er Jahre durchgesetzt werden können. Auch hier haben die USA ihre Dominanz eingebüßt. Die Niederlande, Belgien, Norwegen und Dänemark haben bereits Bedenken gegen die Stationierung der neuen Waffensysteme in Westeuropa angemeldet. Entscheidenden Einfluß wird die Öffentlichkeit in jedem europäischen Land nehmen: schließlich ist das trilaterale Bündnisprogramm konzeptioneller Ausdruck auch der Tatsache, daß die USA sich dem politischen Druck erstarkender außeramerikanischer Zentren des Kapitalismus nicht länger entziehen können.

Zweifellos wäre es verfehlt, auf jähe außenpolitische Kursänderungen einer neuen oder im Amt bestätigten amerikanischen Administration nach den Wahlen im Herbst 1980 zu setzen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß die Entwicklung seit 1974 zu einer Verfestigung der entspannungskritischen bzw. -feindlichen Position und zu deren relativer Aufwertung gegenüber kompromißbereiteren Linien (wie etwa der „aufgeklärt-konservativen" Richtung) geführt hat. Also wird *jeder* Präsident, der Grundprinzipien der Entspannungspolitik in seinen außenpolitischen Fahrplan aufnimmt, diese nur in der beständigen Auseinandersetzung und innenpolitischen Konfrontation mit den oppositionellen Orthodoxen durchsetzen können. Die bisherigen Alternativkandidaten zu Carter aus den Reihen der demokratischen Partei, Kennedy und Brown, haben sich trotz aller verbalen Bekenntnisse zu SALT II und Entspannung noch nicht dazu erklärt, diesen Kampf führen zu wollen; von den voraussichtlichen republikanischen Anwärtern Connally, Reagan oder gar Haig hingegen steht eine weitere Verschlechterung der intersystemaren Beziehungen zu erwarten. Es wird daher in *allen* Ländern der nordatlantischen Allianz darauf ankommen, den *politischen Willen zur Entspannung* und Abrüstung zu bekräftigen, die Regierungen zur konstruktiven Antwort auf Initiativen des Warschauer Pakts und der UdSSR zu drängen und letztlich die Aufklärungsarbeit über Genese und Funktion westlicher Militär- und Politikstrategien voranzutreiben.

Die Propagandisten einer neuen Aufrüstung sehen diese Gefahr öffentlicher Willensbildung und sprechen davon, daß sich das „Drama" des Widerstandes gegen die Neutronenbombe nicht wiederholen dürfe. „Wer sich an die Kraft erinnert, die die Aktion ‚Kampf dem Atomtod' entfaltete, wer bedenkt, welche Ängste schon durch den Bau der Kernkraftwerke mobilisierbar wurden, der wird die Chancen einer entsprechenden, von Moskau geschickt gesteuerten Kampagne nicht gering einschätzen."[65]) Der Vorwurf der „Fernsteuerung"

65) FAZ v. 16. 2. 1979; zit. nach Matthiessen, Der Wiener Gipfel, S. 818.

aus Moskau wird die Friedensbewegung wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft treffen; wie in der Vergangenheit wird sie sich damit ebensosehr auseinandersetzen müssen wie mit dem Nebelschleier der *„Bedrohungslüge"*. Diese zu entlarven, wird von entscheidender Bedeutung sein. Wer wen bedroht, machten die Sowjetpolitiker Sagladin und Falin gegenüber dem „Spiegel" an einem Beispiel der Vergangenheit noch einmal deutlich – ihre Angaben sind bisher nicht dementiert worden: „Wir kennen heute die Dokumente aus dem State Department und dem US-Verteidigungsministerium, vom Nationalen Sicherheitsrat, und die hatten genau den Angriff auf die Sowjet-Union zum Inhalt, bis hin zu Weisungen, was mit den besetzten Gebieten zu geschehen habe. . . . diese amerikanischen Pläne waren nicht nur Pläne, sondern Vorbereitungen, die Daten waren festgelegt, am 1. April 1949. . . . Unser Land sollte von US-Truppen mit Atomwaffen angegriffen werden. Wir haben danach unsere eigene Atombombe gebaut." [66]) Die folgenden Jahre des Kalten Krieges brachten eine Vereisung der intersystemaren Beziehungen und eine ständig präsente Gefahr nuklearer Vernichtung, bis mit der Entspannungspolitik erste Erfolge auf dem Weg zu einer friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erzielt wurden. Die Erfahrungen mit der Regierung Carter zeigen deutlicher als je zuvor in den 70er Jahren, daß es zur politischen und militärischen Entspannung keine friedliche Alternative gibt und daß der Kampf für diese Prinzipien weiterhin und auf absehbare Zeit ohne Abstriche geführt werden muß – national wie international. Denn Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg.

Karl D. Bredthauer / Norman Paech (Hrsg.)

Mit Carter in den Kreuzzug?

Die USA, die UdSSR, Westeuropa und die Afghanistan-Krise
prv-aktuell. Kleine
Bibliothek Band 173
165 Seiten, DM 8,–

Erscheint Ende März

Will Carter die große Konfrontation? Als Begründung für die Abkehr der amerikanischen Politik von der Entspannung dient die Afghanistan-Krise. Aber sie ist – wie dieses Buch zeigt – nur ein Vorwand. Tatsächlich hat der Kurswechsel Washingtons bereits viel früher eingesetzt. Das beweisen die hier veröffentlichten Analysen und Dokumente. Die Bundesrepublik muß sich entscheiden, ob sie die Entspannung fortsetzen oder Carters Kreuzzugspolitik mitmachen will.

Pahl-Rugenstein

66) Sagladin und Falin in „Spiegel", Nr. 45, 5. 11. 1979, S. 61.

Vergessene Interventionen?

Ein chronologischer Abriß

Von Helmut Wolfgang Kahn

Um ihr lange vorher beschlossenes Aufrüstungsprogramm (einschließlich der Mittelstrecken-„Nachrüstung" in Westeuropa) mit einer „Weltkrise" zu begründen, von der Präsident Carter behauptete, sie sei die „ernsteste seit 1945", haben die USA die Stichworte „sowjetische Intervention", „Invasion" und „Aggression" in Afghanistan ausgegeben. Im De-facto-Protektorat Bundesrepublik, wo die Präsenz fremder Truppen und Geheimdienste seit jeher eine effektive Intervention darstellt[1]),haben Protektoratspolitiker und -publizisten aller Richtungen die amerikanischen Sprachregelungen gehorsam geechot, wobei sie, die amerikanische Heuchelei längst verinnerlicht haben, die USA einluden, der Bundesrepublik zusätzliche hohe Rüstungs- und Bündnislasten aufzuerlegen. Die dabei völlig verschwiegene lange Chronik amerikanischer und anderer westlicher Interventionen in aller Welt wird im folgenden in Erinnerung gerufen.

Interventionismus von Anfang an

Während die europäischen Kolonialmächte sich stets unverblümt wie solche benahmen, beriefen sich die USA auf eine „antikolonialistische" Tradition – zu Unrecht. Denn schon 1823 hatten sie mit der „Monroe-Doktrin" die US-Hegemonie über ganz Lateinamerika gefordert: die Symbiose des Haifischs mit den Sardinen, wie ein ehemaliger Präsident Guatemalas dies nannte[2]). 1846 führten sie einen Eroberungskrieg gegen Mexiko, dem sie gewaltige Territorien von Texas bis Kalifornien raubten. Dann führten sie einen totalen Bürgerkrieg, in dem der industriell-kapitalistische Norden den agrarisch-feudalen Süden unterwarf. Während sie den Holocaust an der indianischen Urbevölkerung vollendeten und die Neger auch nach der „Sklavenbefreiung" als Menschen 4. Grades behandelten, entwickelten sie ihren riesigen Inlandsmarkt, bis dieser ihnen nicht mehr genügte. Am Ende des 19. Jhs. nahmen sie Spanien den Rest seiner karibischen und pazifischen Besitzungen ab, aber die Philippinen übergaben sie nicht etwa den Filipinos, gegen deren Unabhängigkeitsbewegung sie vielmehr einen langjährigen Unterdrückungsfeldzug führten, während sie Kuba, wo sie sich den Stützpunkt Guantánamo nahmen,

1) Der damalige Sozialdemokrat Jochen Steffen machte sich unbeliebt mit dem Hinweis (in: „Flensburger Tageblatt" v. 26. 2. 1971), „daß bei uns die alliierten Truppen da sind, während sie bei der CSSR erst einmarschieren mußten". Kein Protest regte sich, als „der NATO-Generalsekretär Joseph Luns (laut: „Die Welt" v. 21. 9. 1978, S. 4) erklärte, daß eine Bonner Regierung, die Neutralitätspläne verfolge, kaum mehr als fünf Tage im Amt bleiben würde. Der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt hat geschrieben (in: Begegnungen und Einsichten, S. 420), daß die USA der Bundesrepublik nur eine „beschränkte Souveränität" einräumen.

2) Juan José Arévalo, The Shark and the Sardines, New York 1961. Arévalo war Präsident Guatemalas von 1945 bis 1951.

und ganz Mittelamerika durch ihre Marineinfanterie beherrschten; von Kolumbien trennten sie 1903 per Putsch Panama ab, um sich von diesem „auf ewig" eine Kanalzone übertragen zu lassen, die das kleine Land in zwei Teile zerschnitt; in Mexiko intervenierten sie mehrmals militärisch, um dem revolutionären Land (im Interesse der Rockefellerschen Standard Oil) eine Regierung zu geben, „unter der alle Verträge, Geschäfte und Konzessionen sicherer als bisher sein werden", wie der „hochmoralische" Präsident Woodrow Wilson schrieb[3]).

Ein General der US-Marines, Smedley D. Butler, gestand 1935 in seltener Offenheit: „Ich habe in allen Rangstufen gedient, vom Unterleutnant bis zum Divisonsgeneral, und im Verlaufe dieser ganzen Periode übte ich meistens die Funktion eines Gangsters erster Kategorie für die große Geschäftswelt, für Wall Street und die Bankiers aus. Mit einem Wort, ich war ein Gangster des Kapitalismus. So habe ich zum Beispiel 1914 dabei geholfen, daß Mexiko und ganz besonders Tampico eine leichte Beute für die nordamerikanischen Erdölinteressen wurden . . . Ich habe dabei geholfen, daß Haiti, Kuba und Nikaragua anständige Plätze zum Kassieren der Renten der National City Bank und für das Bankhaus Brown Brothers würden . . . 1916 habe ich im Namen der nordamerikanischen Zuckerinteressen das Licht in die Dominikanische Republik getragen. 1903 habe ich dabei geholfen, Honduras zum Besten der nordamerikanischen Obstgesellschaften zu ‚befrieden'."[4])

Nach vollbrachter „Befriedung" konnten die Interventionstruppen zurückgezogen werden, da inzwischen einheimische Militärdiktatoren wie Somoza in Nikaragua, Trujillo in der Dominikanischen Republik, Batista auf Kuba als zuverlässige Sachwalter der US-Interessen herangezogen worden waren. So entstand zuerst in der westlichen Hemisphäre das „informelle" Imperium der „Offenen Tür" Amerikas zu den Märkten und Rohstoffen aller „schwächeren Länder"[5]), „zu denen Diplomatie, und wenn nötig auch Gewalt, einen freien Zugang schaffen muß", wie es Wilson schon 1902 als das Kredo des amerikanischen Kapitalismus bezeichnet hatte[6]). Dieser amerikanische Imperialismus bedurfte in der Regel keiner Kolonialgouverneure mit Federbusch auf dem Tropenhelm; er verzichtete, von wichtigen Stützpunkten abgesehen, auf politischen Landerwerb und begnügte sich mit lukrativen wirtschaftlichen Annexionen, die einheimische Regimes, gewöhnlich Militärdiktaturen, für ihn bewachen mußten. So brauchte sich die amerikanische „Demokratie" normalerweise die Hände nicht selber schmutzig zu machen, sondern konnte eine hehre universale „Moral" verströmen: Amerika sprach von „Freiheit" – und meinte Erdöl und andere Rohprodukte und hohe Auslandsprofite.

3) William A. Williams, Die amerikanische Intervention in Rußland 1917–1920, in: David Horowitz (Hrsg.), Strategien der Konterrevolution, Darmstadt 1969, S. 36.

4) Zit. nach: „Konkret", Hamburg, 20. 9. 1973, und: Arévalo (Anm. 2), S. 249. Das Buch des offenherzigen Generals: Smedley D. Butler, War Is a Racket, New York 1935, ist selbst in Library of Congress, Washington, „not on shelf", wie ein Ausleihantrag des Verf. ergab.

5) Im Mai 1914 hatte US-Außenminister Bryan die Geschäftsleute des National Council of Foreign Trade daran erinnert, daß es die offizielle Politik des Präsidenten Wilson sei, „die Türen aller schwächeren Länder der Invasion des amerikanischen Kapitals und Unternehmertums zu öffnen". Zit. in: William A. Williams, The Tragedy of American Diplomacy, Cleveland/New York 1959, S. 50f.

6) Woodrow Wilson, History of the American People, New York-London 1902, Vol. V, S. 296.

Als sie das kapitalistisch-imperialistische System durch den Sieg der Oktoberrevolution grundsätzlich in Frage gestellt sahen, zögerten die USA nicht, auch weitab „ihrer" Hemisphäre, in Rußland von 1918 bis 1920, mit Truppen zu intervenieren, um zusammen mit England, Frankreich und Japan (insgesamt gab es vierzehn kapitalistische Interventionsmächte) das bolschewistische „Baby in der Wiege zu erdrosseln", wie Winston Churchill, der Haupttreiber zur Intervention, dies nannte[7]), und um den Markt und die Rohstoffe eines Sechstels der Erde wieder unter kapitalistische Kontrolle zu bringen. Die westliche bewaffnete Intervention schürte den russischen Bürgerkrieg drei Jahre lang, konnte jedoch das bolschewistische Rußland nicht mehr aus der Welt schaffen. Als Hitler dies rund zwanzig Jahre später mit der bis dahin massivsten Intervention aus westlicher Richtung erneut versuchte, bewirkte er nur den Untergang des Deutschen Reiches.

Unter Truman

Schon 1941, als die USA noch nicht formal in den Zweiten Weltkrieg eingetreten waren, verkündete der Großverleger Henry R. Luce in einem Leitartikel der Illustrierten „Life" das „amerikanische Jahrhundert" global-strategischer Interventionen: Es sei an der Zeit, schrieb Luce, „ernsthaft unsere Aufgabe und unsere Chance als mächtigste und vitalste Nation in der Welt wahrzunehmen und daher in dieser Welt unseren uneingeschränkten Einfluß geltend zu machen, und zwar für Zwecke und durch Mittel, die wir für richtig halten" [8]). Dieses Weltherrschaftsziel machte sich US-Präsident Harry S. Truman zu eigen, der kurz nach seinem Amtsantritt im Frühjahr 1945 zu einem Besucher beiläufig meinte, „die Russen würden bald auf ihren Platz verwiesen werden, und die USA würden dann die Führung ergreifen, um die Welt so zu regieren, wie sie regiert werden sollte"[9]).

James F. Byrnes, den Truman zum Außenminister machte, sagte ihm, daß die USA mit der Atombombe ihre „Bedingungen diktieren" könnten[10]).

Um die Sowjetunion einzuschüchtern, hielten die USA im Norden an ihrem isländischen Luftstützpunkt – in Atombombendistanz von Moskau und Leningrad – fest und bauten im Süden einen neuen großen Stützpunkt in Saudi-Arabien aus, den sie erst im Juni 1945, nach dem Kriegsende in Europa, erworben hatten. Im Laufe des Jahres 1946 etablierten sie ihre Interventionsinstrumente See- und Luftmacht auch bereits im Mittelmeer. Mit massierten Demonstrationsflügen über Griechenland, wo Churchill mit der Verfolgung der Linken schon Ende 1944 einen Bürgerkrieg entfacht hatte, gaben die USA zu erkennen, daß sie bereit waren, einen Krieg zu riskieren, obwohl ihr Armee-Stabschef Eisenhower am 21. August 1946 seiner Meinung Ausdruck ge-

7) Winston S. Churchill, The Second World War, Vol. IV: The Hinge of Fate, London 1951, S. 428, schildert, wie er sich vor seinem ersten Besuch in der Sowjetunion im August 1942 erinnerte, daß er den bolschewistischen Staat „bei seiner Geburt mit aller Kraft zu erdrosseln versucht hatte".
8) Henry R. Luce, The American Century, in: „Life", 17. 2. 1941, S. 63.
9) Williams, Tragedy, S. 168.
10) Harry S. Truman, Memoiren, Stuttgart 1955, Bd. I, S. 122.

geben hatte, „daß die Russen keine Schritte ergreifen würden, die unmittelbar zum Krieg führen würden"[10a]). Begründet wurde die US-Intervention ins östliche Mittelmeer mit dem sowjetischen Wunsch nach einem Stützpunkt an den türkischen Meerengen; aber in Wirklichkeit ging es um die Ausweitung des amerikanischen Anteils am Erdöl des Nahen Ostens: Er sollte von 31% im Jahre 1946 auf 60% bis 1953 emporschnellen, während der britisch-holländische in diesem Zeitraum von 66 auf 31% sinken sollte[11]). Unter den „schwächeren Ländern", zu deren Märkten und Rohstoffen sie die „Offene Tür" forderten, verstanden die USA natürlich auch schwächere Alliierte.

Anfang Mai 1946 trafen die USA Vorbereitungen, um gegen eingebildete kommunistische Putschversuche (oder Abstimmungserfolge) in Frankreich und Italien militärisch zu intervenieren: Nachdem das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa am 2. Mai einen Bericht aus „Rechtskreisen" erhalten hatte, demzufolge die französischen Kommunisten einen Aufstand für den Fall planten, daß sie bei der Abstimmung über die Verfassung am 5. Mai unterliegen sollten, ermächtigte das US-Kriegsministerium noch am gleichen Tag seinen Europa-Oberkommandierenden zur Entsendung von Truppen nach Frankreich, „um amerikanisches Leben und Eigentum zu schützen", und Truman bestätigte diese Direktive tags darauf[12]). Zur gleichen Zeit versetzte das Pentagon ein Fallschirmjägerregiment und eine Regimentskampfgruppe in Bereitschaft, um die US-Truppen für „den Fall eines Notstands in Italien" – im Zusammenhang mit der Volksabstimmung über die Abschaffung der Monarchie und der Wahl einer verfassunggebenden Versammlung am 2. Juni 1946 – zu verstärken[13]). Weder in Frankreich noch in Italien waren „amerikanisches Leben und Eigentum" gefährdet – außer letzteres durch Schwarzmarktgeschäfte amerikanischer GIs.

In Lateinamerika nahmen die USA 1946 einen neuen Anlauf, sich dienstbare einheimische Militärregimes zu schaffen: Am 7. Mai schlug Truman dem US-Kongreß ein Programm für die Bewaffnung der westlichen Hemisphäre vor, und der brasilianische Kriegsminister General Goës Monteiro unterstützte Washington im August mit der Behauptung, ein möglicher Dritter Weltkrieg bedrohe den Frieden und die Sicherheit der Hemisphäre[14]). Da jedoch eine echte äußere Bedrohung, zumal Lateinamerikas, überhaupt nicht existierte, führte dessen Militarisierung durch die USA lediglich zu einer Reihe von Militärputschen, durch die demokratische Freiheiten beseitigt, aber US-Interessen massive Vorteile zugeschanzt wurden: In Venezuela zum Beispiel verringerte die Militärjunta gleich nach ihrem Putsch vom November 1948 die Petroleumsteuer von 9,09 auf 7,33 Dollar pro Kubikmeter, wodurch die Rockefellers in den folgenden sechs Jahren einen zusätzlichen Profit von 1,366 Mrd. Dollar machten[15]).

10a) Walter Millis (Hrg.), The Forrestal Diaries, New York 1951, S. 195.
11) Joyce and Gabriel Kolko, The Limits of Power. The World and United States Foreign Policy 1945–1954, New York 1972, S. 72.
12) Ebd., S. 156; Foreign Relations of the United States (FRUS) 1946, Vol. V, S. 434, 436.
13) Ebd., S. 149 f.; ebd., S. 436.
14) Arévalo, S. 133, 143.
15) Ebd., S. 152 f.

Zu den Wahlen

Bücher gegen rechts
Bücher für Frieden und Demokratie

Frieden, Sicherheit und Abrüstung

K. D. Bredthauer/N. Paech (Hrsg.)
Mit Carter in den Kreuzzug?
Die USA, die UdSSR, Westeuropa und die Afghanistan-Krise. 154 S., 8,– DM
Erscheint am 20. März

Bernd Greiner
Amerikanische Außenpolitik
Strategiediskussion von Truman bis heute.
236 Seiten, 14,80 DM *Erscheint am 15. April*

Wilfried v. Bredow
Die Zukunft der Entspannung
210 Seiten, 12,80 DM

G. Kade/M. Schmidt
Frieden, Rüstung und Monopole
Konzerne und internationale Sicherheit. Etwa 240 Seiten, 14,80 DM. *Erscheint am 15. April*

J. Huffschmid, E. Burhop u. a.
Von der Kriegs- zur Friedensproduktion
Politische, wirtschaftliche und soziale Probleme. Etwa 240 Seiten, 14,80 DM.
Erscheint am 15. April

Gerhard Kade
Die Bedrohungslüge
Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten"
2. Auflage. 294 Seiten, 12,80 DM

G. Kade/G. Matthiessen (Hrsg.)
„Nachrüsten", „Vorrüsten" oder Abrüsten?
Die sowjetischen Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung im Wortlaut, 2. Auflage.
124 Seiten,5,– DM. *Neuerscheinung Januar*

K. Mannhardt/W. Schwamborn (Hrsg.)
Bertha v. Suttner, Die Waffen nieder!
Ausgewählte Texte. 138 Seiten, 9,80 DM

Gerhard Kade
Die deutsche Herausforderung
„Modell Deutschland" für Europa?
255 Seiten, 12,80 DM

Kurt Steinhaus
Auferstehung einer Großmacht?
Zum Problem der Kontinuität von altem und neuem deutschen Imperialismus.
Etwa 160 S., 12,80 DM *Erscheint am 15. April*

Dokumentation zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik
84 Seiten, 5,– DM *Neuerscheinung März*

Renate Janßen
Frauen ans Gewehr
Im Gleichschritt marsch . . .
144 Seiten, 7,– DM. *Erscheint Ende März*

Demokratie und sozialer Fortschritt

U. Albrecht/F. Deppe u. a.
Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Beiträge. 530 Seiten, 14,80 DM

U. Mayer/G. Stuby
Die Entstehung des Grundgesetzes
338 Seiten, 14,80 DM

U. Mayer/ G. Stuby (Hrsg.)
Das lädierte Grundgesetz
Beiträge und Dokumente.
340 Seiten, 14,80 DM

R. Badstübner/ S. Thomas
Entstehung und Entwicklung der BRD
Restauration und Spaltung 1945–1955
512 Seiten, 12,80 DM

M. Blank/H. Fangmann u. a.
Wohin treibt der Rechtsstaat?
Ein Arbeitsbuch. 328 Seiten, 14,80 DM

K. Bayertz/H. H. Holz
Grundwerte-Diskussion
Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. 271 Seiten, 12,80 DM

A. Dress/M. Jansen u. a. (Hrsg.)
Wir Verfassungsfeinde
Porträts vom Berufsverbot Betroffener.
240 Seiten, 5,– DM

J. Kahl, G. Caizzone u. a. (Hrsg.)
Etty, Peter und Silvia Gingold
Porträt einer Familie. Ein Bilderbuch über deutsche Zustände. 128 Seiten, 14,80 DM

H. Bufe/J. Grumbach
Staat und Atomindustrie
Kernenergiepolitik in der BRD.
306 Seiten, 14,80 DM

Pahl-Rugenstein

Zu den Wahlen

Bücher gegen rechts
Bücher für Frieden und Demokratie

Jürgen Grumbach (Hrsg.)
Reaktoren und Raketen
Atomare Gefahren und Bürgerprotest. Etwa 200 S., etwa 12,80 DM. *Erscheint am 15. April*

Horst Holzer
Massenmedien in der Bundesrepublik
Von 1970 bis zur Gegenwart. Etwa 240 Seiten, etwa 14,80 DM. *Erscheint Ende April*

Lottemi Doormann
Kinder in der Bundesrepublik
Materialien, Initiativen, Alternativen, 2. Auflage. 277 Seiten, 14,80 DM

Frank Niess
Geschichte der Arbeitslosigkeit
Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe. 250 Seiten, 14,80 DM

Kurt Bunke (Hrsg.)
Lehrerarbeitslosigkeit
2. Auflage, 140 Seiten, 9,80 DM

F. Deppe/G. Fülberth u. a.
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung
2. Auflage, 475 Seiten, 12,80 DM

Holocaust nicht vergessen!

Ulrike Hörster-Philipps
Wer war Hitler wirklich?
Großkapital und Faschismus 1918–1945. Dokumente. 360 Seiten, 12,80 DM

R. Kühnl/G. Hardach (Hrsg.)
Die Zerstörung der Weimarer Republik
292 Seiten, 12,80 DM

Eberhard Czichon
Wer verhalf Hitler zur Macht?
Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 5. Auflage. 165 Seiten, 9,80 DM

Joachim Petzold
Ideologische Wegbereiter des deutschen Faschismus
Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. 410 Seiten, 14,80 DM

Albert Schreiner
Hitler treibt zum Krieg
Reprint, 504 S., 19,80 DM *Neuersch. März*

Reinhard Kühnl (Hrsg.)
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten
4. Auflage, 538 Seiten, 9,80 DM

D. Eichholtz/K. Gossweiler u. a.
Faschismus in Deutschland, Faschismus in der Gegenwart
Etwa 300 S., 14,80 DM. *Erscheint am 15. März*

Lydia Chagoll
Im Namen Hitlers
Kinder hinter Stacheldraht. 144 S., 12,80 DM

Überleben und Widerstehen
Zeichnungen von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz. Mit einer Einführung von Martin Walser und Geleitworten von Walter Fabian und Willy Brandt. 85 S., 9,80 DM. *Neuerscheinung Februar*

Gemeinsam gegen rechts – Stoppt Strauß jetzt!

Ernst Volland
Originalton Strauß
Sprüche eines Nichtwählbaren. Mit zahlreichen Karikaturen. 140 Seiten, 5,– DM *Erscheint Ende März*

Manfred Bosch
Der Kandidat
14 Briefe an einen Jungwähler, der Strauß für wählbar hält. 172 Seiten, 9,80 DM. *Erscheint am 20. März*

F. Deppe/D. Hensche u. a.
Strauß und die Gewerkschaften
Texte, Materialien, Dokumente. Etwa 160 Seiten, 8,– DM. *Erscheint Ende März*

J. Goldberg/B. Semmler
Der starke Mann des Kapitals
Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F. J. Strauß. Etwa 180 Seiten, etwa 9,– DM. *Erscheint Ende März*

Reinhard Kühnl
Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus
Ein Gutachten, 2. Auflage. 64 Seiten, 5,– DM. *Neuerscheinung Februar*

Reinhard Kühnl
Konzeption und Funktion des F. J. Strauß
32 Seiten, 1,– DM. *Neuerscheinung März*

Pahl-Rugenstein

Den blutigen Kolonialinterventionen ihrer Alliierten sahen die USA untätig zu: Frankreichs Herrschaft zum Beispiel hatte 1945 in Algerien 45 000 und in Tunesien 7000 Moslems das Leben gekostet[16]), und 1947 sollten die Franzosen bei der Niederschlagung eines Aufstandes, dem 150 Europäer zum Opfer fielen, 80 000 Madegassen umbringen[17]). Während die US-Flotte bereits im Mittelmeer intervenierte, trat sie der französischen keineswegs in den Weg, als diese am 23. November 1946 Haiphong bombardierte und 6000 Vietnamesen tötete, womit der französische Indochinakrieg entbrannte, den Frankreich trotz aller Unterstützung seitens der USA binnen acht Jahren verlieren sollte. Zur gleichen Zeit führten die Briten und Niederländer Kolonialkriege in Malaya und Indonesien.

Mit der „Truman-Doktrin" vom 12. März 1947 wurde der amerikanische Wille, weltweit zu intervenieren, um Veränderungen im politisch-sozilaen Zustand anderer Naionen zu verhindern, öffentlich verkündet: Amerika warf sich zum Sheriff für die ganze Welt auf. Den unmittelbaren Anlaß bot die Situation in Griechenland, in das sich amerikanische Geldmittel und „Berater" ergossen, um das von den Engländern eingesetzte, korrupte Rechtsregime zu stabilisieren. Trumans Befehl: „Jede Nation hatte von jetzt an zwischen den beiden Lebensformen zu wählen"[18]) ließ den von Amerika abhängigen Nationen in Wahrheit keine Wahl. In Frankreich und Italien wurden im Mai 1947 die kommunistischen Minister aus den Regierungen ausgebootet, was in Osteuropa entsprechende Folgen hatte, und mehrere Nationen – Deutschland, Korea, Vietnam – wurden gespalten.

In den Westzonen Deutschlands hatten die USA bereits durch Machtspruch ihrer Militärregierung und durch Druck auf die Briten interveniert, um demokratisch zustande gekommene deutsche Sozialisierungsregelungen zu verbieten – womit sie den Kurs der künftigen Bundesrepublik festlegten. Als sich darauf Streiks entwickelten, drohte der US-Militärgouverneur für Hessen, James R. Newman, am 16. Mai 1947 damit, „die Zuteilungsmenge derjenigen Arbeiterführer, die zu Streiks oder anderen Unruhen aufreizen, und ebenso die Zuteilungen der anderen, die solchen Anführern bei ihren Unterfangen folgen, herabzusetzen. Diese Herabsetzungen werden drastisch sein . . ."[19]). (Die offizielle Tagesration betrug damals in der Bizone ohnehin nur 1040 Kalorien, die Hälfte des Lebensminimums.)

Schließlich verbaten die Westmächte „ihren" westdeutschen Regierungschefs, politische Gespräche über die deutsche Einheit zu führen, so daß die einzige ost-westdeutsche Ministerpräsidentenkonferenz, die Anfang Juni 1947 in München stattfinden sollte, noch vor ihrem Beginn scheiterte.

16) Anatomie des Antikommunismus. Bericht einer Arbeitsgruppe im Auftrag der Peace Education Division des American Friends Service Committee (Quäker), Olten-Freiburg i. Br. 1970, S. 37, 40.
17) Nach offiziellen (!) Angaben, laut: Pierre Stibbe, Justice pour les Malgaches, Paris 1954, S. 15.
18) Truman, Memoiren, Bd. II, S. 115.
19) „Frankfurter Rundschau" v. 17. 5. 1947; zit. nach: Ute Schmidt/Tilman Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, Berlin (West) 1971, S. 28f.

Zur gleichen Zeit verkündeten die USA den „Marshall-Plan", mit dessen „Zuckerbrot" sie die Westeuropäer vom Weg einer „Dritten Kraft" und die Westdeutschen von der nationalen Einheit abbrachten, während es ihnen mißlang, die osteuropäischen Staaten von der Sowjetunion abzuspalten. Daraufhin begannen die USA die „Peitsche" eines Wirtschaftsembargos gegen den Ostblock zu schwingen: Bereits am 31. Dezember 1947 und am 15. Januar 1948 erließ das US-Handelsministerium Ausfuhrkontrollbestimmungen, die bald erweitert, verschärft und nach und nach allen von den USA abhängigen Staaten (auch neutralen wie Schweden) aufgezwungen und Ende 1949 der Aufsicht des insgeheim in Paris gegründeten „Koordinierungskomitees für Ost-West-Handelspolitik" (COCOM) unterstellt wurden. 1952 sollten die COCOM-Embargolisten 50% aller im Welthandel vorkommenden Waren umfassen – darunter auch Konsumartikel wie Kämme und Damenstrümpfe! –, aber das Embargo konnte die Sowjetunion nicht in die Knie zwingen und insbesondere nicht ihre strategisch-technologischen Durchbrüche (Atom- und Wasserstoffbomben, weitreichende Raketen, „Sputnik") verhindern, so daß es im August 1954 unter dem Druck der US-Verbündeten auf 20% der Welthandelsgüter reduziert wurde.[20]). Unbelehrbare westliche Politiker sind freilich stets von neuem versucht, zu dem untauglichen Interventionsmittel des Embargos zu greifen.

Mit „Zuckerbrot und Peitsche" intervenierten die USA auch massiv im italienischen Wahlkampf vom Frühjahr 1948, womit sie eine bis heute andauernde Tradition der Einmischung in die italienische Innenpolitik begründeten. US-Verteidigungsminister James V. Forrestal vom Investmenthaus Dillon, Read & Co. (mit dem Schrei „Die Russen kommen!" sollte er ein Jahr später dem Verfolgungswahn erliegen, der ihn zum Selbstmord trieb) startete unter seinen reichen Wall-Street-Kollegen eine Kampagne zur Finanzierung christdemokratischer Politiker; Ministerpräsident Alcide de Gasperi erhielt eine direkte Zahlung von 30 000 Dollar[21]). Einerseits machten die USA Italien allerlei Geschenke und schalteten auch die Italo-Amerikaner in ihre Beeinflussungskampagne ein; andererseits veranstalteten sie einschüchternde See- und Luftdemonstrationen, und Außenminister George S. Marshall drohte, daß „die Vergabe von ERP-Mitteln sofort eingestellt werde, wenn ein Land durch seine Wahlen (sic!) dem Kommunismus zur Macht verhelfe"[22]). Diese Methoden trugen dazu bei, daß die Kommunisten und Nenni-Sozialisten bei der Wahl vom 18. April 1948 mit zusammen 30,7% der Stimmen in der Minderheit blieben.

Trotz dieses amerikanischen Erfolges meinte Allen Welsh Dulles, der in der Anwaltsfirma Sullivan & Cromwell seines Bruders John Foster Dulles getarnte Geheimdienstler, derartige Probleme könnten durch Privatinitiative nicht

20) Hierzu: Gunnar Adler-Karlsson, Western Economic Warfare 1947–1967, Stockholm 1968.
21) So Clendenin Ryan, ein Freund Forrestals, der die Spenden einsammelte, am 2. 3. 1949 zu Drew Pearson, laut: Pearson Diaries, S. 27.
22) David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin (West) 1969, Bd. I, S. 77.

wirksam genug gelöst werden, und setzte in Washington durch, daß die Central Intelligence Agency (CIA), die bis dahin nur Geheimnachrichten gesammelt und koordiniert hatte, im Sommer 1948 zu jenen Spezialeinsätzen ermächtigt wurde, die sie – besonders nach Allen Dulles' Eintritt in die CIA 1950 und nach seinem Avancement zu ihrem Direktor im Jahre 1953 – wegen ihrer „schmutzigen Tricks" (Mord inklusive) berüchtigt machen sollten.

Sowohl die „Vandenberg-Resolution" des US-Senats vom 11. Juni 1948, die Truman zum Abschluß eines atlantischen Bündnisses ermächtigte, wie auch der am 4. April 1949 in Washington unterzeichnete Atlantikpakt selbst, die Gründung der NATO, dienten im amerikanischen Verständnis der Ausweitung der hegemonialen Monroe-Doktrin auf Europa und der Bändigung eigenständiger und neutralistischer Tendenzen der westeuropäischen Länder[23]). Durch den militärischen Druck einer „Politik der Stärke", die ein Jahr später in dem Dokument NSC-68 festgelegt wurde, wollten die USA ganz Deutschland und Österreich in dieses System bringen und in Osteuropa eine „Neuordnung" im westlichen Sinne herbeiführen. Dies sollte nicht gelingen.

Für die mit NSC-68 beschlossene Hochrüstungspolitik kam der Ausbruch des Koreakrieges am 25. Juni 1950 äußerst gelegen – wie bestellt. Die USA intervenierten sofort mit eigenen Truppen, denen sie im Rahmen einer UNO-Aktion weitere westliche Truppen beigesellten; die US-hörige UNO-Mehrheit hatte ihre Beschlüsse gefaßt, ohne Nordkorea überhaupt anzuhören. Ein Buch des unabhängigen amerikanischen Publizisten I. F. Stone, das für die These einer südkoreanischen Provokation starke Belege anführte, wurde in den USA totgeschwiegen und verschwand aus öffentlichen Bibliotheken[24]). Der Koreakrieg dauerte bis 1953 und kostete vier Millionen Menschen – hauptsächlich Koreanern – das Leben. Er endete ohne Sieg.

Unmittelbar nach dem Ausbruch des Koreakrieges – lange bevor ihnen Kräfte der Volksrepublik China in Korea entgegentraten – hatten sich die USA auch in chinesische Angelegenheiten eingemischt, indem sie Tschiang Kai-schek auf Taiwan (Formosa) unter den Schutz ihrer Flotte stellten und dadurch die Wiedervereinigung der Insel mit dem Festland unterbanden.

Eisenhower und die Gebrüder Dulles

Gleich nach ihrem Amtsantritt im Januar 1953 ließ die Eisenhower-Administration Tschiang Kai-schek „von der Kette", d. h. die US-Flotte beschützte weiterhin Taiwan, unterband aber nun nicht mehr Operationen Tschiangs gegen das Festland; Außenminister Dulles gab sich der Hoffnung hin, „den chinesischen Bürgerkrieg wiederzubeleben", wie sein Stellvertreter Walter Bedell Smith bezeugt hat[25]). Tschiang verlegte darauf starke Garnisonen in mehrere kleine Inseln (Quemoy und Matsu) in Sichtweite des Festlandes und

23) Walter LaFeber, America, Russia and the Cold War, New York 1972, S. 78f.
24) I. F. Stone, The Hidden History of the Korean War, Erstveröffentlichung 1952, Neuauflage New York 1970.
25) Emmet John Hughes, The Ordeal of Power, A Political Memoir of the Eisenhower Years, New York 1963, S. 119.

löste damit zweimal, 1954/55 und 1958, schwere Krisen in der Formosastraße aus, in denen die USA ihn im Stich lassen sollten, weil ihre Alliierten sie im Stich ließen.

Die direkte amerikanische Geheimdienst-Intervention im Iran im August 1953 hatte wieder einen öligen Hintergrund: Schon während des Zweiten Weltkrieges hatte ein Regierungsdokument über die „Petroleumpolitik der Vereinigten Staaten" vom 11. April 1944 die weitestgehende „Konservierung der Erdölreserven in der westlichen Hemisphäre" gefordert und „auf dem Prinzip der Offenen Tür hinsichtlich gleicher Bedingungen für US-Gesellschaften in neuen Regionen" bestanden[26]), womit vor allem der Nahe Osten gemeint war. 1946 betrug der US-Anteil an dessen Ölproduktion bereits 31%, der britische noch 66%, und 1947 verzeichenten die USA bei Erdöl bereits einen Nettoimportüberschuß. Schon im November 1947 hatte ein vom Außen-, Handels-, Armee- und Marineministerium beschickter Ausschuß eine „US-Petroleumpolitik" festgelegt, die Opposition gegen Verstaatlichungen fremder Ölvorkommen ankündigte: Der Ausschuß „war der Auffassung, daß alle tunlichen Methoden der Überzeugung angewandt werden sollten, um ein die Nationalisierung seiner Petroleumindustrie erwägendes Land zu veranlassen, von solcher Nationalisierung abzusehen"[27]).

Nachdem der iranische Ministerpräsident Mohammed Mossadegh, ein großbürgerlicher Patriot, mit breiter Unterstützung, die von der moslemischen Geistlichkeit bis zur verbotenen, aber aktiven kommunistischen Tudeh-Partei reichte, am 1. Mai 1951 die gesamte Ölindustrie verstaatlicht hatte, die seit 1909 im Besitz der britischen Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) gewesen war, hielt die Truman-Regierung zwar die Briten davon ab, sich die AIOC-Raffinerie in Abadan mit Gewalt zurückzuholen, weil dies die Sowjetunion gemäß einem Vertrag von 1921 berechtigt hätte, in den nördlichen Iran einzumarschieren. Aber die großen US-Ölgesellschaften unterstützten im Kartell der „Sieben Schwestern" den britischen Boykott persischen Öls, so daß der Iran wirtschaftlich destabilisiert wurde. Unter Truman waren die USA noch zu einer gewissen Finanzhilfe für die Mossadegh-Regierung bereit, da sie die Alternative einer kommunistischen Machtergreifung fürchteten; aber die Eisenhower-Regierung betrachtete Mossadegh nicht mehr als Alternative zum Kommunismus, sondern als dessen Wegbereiter. Diese Neubewertung hing damit zusammen, daß wichtige Mitglieder der neuen Regierung eng mit dem US-amerikanischen und dem anglo-iranischen Erdölgeschäft liiert waren: Außenminister Dulles hatte in den Diensten der Rockefellers und der Standard Oil of New Jersey (Esso, heute Exxon) gestanden; einer der Rockefeller-Brüder, Nelson, gehörte ebenfalls der Regierung an. Die Dulles-Kanzlei Sullivan & Cromwell fungierte aber auch lange Jahre als Firmenanwalt der AIOC und vertrat ferner das internationale Bankhaus J. Henry Schroeder, des-

26) Gabriel Kolko, The Politics of War. The Wold and United States Foreign Policy 1943–1945, New York 1968, S. 302f; FRUS 1944, Bd. V, S. 27f.
27) Kolko, Limits, S. 415.

sen englischer Zweig zu Beginn des Jahrhunderts die AIOC finanziert hatte, und in dessen amerikanischer Filiale der CIA-Direktor Allen Dulles Direktor gewesen war. All dies lief auf einen amerikanisch-britischen Interessenausgleich zu Lasten des Iran hinaus: Der US-Botschafter in Teheran, Loy Henderson, schlug daher alsbald die Ersetzung der AIOC durch „ein Konsortium von Ölgesellschaften" vor, d. h. die amerikanische Beteiligung am iranischen Ölgeschäft. Als Mossadegh diesen Vorschlag als lediglich eine andere „Form der Ausplünderung"[28]) ablehnte, war sein Schicksal besiegelt: Washington und London verschworen sich zu seinem Sturz.

Ihre einheimischen Werkzeuge waren der junge Schah Mohammed Resa Pahlewi und der weit rechts stehende General Faslollah Zahedi, den die Briten 1942 wegen Pro-Nazi-Umtrieben verhaftet hatten. Im Juli 1953 veröffentlichte Eisenhower seine Weigerung, dem Iran wirtschaftlich zu helfen, wodurch Mossadegh desavouiert und die Opposition gegen ihn ermutigt wurde. Durch den CIA-Agenten Kermit Roosevelt und den US-Brigadegeneral H. Norman Schwarzkopf, der von 1942 bis 1948 die iranische Gendarmerie reorganisiert hatte, wurden „alte Freunde" in Irans Geheimdienst, Polizei und Armee gegen Mossadegh aktiviert, wobei reichliche Bestechungsgelder flossen. Zunächst verlief die Entwicklung gegen den Schah, der am 16. August 1953 außer Landes floh, während seine Gegner in Teheran zwei Tage lang die Straße beherrschten und die Kontakte Roosevelts, der sich in einem Keller versteckt hielt, zu seinen iranischen Helfershelfern unterbrachen. Mossadegh selbst, der nicht von den Kommunisten abhängig werden wollte, machte es seinen Feinden wieder möglich zu wirken, als er am 18. August der Polizei befahl, die Anti-Schah-Demonstrationen zu unterbinden: In der Frühe des 19. August ließ Roosevelt seine Vertrauensleute mit Geldbündeln ausschwärmen, um in Teheraner Sportvereinen angsteinflößende Boxer, Ringer, Gewichtheber und andere Muskelmänner für Pro-Schah-Demonstrationen anzuwerben. Diese Phalanx, durch Polizisten und Soldaten in Zivil verstärkt, ging auf die Straße, zerstörte und plünderte Mossadeghs Haus und ermöglichte es Zahedi, die Macht zu ergreifen und den Schah zur Rückkehr aufzufordern. Rund 300 Menschen kamen um, Mossadegh wurde verhaftet, die Tudeh-Führer wurden hingerichtet.

Der Zahedi-Regierung, die Mossadegh vor Gericht stellte (er erhielt drei Jahre Einzelhaft und danach Hausarrest), gewährte Eisenhower sofort Wirtschaftshilfe. Mit ihr wurde 1954 das von den USA gewünschte Öl-Konsortium vereinbart, in dem der britische Anteil auf 40% schrumpfte, während die Amerikaner – Gulf Oil, Esso, Socal, Texaco und Socony-Mobil – sich einen Anteil von 40% eroberten; die Royal Dutch/Shell und die Compagnie Française des Pétroles wurden mit 14 bzw. 6% beteiligt. Der Ölmann Herbert Hoover jr., der sich bei der Aushandlung des Konsortialabkommens hervorgetan hatte, wurde alsbald stellvertretender Außenminister der USA, der CIA-Umsturzagent Roosevelt wurde später Direktor und Vizepräsident der Gulf Oil Corp.

28) Dwight D. Eisenhower, Memoirs, Vol. I: Mandate for Change, Garden City/New York 1963, S. 161.

Nelson Rockefeller schrieb Eisenhower im Januar 1956 über „das iranische Experiment, mit dem ich, wie Sie sich erinnern werden, direkt zu tun hatte": „Durch Anwendung wirtschaftlicher Hilfe gelang es uns, Zugang zum iranischen Öl zu bekommen, und wir haben jetzt in der Wirtschaft des Landes festen Fuß gefaßt. Die Stärkung unserer wirtschaftlichen Position im Iran hat es uns ermöglicht, seine gesamte Außenpolitik unter unsere Kontrolle zu bringen . . . Gegenwärtig würde es der Schah noch nicht einmal wagen, irgendwelche Veränderungen in seinem Kabinett durchzuführen, ohne unseren Botschafter zu konsultieren."[29])

Die Schah-Autokratie rüsteten die USA mit den Machtmitteln zur Niederhaltung des Volkes aus, so daß der demokratische US-Senator Hubert H. Humphrey ausrufen sollte: „Wissen Sie, was der Oberbefehlshaber der persischen Armee zu einem unserer Leute gesagt hat? Er sagte, die Armee sei jetzt dank der US-Hilfe gut in Form – sie sei jetzt imstande, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Diese Armee wird nicht gegen die Russen kämpfen. Sie plant, gegen das persische Volk zu kämpfen."[30])

Für ein Vierteljahrhundert der Demütigung, das ihm die US-Intervention beschert hatte, rächte sich das iranische Volk 1979.

Weniger als ein Jahr nach ihrer Intervention im Iran intervenierten die USA zum Sturz einer weiteren ausländischen Regierung: des reformistischen Präsidenten Jacobo Arbenz Guzmán in Guatemala. Diesmal ging es, unter dem Vorwand des Antikommunismus, um die Interessen der Bostoner United Fruit Company (UFCO), die als Südfrüchte-Monopol die Wirtschaft ganz Mittelamerikas wie ein Polyp („el pulpo") umklammerte. Außenminister Dulles war sowohl Aktionär als auch langjähriger Firmenanwalt der UFCO, sein CIA-Bruder Allen war sogar Präsident des Unternehmens gewesen, und der Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten, John Moors Cabot, war Großaktionär der United Fruit. Angesichts dieser Verfilzung vertrat der ehemalige guatemaltekische Außenminister Guillermo Toriello die These, daß das Schicksal der Arbenz-Regierung von dem Augenblick an besiegelt war, in dem in Washington die Republikaner an die Macht kamen[30a]). In der ganzen Arbenz-Regierung saß kein einziger Kommunist: Arbenz war Grundbesitzer und ehemaliger Militär, Toriello ein wohlhabender Geschäftsmann, Armee und Polizei waren in nichtkommunistischen Händen, mehrere Behörden und alle 22 Departments des Landes wurden von Armeeoffizieren geleitet. Im Parlament besetzten Kommunisten nur vier von 56 Sitzen, und unter einer Bevölkerung von 3,8 Millionen gab es vielleicht drei- bis viertausend Kommunisten. Aber Arbenz hatte eine Landreform begonnen, mit der er überhaupt erst einen kapitalistischen Wettbewerb in der Landwirtschaft schaffen wollte. Zu diesem Zweck hatte er sich erkühnt, Land zu beschlagnahmen, das die UFCO brach liegen ließ, um sich Konkurrenz vom Halse zu

29) Zit. nach: „Blätter", 9/1978, S. 1120.
30) Fred J. Cook, The CIA, in: „The Nation" v. 24. 6. 1961.
30a) Guillermo Toriello, La Batalla de Guatemala, Mexico 1955, S. 65f.

halten, und als Entschädigung hatte er Schuldverschreibungen nur in Höhe des Vermögenswertes angeboten, den die UFCO selber für Steuerzwecke angegeben hatte, während die UFCO einen viel höheren Verkaufserlös herausschlagen wollte und darin von der US-Regierung unterstützt wurde.

Im Oktober 1953 begann das Kesseltreiben gegen Arbenz mit der öffentlichen Behauptung des Unterstaatssekretärs Cabot, daß Guatemala „offen das kommunistische Spiel spielt"[31]), und mit der Ernennung von John E. Peurifoy, der zuvor in Griechenland gleichgeschaltet hatte, zum Botschafter in Guatemala. Als einheimisches Hauptwerkzeug war zuerst der konservative General Miguel Ydígoras Fuentes ausersehen, der über die Kontaktnahme später schrieb: „Ein im Ruhestand lebender Manager der United Fruit Company, Mr. Walter Turnbull, suchte mich in Begleitung zweier Herren auf, die er als Agenten der CIA vorstellte. Sie sagten, ich sei eine populäre Figur in Gutemala, und daß sie beim Sturz von Arbenz behilflich sein wollten. Als ich nach ihren Bedingungen für diese Hilfe fragte, fand ich diese unannehmbar. Unter anderem sollte ich versprechen, die United Fruit Company und (deren) International Railways of Central America zu begünstigen, die Eisenbahnergewerkschaft vernichten (und) eine Regierung der starken Hand nach dem Muster (des ehemaligen Diktators) Ubíco errichten. Außerdem sollte ich jeden Cent des in die Operation gesteckten Geldes zurückzahlen."[32]).

Immerhin verständigte sich Ydígoras mit der „zweiten Wahl" der Amerikaner, dem in den USA ausgebildeten Oberstleutnant Carlos Castillo Armas, der schon 1950 gegen die Wahl von Arbenz geputscht hatte und nun im benachbarten Honduras mit CIA-Hilfe eine Invasion Guatemalas vorbereitete. Am 29. Januar 1954 veröffentlichte die guatemaltekische Regierung einen Briefwechsel zwischen Castillo, Ydígoras und dem nikaraguanischen Diktator Somoza, aus dem hervorging, daß Somozas Hauptstadt Managua das Zentrum eines auch von dem dominikanischen Diktator Trujillo unterstützten Komplotts war, hinter dem „die Regierung des Nordens", der USA, stand[33]). Aber als das State Department es ablehnte, zu den Beschuldigungen Stellung zu nehmen, „weil dies der Geschichte eine Bedeutung gäbe, die sie nicht verdient"[34]) schwieg die sogenannte „freie Presse" des Westens fortan gehorsam über die sich vertiefende Bedrohung eines kleinen Landes durch die USA.

Im März 1954 ließen die USA von der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) in Caracas eine besonders von den lateinamerikanischen Diktaturen unterstützte Resolution verabschieden, die sich gegen eine „Bedrohung" durch „die internationale kommunistische Bewegung, die Ausdehnung des politischen Systems einer kontinentfremden Macht auf diese Hemisphäre"[35]) richtete und die sie als Freibrief gegen Guatemala betrachteten. Dieses wurde von Außenminister Dulles sogar zu einem internationalen Sicherheitspro-

31) Eisenhower, Mandate, S. 422; Toriello, S. 75f.
32) Miguel Ydígoras y Fuentes, My War With Communism, Englewood Cliffs/New Jersey 9163, S. 49f.
33) Toriello, S. 84, Wortlaut S. 303–314.
34) David Wise/Thomas B. Ross, The Invisible Government, London 1965, S. 173.
35) Department of State, Intervention of International Communism in Guatemala, Washington 1954, S. 8f.

blem hochstilisiert, nachdem Guatemala im Mai 2000 Tonnen Waffen – in der Hauptsache Handfeuerwaffen – aus der Tschechoslowakei erworben hatte: Dank dieser Waffen, so wurde angedeutet, könne Guatemala ein Stützpunkt für die Bombardierung von Texas und des Panamakanals werden[36])! Guatemalas Armee zählte knapp 8000 Mann, seine Luftwaffe bestand aus drei Propeller-Jagdflugzeugen aus dem Zweiten Weltkrieg, und im Lande gab es „keinen einzigen Russen, aber 25 000 Amerikaner"[37]). Über den gefährlichsten der letzteren, den US-Botschafter, notierte der amerikanische Journalist Drew Pearson am 15. Juni 1954: „Mein alter Freund Jack Peurifoy hat in Guatemala drei Umsturzversuche gemacht, und es sieht so aus, als ob der letzte Erfolg haben wird."[38])

Am 18. Juni 1954 überschritt Castillo mit seiner „Befreiungsarmee" von 150 bis 200 Leuten von Honduras aus die Grenze und bezog etwa zehn Kilometer innerhalb Guatemalas Stellung; er wollte es den Bomben- und MG-Angriffen seiner drei von der CIA gestellten, von CIA-Piloten geflogenen und von Nikaragua aus operierenden Flugzeuge überlassen, die Arbenz-Regierung zu erschüttern. Als zwei dieser Maschinen durch Treffer und Bruchlandung verloren gingen, stellten die USA am 22. Juni prompt Ersatz, und am 24. Juni begann die Bombardierung von Guatemala-Stadt von neuem. Auch wegen der Untreue des Offizierskorps, das gegen Castillo kaum kämpfte, weil es hinter ihm die USA wußte, und das eine Bewaffnung der Massenorganisationen vereitelte, weil es um seine Privilegien bangte, trat Arbenz am Abend des 27. Juni zugunsten einer Junta unter dem loyalen Oberbefehlshaber Carlos Enrique Díaz zurück. Díaz rief zur Fortsetzung des Kampfes gegen die „käuflichen Invasoren" auf und lehnte eine Forderung „Botschafter" Peurifoys, zahlreiche Kommunisten binnen 24 Stunden zu erschießen, mit der Bemerkung ab, in diesem Falle sei es besser, Peurifoy setze sich selber auf den Präsidentensessel und lasse das Sternenbanner über dem Regierungssitz aufziehen[39]). Darauf wurde am 28. Juni Gautemala-Stadt noch einmal, schwerer als zuvor, bombardiert, und Peurifoy schnallte seinen 45er Colt um und begab sich mit einem ebenfalls bewaffneten US-Marineinfanteristen seiner Botschaftswache zur Junta: Díaz wurde mit vorgehaltener Pistole abgeführt und durch den extrem rechten Oberst Elfego Monzón ersetzt, der sofort „Frieden" machte und am 8. Juli 1954 seinen Platz für den in Peurifoys Botschaftsflugzeug eingeflogenen Mann der CIA und der United Fruit, Castillo, räumte. Eine Befassung der Vereinten Nationen mit der Guatemala-Invasion hatten die USA, die „zufällig" gleichzeitig den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat innehatten, mit der Behauptung verhindert, es handele sich um einen Bürgerkrieg und nicht um einen internationalen Konflikt. Damit schufen sie einen wichtigen Präzedenzfall.

Das Castillo-Regime erfüllte prompt die in es gesetzten Erwartungen: Es setzte die Agrarreform außer Kraft, nahm den Kleinbauern das ihnen zuge-

36) „New York Times" v. 26. 5. 1954; Louis B. Halle, Der Kalte Krieg, Frankfurt/M. 1969, S. 213.
37) „The Nation" v. 26. 6. 1954.
38) Pearson Diaries, S. 323.
39) Toriello, S. 189.

teilte Land wieder ab und gab der UFCO alles zurück, was Arbenz enteignet hatte. Es schaffte die Besteuerung aller Zinsen, Dividenden und Gewinne ab, die an ausländische Investoren zahlbar waren, und lockerte die Erdölgesetze dahingehend, daß ausländische Gesellschaften nun guatemaltekisches Rohöl fördern, exportieren und in Form von Benzin wieder teuer in Guatemala verkaufen konnten. Das Wahlrecht der Analphabeten – 70% der Bevölkerung, zumeist Indios – wurde beseitigt; der Rest durfte Castillo in einer Ja/Nein-Abstimmung im Amt bestätigen – das war die versprochene „freie Wahl". Binnen einer Woche nach der „Wahl" gab die Regierung die Verhaftung von 4000 Kommunisten bekannt, und Zehntausende weitere wurden von einem Geheimausschuß als „Kommunisten" oder Sympathisanten registriert. Alle Gewerkschaftsfunktionäre wurden ihres Postens enthoben und durch regimetreue Leute ersetzt. Die amerikanische Intervention von 1954 bescherte Guatemala Armut, Korruption und Gewalttätigkeit bis auf den heutigen Tag.

Als sich im Frühjahr 1954 Frankreichs Niederlage in seinem seit 1946 geführten Indochinakrieg abzeichnete, versuchten die USA, eine Intervention in Gang zu bringen, um unter Beerbung der Franzosen Vietnam zu „retten" und ein angeblich drohendes Fallen der „Domino-Steine" in ganz Südostasien zu verhindern. Dabei malten Dulles und Eisenhower den drohenden Verlust von Zinn, Wolfram, Kautschuk und Reis sowie von Japans Absatzmarkt in der Region, den es zu verhüten gelte, an die Wand; aber um die Wünsche der Bevölkerung ging es ihnen – wie im Iran und in Guatemala – überhaupt nicht. Eisenhower selbst bestätigte:

„Ich habe nie mit jemandem gesprochen oder korrespondiert, der auf Grund seiner Kenntnisse der Lage in Indochina nicht mit mir der Meinung gewesen wäre, daß die Bevölkerung – möglicherweise zu achtzig Prozent – für den Kommunisten Ho Tschi Minh statt für den damaligen Staatschef Bao Dai gestimmt hätte."[40])

Bei der von Außenminister Dulles und Admiral Arthur Radford, dem Chef der Vereinten Stabschefs, Anfang April 1954 geplanten Intervention sollte es sich laut Eisenhowers persönlichem Stabschef Sherman Adams „in erster Linie um eine gemeinsame Aktion mit den Briten einschließlich australischer und neuseeländischer Truppen handeln, an der nach Möglichkeit auch Einheiten aus fernöstlichen Ländern wie den Philippinen und Thailand teilnehmen sollten, damit auch Asien vertreten war"[41]).

Die USA wollten in der Hauptsache Landtruppen ihrer Verbündeten in den Dschungel schicken und ihren eigenen Beitrag auf See- und Luftstreitkräfte sowie Atomwaffen beschränken. Dieser Interventionsplan scheiterte jedoch am britischen Unwillen, amerikanische Kastanien aus dem Feuer zu holen, sowie an der Besorgnis – so bald nach dem Koreakrieg –, doch wieder in einen verlustreichen Landkrieg zu schlittern, die der Heeres-Stabschef Matthew Ridgway in Washington geltend machte. Danach setzten die USA hauptsäch-

40) Eisenhower, Mandate, S. 372.
41) Sherman Adams, Firsthand Report, New York 1961, S. 122.

lich auf ihren Mann in Saigon, Ngo Dinh Diem, um die Franzossen vollends zu verdrängen und um das in Genf am 21. Juli 1954 geschlossene Friedensabkommen, das sie nicht unterzeichnet, aber zu „respektieren" versprochen hatten, zu sabotieren, insbesondere die für 1956 geplanten gesamtvietnamesischen Wahlen zur Wiedervereinigung des Landes. Das künftige militärische Engagement der USA in Indochina warf seine Schatten voraus, als der am 28. September 1954 auf Drängen Dulles' geschlossene Südostasienpakt (SEATO) Vietnam, Laos und Kambodscha schlankweg zu Schutzgebieten erklärte, und die Familiendiktatur des Katholiken Diem bald den Widerstand der Bevölkerung unter Führung des „Vietcong" zu spüren bekam.

Der Volksrepublik China hatten die USA im Zuge ihrer Indochina-Interventionspläne mit Atombomben gedroht, und Admiral Radford hatte eine amphibische Operation gegen eine chinesische Insel wie Hainan geplant[42]). Im Spätsommer 1954 entwickelte sich aus der mit amerikanischer Guldung erfolgten Verlegung „nationalchinesischer" Garnisonen auf Inseln in Sichtweite des Festlandes eine schwere Krise in der Formosastraße, die bis ins Frühjahr 1955 anhielt. In dieser rasselten die USA wieder mit Atombomben, wurden aber von ihren Verbündeten nicht unterstützt, so daß sie schließlich Tschiang Kai-schek wieder „anleinen" mußten. In dieser Zeit unterhielt die CIA insgeheim „nationalchinesische" Truppen im neutralen Birma (sie hatten sich am Ende des chinesischen Bürgerkrieges dorthin gerettet), die der birmanischen Regierung die Kontrolle des Landes strittig machten und die Opiumproduktion im „Goldenen Dreieck" von Birma, Laos und Thailand beherrschten. Aus dieser „CIA-Connection" mit dem Opiumgeschäft, die später dadurch verstärkt wurde, daß die CIA die mohnpflanzenden Meo-Bergstämme direkt in ihren Dienst stellte, resultierte die Drogenverseuchung der westlichen Welt[43]).

In der ersten Entspannungsphase des Kalten Krieges nach der Genfer Ost-West-Gipfelkonferenz vom Juli 1955 („Geist von Genf") fuhr die CIA mit Operationen auf, über und unter fremden Staatsgebiet fort: Im April 1956 legten die Sowjets einen „Spionagetunnel" bloß, den die CIA von Westberlin aus unter DDR-Gebiet vorangetrieben hatte, um sowjetische Militärtelefonleitungen anzuzapfen, was „tonnenweise Trivilitäten und Geschwätz", aber kaum nützliche Informationen produziert hatte[44]). Zur gleichen Zeit schulte die CIA auf einem geheimen Stützpunkt in der Bundesrepublik mehrere hundert osteuropäische Emigranten als Agenten für die Auslösung von Aufständen in Osteuropa[45]). Nachdem die CSSR sich schon Ende Januar 1956 über die Gefährdung ihres Luftverkehrs durch transparente Ballons beschwert hatte, die der Münchner CIA-gelenkte Sender „Freies Europa" mit Flugschriften aufsteigen ließ, und die Sowjetunion im Februar gegen angebliche amerikani-

42) Eisenhower, Mandate, S. 361.
43) Siehe hierzu: Alfred W. Mccoy, The Politics of Heroin in Southeast Asia, New York 1972.
44) Victor Marchetti/John D. Marks, The CIA and the Cult of Intelligence, New York 1974, S. 9.
45) So der ehemalige CIA-Beamte James Angleton, laut: „International Herald Tribune", Paris, v. 1. 12. 1976, S. 3.

sche „Wetterballons" protestiert hatte, die zu Erkundungszwecken mit Kameras bestückt waren, legte Moskau im Juli 1956 seinen ersten Protest gegen das Eindringen hoch fliegender amerikanischer Spionageflugzeuge – die U-2-Maschinen – in den sowjetischen Luftraum ein[46]). Die USA setzten die völkerrechtswidrigen Flüge jedoch fort; als sie die Spionageflüge nach dem Abschuß einer U-2 bei Swerdlowsk am 1. Mai 1960 als ihr gutes Recht bezeichneten, sprengten sie damit die Pariser Gipfelkonferenz.

Hatten die USA den blutigen Kolonialinterventionen ihrer europäischen Verbündeten in den ersten Nachkriegsjahren tatenlos zugesehen, so ließen sie England und Frankreich mit deren Suez-Abenteuer im Herbst 1956 bewußt in eine Falle laufen, um selber deren Erbe im ölhaltigen Nahen Osten antreten zu können. Mit der brüsken Zurückziehung einer Kreditzusage für den Bau des Assuan-Dammes hatte Außenminister Dulles im Juli 1956 den ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser gedemütigt und dazu provoziert, die Suezkanal-Gesellschaft zu verstaatlichen, die sich zu 44% im Besitz der britischen Regierung und zu 50% im Besitz französischer Privataktionäre befand. Dulles wünschte durchaus den Sturz des mit der Sowjetunion kooperierenden Nasser; er hatte zu seinem CIA-Bruder Allen gesagt: „Beseitigt das Problem", worauf die CIA drei arabische „Attentäterkommandos" losschickte, die jedoch keinen Erfolg erzielten[47]). Dulles wußte auch schon im Sommer 1956, daß London und Paris das Problem militärisch lösen wollten; aber er tat nichts, sie davon abzuhalten, und wollte lediglich die USA nicht mit den alten Kolonialmächten identifiziert sehen.

Nach einem von den Premierministern Eden, Mollet und Ben-Gurion beschlossenen Plan sollte zuerst Israel Ägypten angreifen, um den beiden Westmächten einen Vorwand zu liefern, zwecks „Trennung der kämpfenden Parteien" Truppen in der Kanalzone zu landen und den Kanal wieder in ihren Besitz zu bringen. Am 29. Oktober 1956 schlug Israel los und besetzte in kurzer Zeit die Sinai-Halbinsel bis fast zum Suezkanal. Während die USA Überraschung und Entrüstung heuchelten, richteten London und Paris ein zwölfstündiges Ultimatum an die kämpfenden Parteien und eröffneten, nachdem Ägypten es unbeachtet gelassen hatte, ein schweres Luftbombardement gegen Kairo, Alexandria, Port Said und Ismailia, worauf die Ägypter den Kanal durch Versenkungen unbrauchbar machten.

Am 2. November verabschiedete die UN-Generalversammlung eine amerikanische Resolution, die zur Einstellung der Kämpfe aufforderte. Diese wurde von Ägypten und dann, zur Konsternation der Briten und Franzosen, auch vom US-abhängigen Israel akzeptiert, wodurch der Vorwand „Trennung der Kämpfenden" hinfällig wurde. Statt dessen gaben London und Paris nun ihre bevorstehende Invasion als Vorhut einer UN-Friedenstruppe aus. Am 4. November näherte sich die anglo-französische Armada der ägyptischen Küste (ohne daß ihr die US-Flotte den Weg verlegte), und am 5. begann die Invasion mit dem Absprung von Fallschirmtruppen über Port Said, wo die Ägypter er-

46) Charles E. Bohlen, Witness to History 1929–1969, London 1973, S. 464.
47) So John D. Marks in: Newswork, Washington, laut: „Die Welt" v. 13. 2. 1976, S. 5.

bitterten Widerstand leisteten. Aber schon am 6. November mußten Eden und Mollet sich zum schmählichen Abbruch ihrer Intervention bequemen – unter sowjetischem, aber auch amerikanischem Druck: Westeuropa war durch die Blockierung des Kanals und die Sprengung arabischer Erdölleitungen verstärkt von den USA abhängig geworden, die sich an der Spekulation gegen das britische Pfund beteiligten, durch die England ein Achtel seiner Gold- und Dollarreserven verlor[48]). Schließlich fürchtete Eisenhower ein Eingreifen der Sowjetunion zugunsten Ägyptens und telefonierte deshalb am 6. November im „Kasernenhofton" mit Eden und machte ihm so „die Hölle heiß", daß dieser binnen zwei Minuten Mollet anrief und die Intervention abblies[49]). England und Frankreich waren danach als Großmächte im Nahen Osten erledigt.

Die USA traten ihr Erbe an und maßten sich mit der „Eisenhower-Doktrin" vom März 1957 – die die „Carter-Doktrin" vom Januar 1980 wiederzubeleben versucht – das Recht an, gegen nahöstliche Staaten zu intervenieren, die ihr Erdöl in eigene Regie nehmen wollten.

(Zweiter Teil folgt)

Zum Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms

Eine Übersicht über neue Aussagen und Veränderungen im Vergleich zum gültigen DGB-Grundsatzprogramm von 1963

Von Christian Götz

Der nachstehende Beitrag von Christian Götz, Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV, gibt einen Überblick über die Neuaussagen und Veränderungen im Grundsatzprogramm des DGB, ohne einer politischen Einschätzung des Programms und der Programmdiskussion vorzugreifen, die gesondert erfolgen wird. D. Red.

Hinweise zur Methodik

Aufgabe dieses in die Grundsatzprogramm-Diskussion einleitenden Artikels ist es, eine Übersicht darüber zu vermitteln, welche neuen Aussagen und ins Gewicht fallenden Veränderungen der (am 2. 10. 1979 einstimmig vom

48) Harold Macmillan, Riding the Storm 1956–1959, London 1971, S. 164f.
49) D. F. Fleming, The Cold War and its Origins 1917–1960, London 1961, Bd. II, S. 830.

Die Frauenbewegung und der „Starke Mann"

Von Gaby Zipfel

In der Bundesrepublik formiert sich eine Bewegung gegen die Rechtsentwicklung und ihre Speerspitze, den Kanzlerkandidaten Strauß. Frauen haben mehr als einen Grund, sich ebenfalls gegen diesen „starken Mann" und sein Programm in Bewegung zu setzen, Nicht nur frauenfeindliche Sprüche aus seiner Ecke, die sich hier seitenlang zitieren ließen, nicht nur familienpolitische Konzepte, die uns auf ein Dasein zum Wohle der Familie reduzieren wollen, provozieren den Protest.

Die Herausforderung von uns Frauen durch die Rechtskräfte ist eine grundsätzlichere: Während man uns aus politischen Entscheidungsprozessen herauszuhalten versucht, wird zugleich massiv Politik mit unseren Interessen betrieben. Ziel dieser Politik ist durchaus nicht die Durchsetzung irgendwelcher irrationaler Vorstellungen von Weiblichkeit, sondern es geht um handfeste ökonomische Ausbeutungsinteressen, die sich je nach Konjunkturlage variiert ausdrücken. Es ist nicht in erster Linie bedeutsam, ob die Rechtskräfte reaktionäre Vorstellungen von Weiblichkeit haben, sondern welche Möglichkeiten sie sehen, Frauen auszubeuten. CDU und CSU sind durchaus in der Lage, flexibel zu argumentieren, wenn die weiblichen Arbeitskräfte gebraucht werden: der Widerspruch zwischen weiblicher Erwerbstätigkeit und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung läßt sich allemal noch kaschieren, solange er den Frauen nicht selbst aufstößt. Die Tatsache, daß die Arbeit, die Frauen in der BRD leisten müssen, sie nicht gerade frei macht, nicht mal ökonomisch unabhängig – jedenfalls nicht von allein – macht es den Rechtskräften leichter, ihre soziale Demagogie an die Frau zu bringen: welche Frau verzichtet denn aus Prinzip auf ein Erziehungsgeld, daß ihr die Doppel- und Dreifachbelastung abnimmt, sei es denn, sie registriert den Schwindel, daß das Angebot weder ernst gemeint, noch materiell attraktiv ist. Welche Frau kommt nicht ins Schwanken, wenn ihr die Alternative der Teilzeitarbeit angeboten wird, wird ihr doch täglich massiv eingeredet, daß sie schuld ist am Zerfall der Familie und den Problemen der Jugend. Ob der Hinweis, daß Teilzeitarbeit die Möglichkeit intensivster Ausbeutung bietet, da reicht, ist fraglich: Frauen sind zum Opfermut erzogen.

Der Dreh- und Angelpunkt der Frauensituation ist eben ihre Stellung als industrielle Reservearmee und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, ihre ökonomische Abhängigkeit von der Institution Ehe und die Verinnerlichung der Arbeit im Haus als Arbeit aus „Liebe", statt als gesellschaftlich notwendige und auf diese Weise billige Reproduktionsarbeit. Frauenpolitik muß eine Politik sein, die dem gesamten weiblichen Lebenszusammenhang, ihrer Unterdrückung im öffentlichen und im privaten Bereich Rechnung trägt. Die Rechtskräfte beherrschen diese Politik in ihrem Interesse meisterhaft.

Aus Thea Hollecks Aufsatz „Familienpolitik als Gegenreform"[1]) wird deutlich, wie sehr die Lebensgestaltung der Frauen zum Spielball der Konjunkturlage wird: je nach Bedarf an ihrer Arbeitskraft in dem einen oder anderen Bereich oder in beiden, wird bestimmt, was ihre eigentlichen Aufgaben zu sein haben, wozu sie fähig sein sollen, was unter Emanzipation und Selbstverwirklichung zu verstehen sei. Braucht man sie im Erwerbsleben und will trotzdem weiterhin von ihrer unentgeltlichen Leistung im Reproduktionsbereich profitieren, werden kleine Spielräume für Reformen geboten. In diesem Fall sind auch die Rechtskräfte durchaus flexibel. Bringt die Krise aber Arbeitslosigkeit, werden diese Zugeständnisse schnell und bei uns Frauen zuallererst abgebaut.

Das Hin- und Herschieben bewirkt zweierlei: zum einen können Frauen mit Hinweis auf ihre eigentliche Aufgabe und durch die faktische Aufbürdung der Verantwortung für das Wohl der Menschheit, mit ihrer Diffamierung als „Zuverdiener" schlechter bezahlt werden. Zum anderen ist es nicht gerade leicht, sich als Frau in einem der beiden Bereiche zu verankern. Frauen bewältigen ständig Identitätskonflikte, die sie als persönliche, privat zu verantwortende erleben. Das macht es der Frau schwer, sich mit ihrer Arbeit als einer zu identifizieren, die gesellschaftlich nützlich und unverzichtbar ist und aus der ihr eigentlich entsprechende Rechte zuerkannt werden müßten, ihr Status macht sie machtlos. Auch damit jonglieren Reaktionäre meisterhaft: die Frauenzeitschrift „Brigitte" verkauft den Frauen die Ideologie des „Wir sitzen alle in einem Krisenboot" und appelliert an die Frauen, durch Sparsamkeit, durchgeplante Haushaltsführung usw. die Talsohle zu überbrücken; Frau Helge Pross verweist auf die Wichtigkeit des Managerjobs Hausfrau und beide helfen der Frau XY durch einen ausgeklügelten Fragebogen, der zu einer besseren Haushaltsökonomie verhilft. Nebeneffekt: Hausfrau darf sich wichtig fühlen[2]).

Die die jeweilige Konjunkturlage flankierende Weiblichkeitsideologie in ihren flexiblen Akzenten erweist sich als nützliches Mittel, die Frauen auf ihrem Status quo festzunageln. Sehr hilfreich ist dabei die Reduktion der Frauenfrage auf ein Rollen- und Bewußtseinsproblem. Partnerschaftsideologie und Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft können ersetzt werden durch die Ideologie von der eigentlichen Bestimmung der Frau im Hause, im Reproduktionsbereich und der Unersetzbarkeit ihrer Mutterliebe. Mal führt die einseitige Daseinsweise der Hausfrau zu Persönlichkeitsverlusten und belastet die Familie, mal treibt gesellschaftliches Engagement in Hysterie und zu Terrorismus[2]). So oder so, ein Körnchen Richtiges, unsere Probleme Treffendes ist immer dran. Und wie man es auch wendet und dreht, wir tragen die Verantwortung, wenn andere unter unseren Emanzipationsversuchen zu leiden haben: unsere Kinder verkommen; Männer, die eigentlichen Familienernährer, sehen ihre Arbeitsplätze bedroht; die Bundeswehr hat nicht genug Soldaten, weil wir lieber konsumieren als gebären; an den Schulen gibt es

1) Thea Holleck, Familienpolitik als Gegenreform. Strauß, die CDU/CSU und die Frauen, in: „Blätter", 2/1980, S. 197–211.

2) Vgl. die „Brigitte"-Tagung zur Frauenarbeit im Hamburger Congress-Centrum, November 1979 und die derzeit laufende Fragebogenaktion in der gleichen Zeitschrift.

eine Lehrerschwemme, weil wir unbedingt studieren wollen; und so weiter. Als weiterer Vorteil der Reduktion der Frauenfrage auf ein Rollen- und Bewußtseinsproblem erweist sich die Möglichkeit, Emanzipation oder Nichtemanzipation zu einer Frage persönlicher Leistung von Männern und Frauen zu machen, Politik mit der Entpolitisierung zu betreiben. Alle Spielarten der Weiblichkeitsideologie sind lebensfähig, weil sie ein Körnchen von Frauenrealität aufgreifen und weil sie das weibliche Individuum ansprechen. Solange Frauen vereinzelt Politik mit sich machen lassen, solange sie nicht lautstark zur Diskussion stellen, was sie von der Gesellschaft erwarten, bleiben sie stets verfügbare schuldbeladene, machtlose Spielbälle. Damit kalkulieren die Rechtskräfte.

Rechtsentwicklung und Frauenbewegung

Die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik ist flankiert von einem Diskussionsprozeß in der Frauenbewegung. 1975, im Jahr der Frau, entstanden die Gruppen der Demokratischen Fraueninitiative. Ihr frauenpolitisches Konzept war von Anfang an gegen die Rechtsentwicklung, gegen die Abwälzung der Kristenlasten auf die Frauen, gerichtet. Der doppelten Belastung der Frauen sollte mit einer Aktivität für die eigenen Interessen auf allen Ebenen des weiblichen Lebenszusammenhangs Rechnung getragen werden: die private, persönliche Betroffenheit von Unterdrückung und Diskriminierung soll in einen Zusammenhang gesellschaftlicher Bedingtheiten gestellt werden. Selbsterfahrung hieß für viele Frauen in der DFI, sich selbst als Kraft in der Auseinandersetzung mit dem Status quo, in der Suche nach Alternativen, zu erleben[4]). Frauen begannen, sich gemeinsam als handelnde Subjekte zu erleben, die nicht mehr passiv hinnehmen, was ihnen zugedacht wird. Die Komplexität der Angriffe auf die Frauen macht es schwierig, wirklich allen Erscheinungsformen, allen persönlichen Bedürfnissen und Betroffenheitserfahrungen von Frauen in den Gruppen gerecht zu werden. Auch die Zusammenhänge zwischen Unterdrückung und gesellschaftlichen Bedingungen lagen nicht immer klar auf der Hand; Alternativforderungen mußten erarbeitet, Bündnispartner gesucht werden.

Wir rückten solche Fragen stark in den Vordergrund unserer Öffentlichkeitsarbeit, die die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Situation und Frauenrechten deutlich machen: das ist die Frage der Abrüstung und Friedenssicherung, die immer eine zentrale Rolle in der Geschichte der Frauenbewegung gespielt hat. Frauen waren nicht per se, aus Sanftheit und Friedfertigkeit gegen Krieg, sondern sahen im Krieg die äußerste Eskalation der Reaktion. Andere ließen sich auf der Basis eines falschen Verständnisses von Gleichberechtigung mißbrauchen. So Gertrud Bäumer: „Ja, wir Frauen sind in diesen Angstwochen wie in eine neue Welt eingetreten. Wir sind nicht nur Zeugen des gewaltigsten Stücks Geschichte gewesen, daß die Menschheit noch erlebte, wir haben auch in unserer eigenen Seele Neuland gefunden. . .

3) Vgl. Thea Holleck, a.a.O., S. 198 f. und Christa Meves, Manipulierte Maßlosigkeit, Freiburg 1971.
4) Vgl. dazu den Sonderdruck der DFI, Bericht über die Düsseldorfer Arbeitstagung, Januar 1980, und die Arbeitsgrundlage der DFI.

In uns sprach, fühlte, wollte Deutschland, unsere persönliche Seele ging auf in der Seele des Volkes. Der Tod auf dem Schlachtfeld ist eingefügt in die große Kette menschlichen Strebens und Ringens. Mit ihm erkauft ein Geschlecht Segen und Entfaltung für alle Kommenden. Aus dem Gefühl, daß es ihm einzig von Millionen anderer beschieden ist, selbst seinem Tode noch den Adel eines Zwecks zu geben, hat zu allen Zeiten der Soldat es süß und erhaben gefunden, für das Vaterland zu sterben. Und das können die Frauen in tiefster Seele nachfühlen. Es ist ein mütterliches Grunderlebnis, daß Leben und Kraft hingeopfert werden muß, damit neues Leben umso schöner erblühen kann."[5]) Ähnlichen Argumentationssträngen folgten Frauen auch angesichts der faschistischen Gefahr, so zum Beispiel Marie Elisabeth Lüders, Mitglied des Reichstages und des Bundes deutscher Frauenvereine, in ihrem 1937 erschienenen Buch „Volksdienst der Frau."[6])

Die historische Erfahrung zeigt: wenn Frauen sich nicht kritisch in die politische Diskussion einschalten und ihre Interessen artikulieren, wird nicht nur über ihre Köpfe hinweg, sondern auch mit ihnen Politik gemacht.

Wir haben auch die sozialen Voraussetzungen benannt und gefordert, die es Frauen erst möglich machen, Mutterschaft und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Wir haben uns für gleiche Bildungschancen und entsprechende Berufsperspektiven eingesetzt und den emanzipatorischen Charakter, den Bildung haben kann und der Frauen verwehrt wird, berücksichtigt. Wir haben uns für eine Wissenschaft engagiert, die die Interessen der Frauen nicht verzerrt, sondern unterstützt. Wir haben das Recht auf Arbeit und gleiche Entlohnung gefordert, und die Gewerkschaftskolleginnen in ihren Kampfmaßnahmen unterstützt. Wir haben uns gegen den Abbau demokratischer Rechte und Gesinnungsschnüffelei gewehrt, gegen Neofaschismus. Wir haben versucht, unsere Ausschaltung aus der Politik zu durchbrechen. Sind wir dabei Politroboter geworden oder haben wir „private" Unterdrückungserfahrungen vernachlässigt? Die Gruppenarbeit zeigt eindeutig, daß dem nicht so ist. Wir haben uns viel vorgenommen, und das war angesichts der Reduktion der Frauenfrage in den Massenmedien und in Teilen der Frauenbewegung auf ein Geschlechterproblem auch notwendig. Wir beschränken uns nicht auf „Politik", sondern wehren uns gegen die Trennung zwischen privat und politisch, deren Ergebnisse wir bezahlen müssen.

Die Beschränkung auf sexistische Unterdrückungsformen, männlicher Willkür angelastet, verführt zur politischen Abstinenz und liefert Frauen reaktionären Ideologien, die ihre ökonomische Abhängigkeit vom Mann festschreiben, aus. Während Studentinnen im SDS mit der Parole „Das Private ist politisch" noch den Zusammenhang zwischen privater und gesellschaftlicher Unterdrückung und die Verschleierung weiblicher Diskriminierung im Privatbereich und in ihrer Auswirkung auf politische Handlungsmöglichkeiten

5) Gertrud Bäumer, zit. nach U. Müller-Plantenberg, Zur Geschichte der Lage der Frauen in Deutschland, in: „Das Argument", Emanzipation der Frau I, 1972.
6) Vgl. Renate Wiggershaus, Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung, Wuppertal 1979, S. 16.

transparent machen wollten[7]), machten Teile der Frauenbewegung daraus die Umkehrung „Das Private ist politisch" und verbreiteten die Illusion, die Frauenfrage sei durch einen individuellen Willensakt, durch Selbsterfahrung und neugewonnene Identität zu lösen[8]). Die Selbsthilfestrategie hat zwar den Umfang sexistischer Unterdrückung ins Bewußtsein gehoben, läuft aber Gefahr, in ihrer karitativen Anlage der unentgeltlichen Sozialarbeit mißbraucht zu werden und damit in ihrer Möglichkeit, an der Lage der Frauen Grundsätzliches zu ändern, zu scheitern. Die Bundesregierung hat schnell und dankbar solche Projekte als Beispiele sinnvoller weiblicher Selbstverwirklichung, die kein Geld kostet, begrüßt. Die Tendenz zur Ignoranz gegenüber der gesellschaftlichen Realität in ihren Wirkungszusammenhängen und das Beschränken auf weibliche Potenzen im Reproduktionsbereich („Lohn für Hausarbeit", sexuelle Verweigerung, „Gebärstreik") erweisen sich zunehmend als gefährliche Auslieferung gegenüber den Herrschenden.

Da gibt es Thesen wie diese: „Häufig erschreckt es uns, daß in der BRD es oft die CDU/CSU ist, die ähnlich klingende Analysen und Forderungen stellt. Dazu . . . müssen wir in unserem Umdenkungsprozeß lernen, daß selbst die linken Kategorien von links und rechts, fortschrittlich und reaktionär, vom Frauenstandpunkt aus sich verschieben . . . Links und rechts sind patriarchalische Einteilungen. Unsere Frauenpolitik setzt eben an ganz anderen Ebenen an"[9]). Solche Thesen konnten von uns nie unterstützt werden, weil, Gutwilligkeit angenommen, hier ein zweiter Schritt dem ersten vorweggenommen wird: Sicher ist es denkbar, daß Frauen spezifische Momente einbringen werden, wenn sie sich die Möglichkeit erkämpft haben, Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hat durchaus bei Frauen Fähigkeiten herausgebildet, die Männer nicht in dem Maße erworben haben und die in ihrer Entfaltung nicht zum Tragen kommen mögen. Aber einer kulturellen Revolution, wozu eine solche Entfaltung gehört, muß die Befreiung von Ausbeutung vorausgehen, und die läßt sich nicht auf das Patriarchat reduzieren.
Jetzt und heute auf herkömmlichen Weiblichkeits-Mustern zu beharren, kommt tatsächlich den Rechtskräften und ihren Ausbeutungsinteressen entgegen.

Die Rechtsentwicklung fordert auch die autonome Frauenbewegung heraus

Auf der letzten Sommeruniversität in Westberlin war eigentlich eine Grundsatzdiskussion vorgesehen zum Selbstverständnis der Frauenbewegung: „Autonomie oder Institution. Über die Macht und Leidenschaft von Frauen." Als zunehmend deutlich wurde, daß die politische Entwicklung zwingt, Position zu beziehen und dies unvermeidlich ein Umdenken gegenüber bisherigen Strategien erfordert, wurde die Diskussion eingeschränkt: man arbeitete

7) Vgl. dazu Frauenjahrbuch 1, Frankfurt/M. 1975.
8) Vgl. dazu Gaby Zipfel, Der Neofeminismus, in: Landefeld/Sommerfeld, Sackgassen und Irrwege, Dortmund 1979.
9) Frauenjahrbuch '76, München 1976, S. 91.

sich ab an der Frauenpartei, stellte Überlegungen zu den Grünen an und ließ das Dilemma der Strauß-Kandidatur anklingen. Die „Lohn für Hausarbeit"-Diskussion, für etliche Frauen immer noch aktuell, wurde abgewürgt. Die Strauß-Diskussion beschränkte sich auf die große Frage: Was wählen? Und die sollte unter der Schirmherrschaft der „Emma" weiterdiskutiert werden[10]).

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurde das Thema Strauß in den Zeitschriften „Emma" und „Courage" noch hin und wieder aufgegriffen[11]), wobei auffällt, daß „Emma" vor allem die Wählbarkeit beziehungsweise Nichwählbarkeit der SPD thematisierte[12]) und dieser Partei zaghaft mit Wahlboykott droht[13]), während es in der „Courage" vornehmlich um die Wählbarkeit der Grünen geht. Damit wird zumindest bisher die ganze Frage der Rechtsentwicklung zugunsten von Überlegungen zur Wahl tabuisiert. Andererseits verweisen beide Sprachrohre der autonomen Frauenbewegung auf die Aktualität politischer Fragestellungen: so veranstaltete die „Courage" 1979 einen Anti-Atom-Kongreß in Köln, auf dem unter anderem auch die Erfahrungen der Frauenbewegung im Kampf um Frieden und die Situation während und nach dem Faschismus thematisiert wurden. Das Thema Frauen im Faschismus hat generell breite Teile der Frauenbewegung erfaßt und trägt zu einer Reflexion über gesellschaftliche Ursachen der Frauenbewegung bei.

Zu dem „Gleichberechtigungsangebot" Frauendienstpflicht in der Bundeswehr hat sich eine Bewegung unter Frauen formiert, die nicht nur Nein dazu sagt, sondern sich für Frieden und Abrüstung, gegen Kriegshetze und atomare Aufrüstung engagiert. Frauen gründen Initiativen „Frauen gegen Strauß" und arbeiten in Anti-Strauß-Initiativen der demokratischen Bewegung mit. Das § 218-Tribunal, das am 31. Mai 1980 in Frankfurt stattfinden soll, wird sich mit der rechten Politik gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frauen auseinandersetzen[14]).

Gegenwärtig ist ein Widerspruch zwischen der Politisierung der Frauen in der Praxis und der politischen Artikulation dieses Prozesses in Sprachrohren wie „Emma" und „Courage" zu beobachten. Gleichzeitig ist zu spüren, daß die Chefdenkerinnen manchmal hektisch und nervös auf demokratische Initiativen reagieren und sich dabei auch nicht scheuen, plumpesten Antikommunismus aus der Mottenkiste zu holen und Berührungsängste unter Frauen zu provozieren[15]).

---

10) Dieses Angebot Alice Schwarzers wurde seit der Sommeruni in der „Emma" nicht mehr thematisiert; dafür machte die Zeitschrift eine Umfrage unter ihren Leserinnen, bei der unter anderem ihr Verhältnis zu den etablierten Partein erfragt wird. Die Ergebnisse werden seit Februar in der Zeitschrift veröffentlicht; insgesamt vier Teile sind angekündigt.

11) „Emma", 10/1979, S. 38; „Courage", 10/1979, S. 4 f., 11/1979, S. 56–63.

12) Ein in diesem Zusammenhang interessantes Ergebnis der „Emma"-Umfrage: jede zehnte Leserin ist SPD-Mitglied. Vgl. Veröffentlichung über die Umfrage, „Emma", 3/1980.

13) „Emma", 10/1979, S. 38.

14) Vgl. den Aufruf zum Tribunal gegen den § 218 und Protokolle der Vorbereitungssitzungen.

15) Vgl. dazu Gaby Zipfel, Bericht von der 4. Frauensommeruni, in: „Deutsche Volkszeitung", 52/1979, S. 16 und „Emma", 11/1979: „Nicht zu verwechseln", S. 23; dazu die Antwort im Dezemberrundbrief der DFI.

Die Kanzlerkandidatur Strauß fällt zusammen mit einem Diskussionsprozeß in der Frauenbewegung über ihren politischen Standort und über Strategien zur Veränderung: Rückzug in eine weibliche Gegenwelt oder offensive Kampfansage gegen eine Politik der autoritären Krisenbewältigung mit all ihren Folgen, einschließlich weiterer weiblicher Entmündigung? Genügt es, uns selbst zu verändern, oder müssen wir für unsere Selbstverwirklichung unsere Kraft der kapitalistischen und patriarchalischen Gesellschaft zugunsten einer humanen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien entgegenstellen? Die Diskussionsbereitschaft unter Frauen ist sehr groß. Sie auf wahlkampftaktische Manöverdiskussionen zu vertrösten, ist unfair.

Aus der Umfrage der „Emma" unter ihren Leserinnen geht hervor, daß Frauen zunehmend ihre Befreiung in Verbindung mit grundsätzlichen gesellschaftlichen Änderungen sehen: „Eine Gesellschaft ohne Vorurteile" – „Soziale Gleichheit für alle" – „Absolute Gleichberechtigung für alle Menschen"[16]), sind einige der Antworten.

Überwältigende 94 % aber wünschen sich eine „Gesellschaft, in der grundsätzlich alle Menschen frei, gleichberechtigt und unabhängig sind."[17]) An oberster Stelle der Ziele, für die Frauen sich einsetzen wollen, rangiert das Recht auf Berufstätigkeit und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit[18]). Gleich an zweiter Stelle folgt die Bereitschaft der „Emma"-Leserinnen, „für wirkliche Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern zu kämpfen."[19]) An dritter Stelle rangiert die Forderung nach „menschlicheren Wohnungen". Weitere Forderungen sind die nach einer stärkeren Beteiligung der Frauen in der Politik, nach einem Antidiskriminierungsgesetz, gegen Kernkraft, für menschliche Bedingungen am Arbeitsplatz, für Kinderkrippen und Ganztagsschulen[20]).

Damit zeigt sich, wie viele gemeinsame Ansatzpunkt sich für Frauen im Kampf um ihre Interessen und Rechte ergeben, und wie deutlich Frauen den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Bedingungen und ihrer Situation sehen, daß sie ihre Unterdrückung nicht als bloßen Geschlechterkonflikt verstehen. Damit zeigt sich aber auch, wie hinderlich künstliche Barrieren durch Kategorisierungen unter Frauen sind. Meiner Ansicht nach ist Feminismus in der Bundesrepublik immer noch ein sehr heterogener Begriff, der sich nicht in verschiedene Gruppierungen, wie sozialistische, radikale und sonstwie feministische Gruppen einteilen läßt, sondern zunächst ein Engagement für Fraueninteressen beschreibt.

16) „Emma", 3/1980, S. 9.
17) Ebd.
18) Ebd., S. 13.
19) Ebd.
20) Ebd., S. 15.

Frauen gegen Rechts – Stoppt Strauß

So wie Frauen in politischen Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert sind, so sind sie es auch in der gesamten Öffentlichkeit. Frauen brauchen Gegenöffentlichkeit, in denen sie selber zu Wort kommen und einander erreichen. Am 14. Juni veranstaltet die Demokratische Fraueninitiative ein Forum „Frauen gegen rechts – Stoppt Strauß". Dieses Forum wird allen Frauen Gelegenheit geben, dem, was die Rechtsentwicklung uns anbietet, das, was sie wollen, entgegenzustellen. Das Forum soll eine Kampfansage an die, die uns lieber duldend und schweigend sehen würden, sein. Verschiedene Meinungen und Positionen, ein Erfahrungsaustausch über die konkrete Betroffenheit von der Rechtsentwicklung am Arbeitsplatz, in der Schule, als Mädchen und Hausfrau, als Mutter und Studentin, in der Rechtsprechung und in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen sollen zu Wort kommen und allen Teilnehmerinnen einen umfassenden Überblick über die Auswirkungen der Rechtsentwicklung auf das Leben der Frauen geben, Wege und Möglichkeiten erkennbar machen, wie wir uns gemeinsam wehren können. Das Forum soll ein Beitrag und ein Auftakt im Kampf der Frauen gegen ihre Instrumentalisierung von Rechts werden. Gleichzeitig bietet es Gelegenheit, bereits angegangene Aktivitäten, zum Beispiel auch kulturelle, uns allen mitzuteilen. So umfassend wie die Angriffe, so umfassend müssen unsere Antworten sein. Wir wollen nicht nur bilanzieren, was uns geboten wird, sondern glasklare Forderungen stellen.

„Warum gibt es eigentlich kaum weibliche Phantasien nach vorwärts, Bilder dessen, was nicht ist, Entwürfe, die Zukunftsmusik machen, Zukunftslust erzeugen? Warum hält sich die Phantasie, statt sich an Utopien zu wagen, so gern an der Klagemauer auf, begnügt sich so bereitwillig mit dem depressiven Blick aufs Hier und Jetzt. . .?"[21]) – Ja, warum eigentlich? Je mehr Frauen sich herausgefordert fühlen, desto sicherer werden wir unsere Entwürfe finden und umsetzen. Und das dürfte nicht nur für uns Frauen Folgen haben: „Jeder, der etwas von der Geschichte versteht, weiß auch, das große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts."[22])

21) Marlis Gerhardt, zit. nach Maria Frisé, Die geistigen Wurzeln der Frauenbewegung, in: „Mitteilungsblatt des Deutschen Akademikerinnenbundes" 57/1980, S. 89.
22) Karl Marx, Briefe an Kugelmann, MEW, Bd. 32, Berlin (DDR) 1965, S. 582.

Was aus der „Großen Steuerreform" wurde

Oder: Was die Arbeitnehmer von F. J. Strauß an Steuererleichterungen zu erwarten haben

Von Vera Holz

Die Steuerpolitik ist nach der Tarifpolitik ein Hauptfeld des Verteidigungskampfes, auf dem die Unternehmen in den letzten Jahren verstärkt und offensiv Erfolge verbuchen konnten. Ihre Kehrseite bilden eine unvermindert anhaltende Schraube der Lohnsteuerprogression und ständige Mehrwertsteueranhebungen, die die Realeinkommen der Arbeitnehmer belasten.

Besonders zu Zeiten des Wahlkampfes jagt daher gewöhnlich ein Steuerentlastungsprogramm das andere. Die meisten brachten nur geringfügige und kurzfristige Verbesserungen für die Arbeitnehmer, häufiger jedoch strukturelle Entlastungen in der Unternehmensbesteuerung.

Die neuesten Steuerentlastungsforderungen der CDU/CSU wurden pünktlich zum Wahljahr am 12. Dezember 1979 von F. J. Strauß der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Steuerentlastungsprogramm der CDU/CSU für 1981 soll die öffentlichen Haushalte in einer Rekordhöhe von 16,6 Mrd. DM belasten, ohne daß mit einem Wort auf die Finanzierung dieser Haushaltslücke eingegangen wird. Schwerpunkte dieses Programms sind keinesfalls nur arbeitnehmerfreundliche Maßnahmen: 1. Verbesserungen des Einkommensteuertarifs durch Abflachung der Progression für mittlere und höhere Einkommen (bis 60 000/120 000 DM Einkommen für Ledige bzw. Verheiratete), 2. Familienförderung u. a. durch Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen, die zu ungleichen Steuerersparnissen führen, 3. Erhöhung des Sonderausgabenabzugs für Selbständige, 4. Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages für Arbeitnehmer um 200 DM und 5. Stärkung der Investitionskraft der Betriebe durch Maßnahmen zum Abbau der sogenannten Doppelbesteuerung der Vermögensteuer bei Kapitalgesellschaften und Anteilseignern, um die „steuerlichen Rahmenbedingungen für die investierende Wirtschaft zu verbessern."

Allerdings nahm Strauß schon Ende Februar die seitherige weltpolitische Entwicklung zum Anlaß, sein gerade erst der Öffentlichkeit vorgestelltes „Steuerentlastungsprogramm" in Frage zu stellen: „Alles das geht nur, wenn . . . es zu keinen Zuspitzungen und Krisen kommt, die automatisch andere Prioritäten erzwingen." Man müsse den Bürgern gegebenenfalls sagen: „Die Umstände haben sich eben geändert." Und an anderer Stelle fügte er hinzu:

„Wir sind bereit, die kostenträchtigen Teile unseres Wahlprogramms zu verschieben . . ." („Die Zeit" v. 29. 2. 1980)

Der nachfolgende Artikel untersucht die Steuerpolitik der letzten 12 Jahre, die Franz Josef Strauß maßgeblich mitprägte und – das zeigen die neuesten Forderungspakete – fortzusetzen gedenkt. D. Red.

Der Bürger habe einen Anspruch auf einen Ausgleich für die „heimlichen inflationsbedingten Steuererhöhungen", denn 1980 werden die Entlastungswirkungen des Lohnsteuertarifs 1979 verpufft sein. So F. J. Strauß gegenüber der „Welt" am 13. 8. 1979. Und Hans-Jörg Häfele, Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt, Steuern, Geld und Kredit bei der CDU/CSU-Fraktion, assistiert: Es sei „untragbar, wenn der durchschnittliche Arbeitnehmer von einer Mark Lohnerhöhung nur 50 Pfennig netto auf die Hand bekomme – und dies bei einer Preissteigerung, die sich fünf Prozent nähere"[1]).

Wer könnte diesen Steuerentlastungsanforderungen nicht zustimmen. Aber wer weiß denn in der Bevölkerung noch, daß der Finanzminister der Großen Koalition aus SPD und CDU/CSU von 1966 bis 1969 F. J. Strauß hieß? In dieser Legislaturperiode wurden mit der Haushalts- und Finanzreform entscheidende Grundgesetzänderungen[3]) vorgenommen, die eine finanzielle Stärkung des Bundes zu Lasten der Länder und insbesondere der Gemeinden zur Folge hatten. Die sozialen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf der Ebene der Steuerverteilung sind spätestens nach der Krise 1974/76 in aller Schärfe hervorgetreten: Lehrer werden nicht eingestellt, die soziale Infrastruktur nicht aus-, sondern abgebaut, überall setzt man zu Lasten der kommunalen Versorgung den Rotstift an.

Unter dem Bundesfinanzminister Strauß wurden bedeutsame Steuerrechtsänderungen vorgenommen, die ein qualitativ neues, weil gezielteres System von Steuervergünstigungen schufen: Nutznießer davon sind vor allem die Großunternehmen. So wurden in dieser Zeit neben dem Mehrwertsteuergesetz[4]) das Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei der Stillegung von Steinkohlebergwerken[5]) und das Gesetz zur Anpassung des deutschen Steinkohlebergbaus und der deutschen Steinkohlebergbaugebiete[6]) verabschiedet. Ersteres sah die steuerliche Begünstigung der Stillegungen von Zechen zum Zwecke der „Gesundschrumpfung" vor, letzteres Investitionsprämien für die verbliebenen Großzechen. Die Berlinförderung wurde verbessert. Mit dem

1) „Die Welt" v. 31. 7. 1979.
2) Entfällt.
3) 20. und 21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes v. 12. 5. 1969, Bundesgesetzblatt (BGBl) I, S. 357 und 359.
4) 29. 5. 1967, BGBl I, S. 545.
5) 11. 4. 1967, BGBl I, S. 403.
6) 15. 5. 1968, BGBl I, S. 365.

Steueränderungsgesetz von 1967[7]) wurden umfangreiche Investitionszulagen geschaffen für Neuinvestitionen und Umstellungs- und Rationalisierungsinvestitionen im Zonenrandgebiet. Weitreichend waren auch die Folgen des Auslandsinvestitionssteuergesetzes zur Förderung des Kapitalexports. (Zehn Jahre später kämpften Gewerkschaften gegen die Arbeitsplatzverluste, die sich aus solchen steuerlich geförderten Produktionsverlagerungen ergaben.) Durch das Umwandlungssteuergesetz von 1969[8]) wurden Fusionen und Unternehmenszusammenschlüsse von Kapitalgesellschaften begünstigt, indem die Übertragungsgewinne, die durch die Aufdeckung stiller Reserven zustandekommen, steuerfrei bleiben bzw. begünstigt werden.

Als Oppositionspartei zur herrschenden SPD/FDP-Koalition war die CDU/CSU dann maßgeblich daran beteiligt, daß die „Große Steuerreform", die als Jahrhundertwerk in die Geschichte eingehen und endlich die steuerlichen Benachteiligungen der Arbeitnehmer beseitigen sollte, zu einem Reförmchen verkam.

Der Werdegang der „Großen Steuerreform" soll im folgenden kurz nachgezeichnet werden, um dann im einzelnen die heute vorliegenden Strauß'schen Steuerforderungen zu beurteilen.

Die Gutachterkommission zur Steuerreform

Am 17. Dezember 1968 wurde vom damaligen Finanzminister Strauß, eine Gutachterkommission zur Steuerreform eingesetzt. Ihre Zusammensetzung wurde von Gewerkschaftsseite heftig kritisiert, weil sie einseitig zusammengesetzt und die „Mehrzahl der Mitglieder eindeutig als Vertreter von Unternehmens- und Besitzinteressen" identifizierbar sei.[9]) Gemeint waren folgende Mitglieder: Rudolf Eberhard, Mitglied des Vorstandes der Bayrischen Vereinsbank, Vorsitzender der Kommission; Klaus Kuhn, Vorstandsmitglied der Thyssen Handelsunion AG; Paul Mertens, ehemaliger Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU); Heinrich Tröger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank i.R.; Volkmar Muthesius, Verleger, Präsident des Bundes der Steuerzahler; Hans Pagenkopf, ehemaliges geschäftsführendes Mitglied des Instituts Finanzen und Steuern; Manfred Schäfer, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft des Saarlandes und Repräsentant des Unternehmerflügels der CDU. Weitere Mitglieder waren: Hermann Fredersdorf, Vorsitzender des Bundes deutscher Steuerbeamter (damals noch SPD), Franz Hörstmann, ehemaliger Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Willy Köppen, Steuerberater, Karl Heinz Mittelsteiner, Vizepräsident des Bundes der Steuerbevollmächtigten, Robert Wiethüchter, Vorsitzender des Bundes der Deutschen Zollbeamter, sowie die Professoren

7) BGBl I, S. 1254 und 1334.
8) 14. 8. 1969 BGBl I, S. 1163.
9) Vgl. W. Höhnen, Das Gutachten der Steuerreform. Ein Beitrag zur gerechten Verteilung der Steuerlasten?, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte" (GM) 7/1971, S. 428.

Zeitel und Wöhe (Haller schied am 14. April 1970 aus und wurde Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen (BMF). Von der Parteienzugehörigkeit überwog in diesem Gremium die Mitgliedschaft in den Unionsparteien. Die Gewerkschaften hatten keinen direkten Vertreter entsenden können und arbeiteten daher eng mit dem Steuerberater Willy Köppen zusammen.

Die Kommission erhielt den Auftrag, eine Reformkonzeption unter Berücksichtigung folgender Zielsetzungen zu entwickeln:

- Gleichmäßigkeit und soziale Gerechtigung der Besteuerung
- Abbau von Steuervergünstigungen
- Vereinfachung des Steuerrechts
- Beachtung der Harmonisierungsbestrebungen in der EWG, besonders im Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern
- Fiskalische Ergiebigkeit, d. h. „durch die Steuerreform soll das Volumen der Steuereinnahmen gegenüber dem jetzigen Rechtszustand einschließlich der Zuwachsquoten nicht verändert werden"[10]).

Bereits dieser letzte Punkt ließ darauf schließen, daß diese Kommission die Tradition ihrer Vorgängerkommissionen[11]) fortsetzen und keine grundlegenden Umstrukturierungen vorschlagen würde: 1968 hatte sich der Anteil der Lohnsteuer an den Gesamtsteuereinnahmen mit 18,4% bereits gegenüber 1950 (9,6%) fast verdoppelt. Mit einer Aufkommenselastizität von 2,7[12]) (Wachstum des Steueraufkommens im Verhältnis zum Wachstum des Volkseinkommens) bestimmte sie die Zuwachsraten des Gesamtsteueraufkommens. Eine Abschwächung dieser Dynamik hätte eine entsprechend stärkere Besteuerung anderer Steuerquellen, z. B. der Unternehmenssteuern oder der Verbrauchssteuern vorausgesetzt.

Die politische Zusammensetzung der Kommission sorgte indes dafür, daß weder entscheidende Abmilderungen des Lohnsteueraufkommens durch eine grundlegende Tarifreform noch eine stärkere Unternehmensbesteuerung vorgeschlagen wurden. Vielmehr wurden entscheidende „Reformforderungen" der Unternehmensseite aufgegriffen und das „Reformdefizit" sollte durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer (MWSt) um 4,5% Punkte finanziert werden[13]).

Steuerforderungen der Unternehmensverbände und ihre ökonomischen Hintergründe

Daß die Unternehmen durch die Steuerpolitik der 50er Jahre – die im übrigen zu der allseits beklagten Unübersichtlichkeit und Verkomplizierung des Steuerrechts geführt hatte – eine entscheidende Hilfe zur Kapitalbildung er-

10) Gutachten der Steuerreformkommission 1971, „Schriftenreihe des BMF", 17/1971, 1. Aufl. Tz I/1, S. 19.
11) Z. B. Diskussionsbeiträge des Arbeitsausschusses für die *Große Steuerreform*, Stuttgart 1954; Denkschrift zur Verbesserung der Einkommensbesteuerung, Kommission für die Finanzreform, Stuttgart 1966; Gutachten zur *Reform der direkten* Steuern, Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Bonn 1967.
12) „DIW-Wochenbericht" 9/1976.

hielten, wurde von niemandem bestritten, vielmehr im Interesse des „Wiederaufbaus" für notwendig angesehen. Die Mittel dieser, die Selbstfinanzierung unterstützenden Steuerpolitik waren: Weitreichende Sonderabschreibungen im Rahmen der Siebener Gruppe des Einkommensteuergesetzes (EStG) und nach dem Investitionshilfegesetz, Begünstigung der nicht entnommenen Gewinne sowie deren Anlage in Wertpapieren und im Wohnungsbau, weitreichende Aufblähung steuerlich abzugsfähiger Betriebsausgaben, die ebenfalls zu erheblichen Minderungen des steuerpflichtigen Gewinns führten.

Eine genaue Übersicht, wie groß die steuerlichen Vergünstigungen wirklich waren, gibt es nicht. Aber allein die steuerstatistisch ausgewiesenen Steuervergünstigungen (im wesentlichen Sonderabschreibungen bzw. beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten und Bewertungswahlrechte) waren 1954 mit 3,279 Mrd DM fast so hoch wie das gesamte Lohnsteueraufkommen im gleichen Jahr (3,875 Mrd. DM). Rund 15,5% der Investitionen konnten so direkt durch Steuergeschenke finanziert werden[14]).

Diese Steuerpolitik bildete ein entscheidendes Instrument zur Restauration der alten Besitz- und Machtverhälnisse, und mehr noch, sie förderte eine rasch fortschreitende Konzentration und Monopolisierung. Denn da die vorherrschende Form der Steuervergünstigung in überhöhten bzw. beschleunigten Abschreibungsmöglichkeiten bestand, erhielten Großinvestoren einen ungleich größeren Liquiditätsvorteil und konnten somit ihren Strukturvorteil systematisch ausbauen.

Die Krise 1966/67 offenbarte Verwertungsschwierigkeiten, die sich zunächst in einem relativen Zurückbleiben der kaufkräftigen Nachfrage hinter der rasch anwachsenden Produktion niederschlugen. Sie drückten sich auch in nachlassenden Rentabilitäten aus, weil hohe Fixkostenbelastungen durch den seit Ende der 50er Jahre forcierten Technisierungs- bzw. Modernisierungsprozeß, Rohstoffpreissteigerungen durch veränderte internationale Kräfteverhältnisse und ein höheres Lohnniveau im Gefolge der Vollbeschäftigung die Wachstumsraten der Gewinne beeinflußten. Investitionen waren nicht mehr in erster Linie ein Finanzierungsproblem, sondern das zukünftiger Gewinnerwartungen. Kostensenkungsstrategien, nicht nur durch verbesserte Arbeitsproduktivität durch eine höhere Kapitalausstattung der Arbeitsplätze gewannen an Bedeutung, sondern gerade auch arbeitsorganisatorische und führungsorientierte Rationalisierungen erlebten einen ungeahnten Aufschwung. Zu den Kostensenkungsstrategien gehörten auch Forderungen an den Staat nach dem rigorosen Abbau von Unternehmenssteuern, was – bei gleichbleibendem Preisgefüge – einen zusätzlichen Liquiditätsvorteil bedeutete.

Die „kostensteigernden" Steuerforderungen der 50er Jahre (hohe Abschreibungen, Betriebsausgabenabzüge) wurden Mitte der 60er Jahre von Unter-

13) Vgl. Gutachten . . ., a.a.O., Tz I/93.

14) Vgl. W. Krüer-Buchholz, Steuerpolitik und Steuerreform in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Großen Steuerreform 1975, Dissertation Bremen 1978, S. 213.

nehmensseite ergänzt durch „kostensenkende" Steuerforderungen: Abbau der sogenannten ertragsunabhängigen Steuern. Der Boom 1969 und der nachfolgende expansive Zyklus hatten diese unternehmerischen Steuerforderungen zunächst etwas abgeschwächt, spätestens seit 1975 wurden sie jedoch mit aller Vehemenz wieder vertreten. Bei diesen sogenannten ertragsunabhängigen oder vermögensabhängigen Steuern handelt es sich um die Vermögen- und Erbschaftsteuer (einschließlich Schenkungsteuer), die Gewerbesteuer, die sich aufteilt in die Gewerbekapital- und Gewerbeertragsteuer sowie in manchen Gemeinden die Lohnsummensteuer und die Grundsteuern. Grundlage für die Bemessung der Steuer ist in der Regel ein Einheitswert bzw. bei der Gewerbeertragsteuer die prozentuale Anwendung eines einheitlichen Steuermeßbetrags.)

Mit wachsendem Kapitalstock stiegen letztlich auch die in den Einheitswerten festgesetzten Betriebsvermögen. Nach der Vermögensteuerstatistik 1966 entfielen auf Aktiengesellschaften (AGs) und Kommanditgesellschaften auf Aktien (KGaAs) 55,2% der gesamten Vermögensteuerschuld. Die durchschnttliche Zahlung betrug bei ihnen rund 255 000 DM, bei natürlichen Personen 2240 DM[15]). 1968 bezahlten die AGs und KGaAs durchschnittlich 350 000 DM Vermögensteuer (VSt) und 1971 370 000 DM[16]).

Bedeutsam in der Belastungswirkung war indes allenfalls die Gewerbesteuer, und ihr Abbau wurde vor allem mit Wettbewerbsnachteilen im Rahmen der EWG begründet[17]). Diese vermögensabhängigen Steuern stünden im „krassen Gegensatz zu der notwendigen Verschonung einer kapitalintensiven Wirtschaft" vor fixen Kostenbelastungen durch Steuern[18]).

Die hohen Inflationsraten und geldpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen in den 60er Jahren bedeuteten zudem eine verteuerte Fremdfinanzierung und die Unternehmensverbände forderten einen Abbau der sogenannten körperschaftsteuerlichen Doppelbelastung. Damit sollte die Mobilisierung von Eigenkapital über Aktienanlagen erreicht werden. Zugleich sollte damit eine „Renaissance der Aktien als Instrument der Vermögensbildung" in Arbeitnehmerhand eingeleitet werden[19]).

In der Frage der „Doppelbesteuerung" wurde behauptet, daß dasselbe steuerliche Objekt, nämlich der Gewinn einer Kapitalgesellschaft, zweimal besteuert würde: einmal als auszuschüttender Gewinn bei der jeweiligen Kapitalgesellschaft und als Dividende (also Einkünfte aus Kapitalvermögen) beim Anteilseigner. Aktionär und Gesellschaft seien wirtschaftlich als eine Einheit zu betrachten. Die AG, so die Steuerreformkommission in ihrem Gutachten, sei nur das technisch-organisatorische Mittel, dem Rentabilitätsstreben des Aktionärs Rechnung zu tragen. Der dauerhafte Bestand eines Unternehmens im

15) Wirtschaft und Statistik (WiSta) 1968, S. 584 ff.
16) Vgl. Fachserie L, Finanzen und Steuern, Reihe 6, Einkommen- und Körperschaftsteuer 1968 und 1971.
17) Vgl. etwa DIHT-Bericht (Bericht des Deutschen Industrie- und Handelstages) 1971, S. 60.
18) Ebd. S. 61.
19) Vgl. DIHT-Bericht 1969/70, S. 58.

Verhältnis zu seinen Geldgebern sei für sich allein genommen noch kein Grund besonderer steuerlicher Leistungsfähigkeit[20]). Diese apologetische Rechtfertigung widerspricht jeder Realität: die Aktiengesellschaft und nicht der Aktionär ist nicht nur juristisch, sondern auch wirtschaftlich Eigentümerin an den Produktionsmitteln und verfügt damit über die entscheidende gesellschaftliche Macht[21]).

Über welche Macht die Großunternehmen verfügen, konnte man daran sehen, daß sie ihre Steuerforderungen weitgehend durchsetzen konnten.

Die Haltung von SPD und Gewerkschaften

Mit Beginn der sozialliberalen Koalition 1969 mußte F. J. Strauß, und mit ihm das Gutachten der Steuerreformkommission, zunächst weichen.

Die ersten Reformpakete wurden nämlich von einer hausinternen Steuerreformkommission beim Bundesfinanzminister Möller vorbereitet, die es seit Ende 1969 konträr zur konservativ zusammengesetzten Großen Steuerreformkommission gab. 1972 wurde das Außensteuergesetz verabschiedet, mit dem die Steuerflucht und das Steueroasenproblem eingedämmt werden sollten, 1973 folgte das Gesetz zur Reform des Grundsteuerrechts, durch das die Einheitswerte für Grundvermögen auf 140% der Neufeststellung von 1964 angehoben wurden (zuvor galten noch fortgeschriebene Feststellungen von 1936!). 1974 folgten das Gesetz zur Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer und das Vermögensteuerreformgesetz. In diesen Gesetzen waren entgegen den Forderungen der Unternehmensverbände und der CDU/CSU Steuerlastverschärfungen für die Großvermögensbesitzer enthalten.

Auf ihrem Parteitag vom 11.–14. Mai 1970 in Saarbrücken setzte die SPD eine Kommission ein, die ein quantifiziertes gesellschaftliches Langzeitprogramm und zugleich eine Steuerreform erarbeiten sollte[22]). Dieser Auftrag entspach zwei wesentlichen Aspekten der SPD-Politik zu Beginn der 70er Jahre: Die sozialliberale Koalition sollte eine Ära der gesellschaftlichen Reformen einleiten, dafür war eine lenkende und planende, auf Wachstumsförderung abzielende Finanzpolitik eine entscheidende Voraussetzung. So hatte die Kommission zum einen den zukünftigen Finanzbedarf der angestrebten Reformen (insbesondere Bildungs- und Hochschulreform, soziale Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Umweltschutz, Vermögens- und Einkommensverteilung usw.) zu ermitteln und zum anderen, die sich daraus ergebende Finanzierlungslücke zum Ausgangspunkt für Änderungen des Steuersystems zu nehmen. Steuerreform also unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung von Reformpolitik im allgemeinen, aber auch mit eigenem Reformanspruch, denn die Steuerrechtsänderungen sollten unter folgendem Aspekt stattfinden: Änderung der Steuerlastverteilung zugunsten der einkommensschwächeren Schichten, Verbesserung des Familienlastenausgleichs und Vereinfachung des Steuerrechts.

20) Gutachten . . ., a.a.O., Tz IV/56.
21) Vgl. W. Krüer-Buchholz, a.a.O., S. 319.
22) Vgl. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1970–72, S. 431; diese Kommission wurde nach ihrem Vorsitzenden auch Eppler-Kommission genannt.

Auf dem sogenannten Steuerparteitag der SPD 1971 in Saarbrücken wurden 696 (!) Anträge zur Steuerpolitik und 48 Anträge zur Vermögensbildung behandelt[23]).

Kernpunkte der SPD-Vorschläge, die im übrigen so detailliert waren, daß sie unmittelbar hätten in Gesetzesvorlagen umgearbeitet werden konnten, waren folgende:

– Beseitigung von Steuervergünstigungen, insbesondere der Sonderabschreibungsmöglichkeiten für bestimmte Investitionen (Schiffe, Luftfahrzeuge, Kohle- und Erzbergbau, Umweltschutz wie Abwässer-, Luftverunreinigungs- und Lärmbeseitigung) auf Grundlage der Ermächtigungen des § 51 EStG, der nachkriegsbedingten Steuervergünstigungen für Vertriebene und politisch Verfolgte (§ 7 e und § 10 a Einkommensteuergesetz) sowie der Steuervergünstigungen für Kreditinstitute und für den Steinkohlebergbau

– Entlastung der unteren Einkommensschichten und Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 60%, Begrenzung des Splitting-Vorteils bei Ehegatten

– Vorwegabzug von 20% aller Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung von der Steuerschuld; ebenso Abzug der Sonderausgaben von der Steuerschuld anstatt von der Bemessungsgrundlage

– Ersetzung der Kinderfreibeträge durch ein einheitliches Kindergeld (Reform des Familienlastenausgleichs)

– Anhebung der Vermögen- und Erbschaftsteuerfreibeträge und höhere Besteuerung der großen Vermögen; Streichung der Abzugsfähigkeit der Vermögensteuer bei der Ermittlung der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer

– Beseitigung der Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen und Geschenken

Etwas Zurückhaltung wurde bei einer konsequenten Ablehnung der Körperschaftssteuer (KSt)-Reform geübt. Die Kommission hielt „eine Änderung des derzeitigen Körperschaftsteuersystems nicht für geboten und überdies für schwer durchführbar. Eine Änderung des Systems könnte allenfalls im Zusammenhang mit einer breiteren Vermögensbildung erwogen werden."[24]) In Überschätzung der Lenkungsmöglichkeiten der Steuer- und Fiskalpolitik wurde die Anhebung einiger Verbrauchssteuern (Branntwein-, Tabak-, Mineralölsteuer) gefordert. Damit, so glaubte man, könne man die Bundesbürger erziehen: nicht nur vom Alkohol und den Zigaretten sollten sie lassen, sondern auch vom privaten Pkw in öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

In der Frage der Körperschaftsteuerreform und der Anhebung der Verbrauchsteuern wichen die Gewerkschaften von den SPD-Vorschlägen ab. Zielsetzung für die gewerkschaftlichen Steuerforderungen war die Steuerbela-

23) Vgl. Parteivorstand der SPD (Hrsg.), A.o. Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 28.–20. 11. 1971, 1. Teil: Steuerreform – Massenmedien – § 218 StGB, Protokoll der Verhandlungen, Anlagen, Bonn-Bad Godesberg, insbesondere S. 695–744.

24) Parteivorstand der SPD (Hrsg.), A.o. Parteitag, a.a.O., S. 678/9.

stungsumverteilung zwischen den sozialen Gruppen, ohne Defizite in den öffentlichen Haushalten zu hinterlassen und damit die Steuerreform in Abhängigkeit vom volkswirtschaftlichen Wachstum zu bringen. In den gewerkschaftlichen Vorstellungen gab es daher auch kein Reformdefizit (was bei der SPD vorhanden war, aber durch ein entsprechendes projiziertes Wachstum ausgeglichen würde). Sie lehnten eine KSt-Reform oder den Abbau der ertragsunabhängigen Steuern strikt ab, im Gegenteil, sie verfolgten über den Abbau von Steuervergünstigungen, über die Anhebung der Vermögen- und Erbschaftsteuer sowie der Spitzensteuersätze eine stärkere Steuerbelastung für die Unternehmen und Großverdiener. Eine Anhebung der Verbrauchsteuern, die die Arbeitnehmereinkommen unverhältnismäßig mehr belasten, wurde abgelehnt.

Einig waren sich SPD und Gewerkschaften in ihrer Forderung nach einer Reform der Abzugsregelungen, die nachhaltig die Arbeitnehmereinkommen entlasten und steuersystematisch Strukturen verändern sollte: Kinderfreibeträge sollten auf ein direkt zu zahlendes Kindergeld (unabhängig von der Entstehung und Höhe eines steuerpflichtigen Einkommens) umgestellt werden, ebenso der Abzug von Sonderausgaben – einschließlich der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung – und der Arbeitnehmerfreibetrag auf den direkten Abzug von der zu zahlenden Lohn- oder Einkommensteuerschuld. Der Progressionsaufbau des Tarifs führt nämlich zu einer besonderen Form von Steuerungerechtigkeiten: mit steigendem Einkommen wächst nicht nur die zu zahlende Steuerschuld, sondern auch die Steuerersparnis durch Freibeträge. Das bedeutet, daß z. B. ein Arbeitnehmer, dessen steuerpflichtiges Einkommen mit 22% versteuert würde, durch Anrechnung eines Freibetrages und damit Verminderung der steuerlichen Bemessungsgrundlage eine Steuerersparnis von 22% erhält, ein Spitzenverdiener aber in Höhe von 53%. Da der Spitzenverdiener absolut eine höhere Steuer zu entrichten hat als der Normalverdiener, ist die Steuerersparnis absolut hier natürlich sehr viel höher als beim Normalverdiener.

Die Umstellung auf eine reformierte Abzugsregelung hätte zudem den Effekt gehabt, daß wesentlich einfacher inflationsbedingte Anpassungen vorgenommen werden könnten: man erhöht einfach den Abzugsbetrag, ohne daß der Lohn- bzw. Einkommensteuertarif völlig neu berechnet werden müßte.

Aber eine solche Strukturveränderung im Steuersystem hätte auch das gesamte unternehmerische Begünstigungssystem in Frage gestellt: denn jegliche Form der steuerpolitischen Selbstfinanzierungsbegünstigung bewirkt eine ungleich größere Begünstigung der Großunternehmen. Deshalb forderten und fordern die Gewerkschaften auch die Umstellung der Unternehmensförderung auf direkten Subventionen. Sie ist zudem besser kontrollierbar und kann mit Auflagen versehen werden: und gerade deshalb wurde die Abzugsregelung im weiteren Verlauf der „Großen Steuerreform" von CDU und CSU heftig angegriffen.

Was von der Großen Steuerreform übrig blieb

Die Eckwertbeschlüsse der Bundesregierung zur Steuerreform vom 11. Juni und 28. Oktober 1971[25]) versuchten drei Seiten miteinander in Einklang zu bringen: die Hauptforderungen von SPD und Gewerkschaften hinsichtlich der Arbeitnehmerentlastungen, insbesondere auch die Abzugsregelungen wurden aufgenommen; von Unternehmensseite fand deren Kernforderung eines Anrechnungsverfahrens der Körperschaftsteuer Berücksichtigung und schließlich führte das fiskalische Interesse zu einer Anhebung der Mehrwertsteuer um – bei einer Steuerentlastung für beide Seiten – das dadurch entstandene Defizit von 4 Mrd DM auszugleichen.

Bereits dieses Modell, das Lohnsteuerentlastungen auf der anderen Seite durch Mehrwertsteueranhebungen wieder einschränkt, deutet auf verteilungspolitische Folgen zu Lasten der Arbeitnehmer hin und bedeutet, einer Steuerreform ihre soziale Komponente nehmen.

Im nachfolgenden parlamentarischen Werdegang des Einkommensteuerreformgesetzes bis zu seiner Verabschiedung am 5. August 1974 fielen – durch Koalitionskompromiß vom 23. September 1973, in 22 Sitzungen des Finanzausschusses, durch diverse Anhörungen der Verbände und sachverständiger Staatsrechtslehrer zur Verfassungskonformität – die Abzugsregelungen dem Druck von Rechts zum Opfer.

Im Rahmen des jahrelang von der CDU/CSU geübten Konzepts, die Steuerreform mit sozialer Demagogie, antigewerklichem Verhalten und Bundesrats-Konfrontationskurs zu torpedieren, forderte sie Mitte 1974 ein Sofortprogramm steuerlicher Arbeitnehmerentlastungen durch Verdoppelung des Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrages – und zwar im Hinblick auf die hohen Tarifabschlüsse von 1974: Durch Steuerentlastungen 1974 wäre die „Lohn-Tarifrunde zu Beginn des Jahres wesentlich entschärft worden . . ."[26]). Gleichzeitig lehnte die CDU/CSU den Abzug von der Steuerschuld strikt ab, hingegen forderte sie die Senkung der Vermögensteuer, Anhebung der Sofortabschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter und Beibehaltung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, sowie des uneingeschränkten Abzugs von Bewirtungsspesen und Geschenken.

Als der Finanzausschuß mehrheitlich diesen Antrag der CDU/CSU ablehnte, kündigte sie an, daß sie ihre Mehrheit im Bundesrat einsetzen würde, um die Regierungsentwürfe zu blockieren: Zum 1. Januar 1975 sollte – termingerecht zu einer Reihe wichtiger Landtagswahlen und der Bundestagswahl 1976 – die Einkommensteuerreform in Kraft treten. 1974 war bereits bei einigen Landtagswahlen die CDU/CSU erfolgreich gewesen und der Beginn der Krise, die sich mit wachsenden Arbeitslosenzahlen anzeigte, forderte die SPD/FDP-Regierung. Der Termin wurde wichtiger als der Inhalt: Dem Oppositionsbegeh-

25) Vgl. „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", 95/1971, S. 994 ff., und 177/1971, S. 1897 ff.
26) Vgl. Bundestagsdrucksache 7/2180, S. 12.

ren wurde nachgegeben und der Abzug von der Steuerschuld wurde zugunsten der alten Abzugsregelungen von der Bemessungsgrundlage aufgegeben[27]). Das Kindergeld wurde nur dadurch gerettet, daß es der Zuständigkeit der Finanzämter entzogen (obwohl die Finanzämter ohnehin den Tatbestand Kind über die Steuerklassen erfassen) und der Bundesanstalt für Arbeit zugewiesen wurde, die die Auszahlung über die Arbeitsämter vornehmen ließ. Dadurch wurde das Kindergeldgesetz der Zustimmungspflichtigkeit des Bundesrates (Finanzamtsangelegenheiten sind Ländersache) entzogen und konnte mit Bundestagsmehrheit beschlossen werden.

Von dem „Jahrhundertwerk" einer Großen Steuerreform blieben für die am 1. Januar 1975 in Kraft getretene und für die Arbeitnehmer so wichtige Einkommensteuerreform schließlich übrig:

– Ersatz der zu ungerechten Steuervorteilen führenden Kinderfreibeträge durch ein einheitliches, gestaffeltes Kindergeld (aber nicht dynamisiert, wie es die Gewerkschaften gefordert hatten).

– Ein neues Lohnsteuerverfahren durch Einrechnung einer Vorsorgepauschale, das hinsichtlich der Sozialversicherungsbeiträge Anträge im Lohnsteuerermäßigungsverfahren überflüssig machen sollte. Dieses Verfahren entlastet vor allem Finanzämter und Arbeitgeber; übersteigen die individuell gezahlten Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer die Vorsorgepauschale, so kann dies erst im Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden. Der von den Gewerkschaften geforderte Bonus für die Zinsverluste im Lohnsteuerjahresausgleichsverfahren wurde ebenfalls nicht berücksichtigt. Durch die Vorsorgepauschale ist für den einzelnen Arbeitnehmer der Lohnsteuerjahresausgleich ohnehin nicht einfacher, sondern komplizierter geworden.

– Neu eingeführt wurden Sparerfreibetrag, Ausbildungsfreibetrag, Altersentlastungsbetrag, Pensionsfreibetrag, Freibetrag für Bewohner in Altenheimen; angehoben wurden diverse Höchst- und Pauschbeträge.

Weder bei Sonderausgaben noch beim Arbeitnehmerfreibetrag wurde der Abzug von der Steuerschuld, also die wichtigste strukturverändernde Maßnahme, eingeführt. Dadurch verteuerte sich das gesamte Reformpaket und brachte ein geschätzes Haushaltsdefizit von 13 Mrd. DM. Die Anhebung des Spitzensteuersatzes um formell 3 %-Punkte (in Wirklichkeit aber nur um 1,24 %-Punkte, denn die vorher bestehende Ergänzungsabgabe fiel weg) wurde begleitet von einer Anhebung des Eingangssteuersatzes von 19% auf 22% und einem starken Progressionssprung von 22% auf 30,8% bei Einkommen ab 16 000 DM (Ledige) und 32 000 DM (Verheiratete). Es war bereits 1975 abzusehen, wann ein großer Teil der Arbeitnehmer erneut in die Progessionszone hereinwachsen würde.

Das Ziel einer gerechteren Umverteilung der Steuerlasten wurde nicht erreicht, die Ungerechtigkeiten nicht gemildert: ein verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder (Ehegatte nicht berufstätig) erhielt bei einem Jahresbruttolohn von 12 000 DM ganze 548 DM Steuerentlastung jährlich; der vergleich-

bare Großverdiener mit einem Einkommen von 100 000 DM immerhin das dreifache, nämlich 1678 DM[27]).

Es fand nicht nur keine Umverteilung zu Lasten der Unternehmensseite statt, sondern die ab 1. Januar 1977 in Kraft getretene Körperschaftsteuerreform brachte im Gegenteil, das geforderte Anrechnungsverfahren. So bringt die Körperschaftsteuerreform einem Aktionär, der persönlich dem Spitzensteuersatz von 56% unterworfen ist, durch das Anrechnungsverfahren und der damit verbundenen Steuergutschrift ein Mehr an Nettodividende von 10,80 DM je 100-DM-Aktie auf Kosten des Fiskus. Bei einer Beteiligung von 10 Mio DM bedeutet diese „Reform" eine absolute zusätzliche Rendite von rund 100 000 DM, ohne daß die ausschüttende Aktiengesellschaft dieses Geld aufzubringen hätte[28]).

Die Gewinnermittlungsvorschriften blieben im wesentlichen unverändert und Steuervergünstigungen wurden kaum abgebaut. Insgesamt fielen 11 Steuervergünstigungen der Steuerreform zum Opfer, u. a. wurde die Steuerbegünstigung für Vollblutzuchtbetriebe aufgehoben. Die entscheidenden unternehmensbegünstigenden Steuerregelungen wie die Sonderabschreibungsmöglichkeiten bzw. Bewertungsfreiheiten auf Grundlage der Ermächtigungen des § 51 EStG und vor allem die Steuerfreiheiten des berüchtigten § 6 b EStG (Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne bestimmter Anlagegüter und Beteiligungen) blieben in vollem Umfange erhalten.

In den Jahren nach 1975 gingen die Rechtskräfte, begünstigt durch die Krise, erneut auf steuerpolitischen Rückverteilungskurs:

1977 wurden im Steueränderungsgesetz[29]) die 1974 durch das Zweite Steuerreformgesetz angehobenen Vermögensteuersätze wieder gesenkt und damit einer weiteren Hauptforderung der Unternehmensverbände und der CDU/CSU Rechnung getragen. Zwar erhielten die Arbeitnehmer einige Entlastungen durch Anpassung von Höchstbeträgen und Anhebung von Vorsorgepauschale und Kindergeld, zugleich wurde als Kompensation die MWSt-Erhöhung von 11% auf 12% für den 1. Januar 1978 beschlossen. Die unsoziale Kehrtwendung in den Steuerrechtsänderungen wurde von einigen Abgeordneten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion – den „Steuerrebellen" – angeprangert. Das Steueränderungsgesetz passierte mit einer knappen Mehrheit den Bundestag.

Im November 1977 folgte das Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung[30]), mit dem erneut Lohnsteuerentlastungen zu einer konjunkturell dringend notwendigen Kaufkraftverbesserung führen sollten. Die Erhöhung des Grundfreibetrages stand dabei im Vordergrund, als letzter Versuch, um unsoziale Steuerersparnisse abzumildern, indem alle Steuerpflichtigen eine

27) Vgl. „Bulletin", 90/1974, S. 932 ff., Übersicht 4.
28) Vgl. Fianzbericht 1977, S. 49; zwar hat der Kleinaktionär mit einem persönlichen Steuersatz von 0% nach dem Modell den höchsten Zuwachs an Nettodividende, nämlich 24,50 DM je 100 DM Bruttodividende, aber wohl kaum Aktienpakete.
29) BGBl I, S. 1586, v. 16. 8. 1977.
30) BGBl I, S. 1965, v. 4. 11. 1977.

gleichmäßige Steuerentlastung erhalten. Dieser Vorschlag wurde im Regierungsentwurf nur von den Gewerkschaften unterstützt. Die Arbeitgeberverbände und die CDU/CSU lehnten ihn ab und wollten einen 10%igen Konjunkturabschlag auf die Steuerschuld im Sinne des Stabilitätsgesetzes. Er hätte die höchsten Einkommen mit rund 55 000 DM jährlich entlastet, wie der DGB feststellte[31]).

Die FDP, namentlich ihre Steuerexpertin Liselotte Funcke, schmiedete den Kompromiß: Erhöhung des Grundfreibetrags um 300/600 DM (Ledige/Verheiratete), was zu einer linearen Entlastung von 66/132 DM jährlich (!) führte und Einführung eines sogenannten Tariffreibetrags in Höhe von 510/1020 DM, der, da er wieder von der Bemessungsgrundlage abgezogen wurde, zu progressiv steigenden Steuerersparnissen führte.

Die seit der Krise offensiv betriebene Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmen nach deren Motto: die Gewinne sind zu niedrig, deshalb unterbleiben die notwendigen Investitionen, wurde durch dieses Steuergesetz weitreichend unterstützt, indem der steuerlich zulässige Satz für die degressive Abschreibung von 20% auf 25% erhöht wurde. Damit wurden die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten erheblich verstärkt, obwohl für 1976 die Deutsche Bundesbank in einer Untersuchung ermittelte, daß durch Gewinne und Abschreibungserlöse rund 90% der gesamten Bruttoinvestitionen hätten finanziert werden können und sich als neues Element eine verstärkte Ansammlung liquider Mittel in Rentenwerten zeigte[32]).

Neuerliches Steuerkarussell

Am 30. November 1978 wurden „Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage und zur Verbesserung des Wirtschaftswachstums" beschlossen. Für 1980 und 1981 wurden weitere Forderungen der Unternehmensverbände nach Senkung bzw. Abschaffung der ertragsunabhängigen Steuern berücksichtigt: Gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Stadtkämmerer in den „roten" Ruhrgebietsstädten wurde die Lohnsummensteuer abgeschafft, die ausschließlich in die Kassen der Gemeinden floß; weiterhin wurden die Freibeträge bei der Gewerbeertrag- und Gewerbekapitalsteuer erheblich angehoben bzw. verdoppelt und künftig kann bei der Berechnung der Gewerbekapitalsteuer ein zusätzlicher Freibetrag für Dauerschulden angesetzt werden. Für die Arbeitnehmer wurden erneute Inflationsanpassungen durch Anhebung des Kindergeldes und Entlastungen im Tarif ab 1979 wirksam, indem der Tarifsprung beim Eintritt in die Progressionszone abgeglättet wurde. Diese Entlastung war aber nur von kurzer Dauer, denn zum 1. Juli 1979 wurde die MWSt um 1 %-Punkt angehoben. Besonders bedenklich war jedoch in diesem Maßnahmekatalog die Einführung eines Höchstbetrags zur Absetzung von Kinderbetreuungskosten, der zu sozial ungerecht verteilten Steuerersparnissen führt. So profitiert ein Arbeitnehmer mit zwei Kindern und einem Jahresbruttolohn von 80 000 DM bereits jetzt von dem Kinderbetreuungsbetrag mit

31) Vgl. „Die Quelle", 11/1977, S. 440.
32) Vgl. HB v. 20./21. 5. 1977.

einer jährlichen Steuerersparnis von 1030 DM, dagegen der Normalverdiener mit einem Einkommen in Höhe von 28 000 DM nur mit 528 DM. Der Kinderbetreuungsbetrag war in der Tat ein Kompromiß gegen die vehemente Forderung der CDU/CSU nach Wiedereinführung des Kinderfreibetrages, womit die letzte Errungenschaft der Steuerreform endgültig zu Fall gebracht wäre. Denn der sozialpolitischen Notwendigkeit, die Kinderbetreuungskosten bei berufstätigen Eltern steuerlich zu berücksichtigen, hätte ebenfalls über eine Anhebung des Kindergeldes Rechnung getragen werden können.

Am 26. September 1979 tagte die Strategiekommission der CDU/CSU zur Steuerpolitik. Sie beschloß, die Anträge Bayerns unter seinem Ministerpräsidenten F. J. Strauß und Baden-Württembergs im Bundesrat zu unterstützen, für 1980 Steuersenkungen in einer Größenordnung von 6,5 Mrd. DM und für 1981 in Höhe von rund 8 Mrd. DM durchzusetzen[33]). Bei genauerem Hinsehen entpuppte sich jedoch der soziale Inhalt dieser Forderungen als unverändert demagogisch und arbeitnehmerfeindlich: Eine Senkung des Eingangssteuersatzes von 22% auf 21% sollte ausdrücklich im Hinblick auf die kommende Tarifrunde vorgenommen werden und die vorgesehene Abschwächung der Progression sollte die mittleren und höheren Einkommen begünstigen. Für 1981 sah die Strategiekommission als „Empfehlung" die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge vor[34]).

Das Lohnsteuerwachstum wird 1980 einen neuen Rekord feiern, trotz aller Steuerentlastungsmaßnahmen der letzten Jahren. Von ihren tatsächlichen Auswirkungen her sind sie nur Flickwerk gewesen. Nicht einmal eine wirksame Inflationsanpassung wurde sichergestellt. Blieben einem Arbeitnehmer 1965 durchschnittlich von einer zusätzlich verdienten Mark 57,89 Pfennig netto übrig, so 1979 noch 40,19 Pfennig und 1983 voraussichtlich noch 33,03 Pfennig[35]).

Die Steuereinnahmen aus dem Unternehmenssektor fallen demgegenüber immer mehr zurück. Maßgeblich für diese indirekten Verteilungswirkungen sind viele der eingangs beschriebenen steuerpolitischen Maßnahmen, die unter dem Finanzminister F. J. Strauß durchgesetzt wurden und die – zumindest stark beeinflußt von ihm – während der Oppositionszeit durch systematische Blockierung von Reformentwürfen verhindert wurden. Ein anderes Problem ist, wieso so fortschrittliche und breit verankerte Steuerreformvorstellungen, wie sie 1971 auf dem SPD-Parteitag verabschiedet und von den Gewerkschaften durch mehrere Kongreßbeschlüsse getragen wurden, innerhalb von wenigen Jahren geradezu in ihr Gegenteil verkehrt werden konnten. Dies ist eine Frage, die sich die demokratischen Kräfte stellen müssen.

F. J. Strauß aber hat nicht umsonst nach seiner Zeit als Verteidigungsminister den Posten des Finanzministers im Bundeskabinett eingenommen. Er weiß sehr genau um die Zusammenhänge von Finanzen und Hegemonialpolitik:

33) Vgl. „Die Welt" v. 27. 9. 1979.
34) Vgl. ebd.
35) Vgl. HB v. 28. 8. 1979.

„Die Finanzverfassung bestimmt . . . den finanziellen Bewegungspielraum der Gebietskörperschaften und sichert die rechtlichen und materiellen Grundlagen für die Tätigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Von der finanziellen Ordnung her beeinflußt sie Richtung und Möglichkeiten des politischen Handelns."[36])

Ein Kanzler Strauß würde in Sachen Steuerpolitik, das haben die vergangenen 10 Jahre gezeigt, gegenüber den Arbeitnehmern eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik betreiben: minimale Steuerentlastungen verdecken die tatsächlichen monopolistischen Umverteilungen.

36) F. J. Strauß, Die Finanzverfassung, München - Wien 1969, S. 12.

Das Konzept des F. J. Strauß

Aus Reden und Schriften des Kanzlerkandidaten

Kanzlerkandidat Strauß – ein Wolf, der Kreide gefressen hat, um die Schafe zu täuschen? Oder ein zu Unrecht verteufelter „seriöser" Politiker? Strauß selbst hat für die nötige Klarheit gesorgt: „Wenn ich zur Macht wollte . . ., dann würde ich versuchen, mich einschmeichelnder Redensarten zu bedienen, dann würde ich versuchen, die Öffentlichkeit durch gefällige Worte für mich zu gewinnen." (Strauß am 17. März 1975 im ARD-Fernsehen). Der Versuch läuft. Wir halten es deshalb für angebracht, den „Blätter"-Lesern eine möglichst umfassende und aktuelle Sammlung von Kernsprüchen, Leitsätzen und Schutzbehauptungen eines Politikers zur Verfügung zu stellen, der wie kein anderer die deutsche Rechte repräsentiert und seit langem als Sicherheitsrisiko gilt. Wir veröffentlichen nachstehend den ersten und in Heft 4/1980 den zweiten Teil der Sammlung, die im April in erweiterter Fassung auch als Taschenbuch, herausgegeben und illustriert von Ernst Volland, im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen wird. Titel: „Originalton Strauß. Sprüche eines Nichtwählbaren". D. Red.

Zum Geleit: Andere über Strauß

Wir feiern die Stärke Deiner Persönlichkeit, ihre Unwiederholbarkeit, Einmaligkeit, Besonderheit – einen Mann, auf den die Politiker der Welt schauen, wenn sie auf die CSU schauen; denn alles wird bestimmt von Dir in der CSU, die Du bist, Du bist ein Urtalent der Politik, ein Herkules der Geschichte.

Franz Heubl (CSU) zum 60. Geburtstag des Franz Josef Strauß.
Zit. nach: Klaus Wamecke, F. J. Strauß im Zwielicht der Geschichte, München 1978, S. 33.

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1979

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Das Jahr 1979 gehört – gemessen am Wirtschaftswachstum – zu den besten Jahren des abgelaufenen Jahrzehnts. Mit einer „Wachstumsrate" von 4,4 % stellt es ein konjunkturelles Spitzenjahr dar.

Tabelle 1

Bruttosozialprodukt (BSP) 1979

	In Mrd. DM		*In % gegenüber dem Vorjahr*	
	Real[1])	*Nominal*	*Real[1])*	*Nominal*
BSP	*877,5*	*1393,8*	*+ 4,4*	*+ 8,3*
Privater Verbrauch	*483,8*	*758,3*	*+ 2,8*	*+ 7,1*
Öffentlicher Verbrauch	*151,8*	*276,6*	*+ 3,1*	*+ 7,7*
Anlageinvestitionen	*207,3*	*318,6*	*+ 8,3*	*+ 15,2*
Export	*259,3*	*385,0*	*+ 5,7*	*+ 10,5*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 1/1980, S. 11 ff.

Im Gegensatz zu 1978 hat die Expansion des warenproduzierenden Gewerbes, vor allem der verarbeitenden Industrie, den wichtigsten Beitrag zum Wirtschaftswachstum geleistet. Die noch in der ersten Hälfte von 1978 wirksame Stagnationstendenz der Industrieproduktion wurde überwunden.

Auf der Nachfrageseite haben 1979 insbesondere die Investitionstätigkeit und der Export die Konjunktur getragen. Dagegen hat sich die Entwicklung des privaten Verbrauchs, die zusammen mit der öffentlichen Nachfrage 1978 den Aufschwung ausgelöst hatte, stark verlangsamt. Auch die Staatsnachfrage wirkte nicht weiter expansiv.

So ist es erstmals seit 1969/70 wieder zu einem investitionsgetragenen Aufschwung gekommen, allerdings ohne einen vergleichbaren Boom der Erweiterungsinvestionen. Nach wie vor bestimmt das Rationalisierungs- und Ersatzmotiv zu mehr als 75 % die industrielle Investitionstätigkeit.

Tabelle 2

Produktion im verarbeitenden Gewerbe

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
	1979	*1978*
Grundstoffe und Produktionsgüter	*+ 3,6*	*+ 7,5*
Investitionsgüter	*+ 0,1*	*+ 4,4*
Verbrauchsgüter	*+ 0,2*	*+ 4,4*
Insgesamt	*+ 1,5*	*+ 5,2*

Quelle: „DIW-Wochenbericht", 8/1980, S. 86.

Der konjunkturelle Aufschwung der Jahre 1978/79 ist an der Lohnentwicklung fast ohne positive Auswirkungen vorbeigegangen. Hatte 1978 die infolge von Sonderfaktoren – insbesondere die Aufwertung der DM verbilligte die Importe – günstige Preisentwicklung in Verbindung mit Entlastungsmaßnahmen bei der Lohnsteuer zu einer vergleichsweise kräftigen Erhöhung der Reallöhne geführt, so ist 1979 nur noch eine leichte Verbesserung eingetreten.

Tabelle 3

Löhne und Gehälter

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
	1977	*1978*	*1979*
Tariflohn und -gehaltsniveau[1])	*+ 6,9*	*+ 5,6*	*+ 4,7*
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	*+ 6,9*	*+ 5,2*	*+ 5,5*
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	*+ 5,7*	*+ 6,2*	*+ 5,7*
Reallöhne und -gehälter[2])	*+ 1,8*	*+ 3,6*	*+ 1,3*
Arbeitsproduktivität[3])	*+ 2,9*	*+ 2,5*	*+ 3,1*

1) Auf Monatsbasis.
2) Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten, bereinigt um den Anstieg der Lebenshaltungskosten auf Basis 1970.
3) Je Erwerbstätigen in der Gesamtwirtschaft.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 1/1980, S. 69*; „DIW-Wochenbericht", 4-5/1980, S. 36; eigene Berechnungen.

Gleichzeitig hat sich aber die Expansion der Unternehmergewinne kaum vermindert fortgesetzt, so daß die „Lohnquote", d. h. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, weiter zurückgegangen ist. Sie hat inzwischen den Stand von 1973 unterschritten.

Tabelle 4

Einkommensverteilung 1979

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	*762,6*	*+ 7,2*
Nettolohn – und gehaltssumme	*442,4*	*+ 7,6*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen[1])	*329,6*	*+ 9,4*
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	*260,7*	*+ 11,1*

1) Ohne Staat.
Quelle: „DIW-Wochenbericht",4–5/1980, S. 36.

Die Preisentwicklung hat sich so stark beschleunigt, daß im zweiten Halbjahr 1979 die Löhne und Gehälter real nicht mehr über dem vergleichbaren Vorjahresstand gelegen haben dürften.

Eine Analyse der Preisentwicklung wird erschwert durch die Umstellung des Preisindex der Lebenshaltung durch das statistische Bundesamt. Bisher hatte die Verbrauchstruktur des Jahres 1970 zugrunde gelegen, nun ist das Jahr 1976 „umbasiert" worden. Die Preissteigerungsrate wurde dadurch optisch gesenkt, ein Ergebnis, das auf die Wahl des Indexjahres zurückzuführen ist.

Tabelle 5

Preise

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
	1977	*1978*	*1979*
Lebenshaltung[1]) (1970)	*+ 3,9*	*+ 2,6*	*+ 4,4*
Lebenshaltung[1]) (1976)	*+ 3,7*	*+ 2,7*	*+ 4,1*
Industrielle Erzeugerpreise	*+ 2,6*	*+ 1,2*	*+ 5,0*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	*– 4,5*	*– 5,4*	*+ 2,1*
Einfuhrpreise	*+ 1,6*	*– 5,2*	*+ 12,9*

1) Alle Haushalte.
Quelle: „Wirtschaft und Statistik", lfd.

Zum Jahreswechsel 1979/80 lag die „Inflationsrate" bei etwa 5,5 %.

Die Beschäftigungssituation hat sich 1979 erstmals seit der Krise 1974/75 deutlich verbessert. Dies hat sich auch auf dem Arbeitsmarkt positiv ausgewirkt, wenn auch in wesentlich geringerem Umfang. Trotzdem ist die tatsächliche Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Krisentiefpunkt im Jahre 1975 nur um etwa 10 % zurückgegangen, von 1,55 auf 1,4 Mio. (ohne Berücksichtigung der Ausländerwanderungen). Bemerkenswert ist die Tatsache, daß 1979 erstmals seit 1973 die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen wieder leicht angestiegen ist: Zur Zeit kommen mehr ausländische Jugendliche ins Erwerbsalter als Ausländer abwandern.

Tabelle 6

Beschäftigung und Arbeitsmarkt[1])

	1977	*1978*	*1979*
Erwerbstätige	*25 044*	*25 209*	*25 532*
darunter:			
Abhängig Beschäftigte	*21 314*	*21 584*	*21 961*
Selbstständige[2])	*3 707*	*3 625*	*3 571*
Registrierte Arbeitslose	*1 030*	*993*	*876*
„Stille Reserve"	*609*	*564*	*529*
Abgewanderte Arbeiter[3])	*365*	*382*	*360*

1) In 1000 Personen.
2) Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
3) Verminderung des ausländischen Erwerbspersonenpotentials seit 1973.
Quellen: „DIW-Wochenbericht", 4–5/1979 und 4–5/1980; „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 4/1979, S. 510.

Die vor dem Hintergrund der gedämpften Wirtschaftslage der 70er Jahre immerhin relativ positive wirtschaftliche Bilanz des Jahres 1979 bezieht sich auf ein konjunkturelles Spitzenjahr. Zwar ist die Wirtschaftslage aktuell noch günstig, aber alle Daten zeigen an, daß der konjunkturelle Höhepunkt schon in der zweiten Jahreshälfte von 1979 erreicht und überschritten wurde. Ursache ist die Abschwächung des privaten Verbrauchs, schon seit März 1979 ist der Auslastungsgrad der Kapazitäten in den Konsumgüterindustrien leicht rückläufig. Die Industrieproduktion nimmt – saisonbereinigt – seit der Jahresmitte 1979 nicht mehr zu, die industriellen Auftragseingänge sind real sogar leicht rückläufig. So sind auch die Wirtschaftsprognosen für 1980 gedämpft: allgemein wird nur noch mit einem Wirtschaftswachstum um 1,5 bis 2,5 % gerechnet. Obwohl die Erwartungen in der letzten Zeit eher noch pessimistischer geworden sind, ist bisher eine regelrechte Wirtschaftskrise mit Produktionsrückgängen wie 1974/75 noch nicht in Sicht. Trotzdem wird ein erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg (IAB) rechnet selbst bei einem Wachstum um 2,5 % mit einem Anstieg der tatsächlichen Arbeitslosenzahlen um etwa 100 000.

Jörg Goldberg

Medienkritik

„. . . DANN WEHR ICH MICH"

Martin hat ein Feuerzeug, er zeigt es seinem Freund: „Das ist ein Sturmfeuerzeug, das geht nie aus". Beide stehen, nachts, auf einer Brücke, unter ihnen der Verkehr. Sie reden, wie immer, vom *Abhauen*, von *denen*: „Stell dir vor, *die* sind hinter dir her, und du haust einfach ab, immer wieder, mit ner guten Maschine". Martin und seine Freunde stehlen oder rauben, was sie zum Essen und sonst brauchen, immer wieder werden sie erwischt. Der Richter bescheinigt ihnen eine „erhebliche kriminelle Energie" und „schädliche Neigungen". Sie werden in Heime gebracht, solche und solche, laufen immer wieder davon. Letzte Station ist das Gefängnis, „und wennst da mal drin bist, kannst nit abhaun", sagt der Freund, und Martin erwidert: „Abhaun kann man immer". Und tatsächlich, später, im Gefängnis, als er den Freund wieder trifft, schenkt er ihm das Feuerzeug und haut zum letzten Mal ab: erhängt findet man ihn in seiner Zelle.

Dies ist die Handlungsstruktur des Films „Die letzten Tage der Kindheit" von Norbert Kückelmann. In ihr werden, hinter dem fühlbaren Bemühen um Authentizität des Milieus und der Charaktere, einige interpretierende Symbolakzente bemerkbar; eine zweite, ästhetische Ebene ergänzt den Realismus. Kückelmanns Film unterscheidet sich dadurch von vielen Filmen, die in der letzten Zeit mit ähnlicher Handlungsstruktur das Thema der von der Gesellschaft im Stich gelassenen und kriminell gewordenen Jugendlichen aufgreifen. Neben vielen Fernsehspielen (z. B. „Die große Flatter") und Dokumentationen ist Uwe Frießners Film „Das Ende des Regenbogens" bekannt geworden, der einen authentischen Fall aufgreift. Sein Held Jimmi bringt sich zwar am Ende nicht um, aber in einem Schlußtitel wird auf den Selbstmord des Vorbilds Andy, dessen Gedenken der Film gewidmet ist, hingewiesen: „Er wollte wenigstens Herr seines Todes sein".

Fahrig, stumm und unverschämt geht Jimmi durch die Umwelt, die ihn so zugerichtet hat, und obwohl Regie und Kamera ihm dabei auf Schritt und Tritt folgen, keine Minute seine Perspektive verlassen, bleibt diese Figur fremder als der aus mehr Distanz gezeigte Martin. Jimmis wechselnde Bezugspersonen werden mit seinem abschätzigen Blick gesehen, erscheinen so allesamt, trotz guten Willens, verständnislos oder trottelhaft. Jimmi hat so endgültig mit seiner Umgebung gebrochen, daß von ihm weder Anknüpfungsversuche noch Selbstaussagen zu erwarten sind, und die bedingungslos sich auf seine Perspektive einlassende Regie macht ihn zum abstrakten Kriterium, an dem sich die anderen zu bewähren haben, sabotiert damit tendenziell das realistische Grundmuster und kann im Zuschauer neben Betroffenheit eigentlich nur noch Ratlosigkeit auslösen.

Martin (in Kückelmanns Film) begegnet Menschen, die ihm gewachsen sind, die nicht, im Kontrast zu einem fast unerschütterlichen Selbstbewußtsein, von dem die Kinofigur Jimmi geprägt ist, nur lächerlich sind. An ihnen wird vielmehr sehr präzise gezeigt, wie sehr ihr Scheitern nicht individuell, sondern durch die Verhältnisse begründet ist. Und – Martin kommt, in eigener Sache, zu Wort: „Ich habe Angst, davor, daß man mich einsperrt, unterdrückt, (. . .) daß *die* mich, ich weiß nicht wie ich es sagen soll, einklemmen, festhalten, weil *sie* eben glauben, daß ich gemeingefährlich oder sonstwas bin. Und dann wehr ich mich."

Die Unterschiede zwischen den beiden Filmen scheinen einen Fortschritt zu kennzeichnen: nach der Betroffenheit und Wut über Zustände der Heimerziehung, nach der Faszination durch die jugendlichen Außenseiter, in der sich nicht selten eigene Sehnsüchte der Autoren spiegelten, liegt in „Die letzten Tage der Kindheit" eine fundierte und emotional engagierte Parteinahme vor.

„Ich weiß nur, daß ich im Augenblick nicht bin wie *die* mich haben wollen" erzählt Martin dem Mädchen, das ihn mit in ihre Frauen-Wohngemeinschaft genommen hat, bevor ihn die Polizei brutal wegholt. Die, die hier angeklagt werden, von denen sich die Jugendlichen unterdrückt fühlen, scheinen noch immer nicht aus der Ruhe gebracht, auch nur zu einer Stellungnahme genötigt zu werden durch die lange Reihe der Statistiken, Dokumentationen und durch eine schon fast zum eigenen Genre gewordenen Tradition von kritischen Filmen, jeder eine Anklageschrift: ihre öffentlich geförderte *Wirkungslosigkeit* ist der Preis für die *Freiheit*, sie drehen und zeigen zu dürfen.

Gemeinsame Erklärung anläßlich der 35. deutsch-französischen Konsultationen am 4. und 5. Februar 1980 in Paris

(Wortlaut)

Der Präsident der Französischen Republik und der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland haben die internationale Lage im Lichte der Ereignisse in Afghanistan einer eingehenden Prüfung unterzogen.

Sie sind zu den folgenden Schlußfolgerungen gelangt, die die Politik ihrer beiden Länder unter den derzeitigen Umständen definieren:

1. Sie sind der Aufassung, daß die sowjetische Militärintervention in Afghanistan unannehmbar ist und ernste Gefahren für die Stabilität in der Region und für den Frieden schafft. Sie halten es für unerläßlich, diese unverzüglich zu beenden, wie es die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit großer Mehrheit gefordert hat. Dies ist das einzige Mittel, eine den Rechten des afghanischen Volkes und den Erfordernissen des internationalen Friedens entsprechende Lage wiederherzustellen.

2. Sie sind der Auffassung, daß die derzeitige Krise dazu angetan ist, einen Prozeß auszulösen, der nach und nach, selbst wenn das nicht beabsichtigt ist, schwerwiegendste Folgen haben würde. Es ist ihnen ein Anliegen, unter diesen Umständen die Treue ihrer beiden Länder zum Atlantischen Bündnis und ihre Entschlossenheit, dessen Verpflichtungen einzuhalten, zu bekräftigen.

3. Sie stellen fest, daß durch die Ereignisse in Afghanistan die Entspannung schwieriger und unsicherer geworden ist und daß deshalb der Rückzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan erforderlich ist. Sie erklären, daß die Entspannung einem neuen Schlag gleicher Art nicht standhalten würde. In diesem Falle würden Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zusammen mit ihren Bündnispartnern die Maßnahmen ergreifen, die unter diesen Umständen erforderlich sind, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und die internationale Stabilität zu verteidigen.

4. Sie verstehen die von den Ländern, die sich wirklich zur Blockfreiheit bekennen, geäußerten Sorgen und bekräftigen, daß diese Länder eine wichtige eigenständige Rolle für Frieden und Stabilität in der Welt zu spielen haben. Deshalb sind sie überzeugt von der Notwendigkeit, zu vermeiden, daß sich der Ost-West-Gegensatz auf die Dritte Welt ausweitet.

5. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, deren Bürger die Schrecknisse der beiden Weltkriege auf ihrem eigenen Boden erlebt haben, haben sich dreißig Jahre lang für die Schaffung einer stabileren und friedlicheren Welt eingesetzt. Dabei waren ihre gegenseitige Aussöhnung, ihre gemeinsame Mitwirkung zum Aufbau Europas, ihr paralleles Wirken für die Entspannung Etappen auf diesem Wege.

Sie sind der Auffassung, daß die europäischen Mächte unter den derzeitigen Umständen besondere Verantwortlichkeiten zu übernehmen haben, wobei sie sich, zusammen mit ihren Bündnispartnern, versichern, daß das grundlegende Gleichgewicht, das die Sicherheit ihrer Länder und die Sicherheit Europas bedingt, gewährleistet wird.

6. Ihre Bemühungen zur Überwindung der Krise haben nur dann einen Sinn, wenn die Sowjetunion ihren Willen bekundet, darauf einzugehen.

Sie haben die Erklärungen zur Kenntnis genommen, wonach die Sowjetunion die Absicht hat, ihre Streitkräfte aus Afghanistan zurückzuziehen. Es ist erforderlich, daß diese Erklärungen sich in Tatsachen niederschlagen. Das ist notwendig für den Erfolg der Erörterungen, von denen die Sicherheit und die Zukunft des Friedens abhängen.

Vorschlag Edward Giereks vom 11. Februar 1980 für eine gesamteuropäische Abrüstungskonferenz in Warschau

(Auszug aus dem Referat des Politbüros an den VIII. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei)

. . . Eine der wichtigsten und seit Gründung unseres Volksstaates unveränderten Richtungen unseres Wirkens auf internationalem Gebiet war das Bestreben, einen möglichst großen Beitrag zur Schaffung friedlicher Verhältnisse in Europa und in der Welt zu leisten. Wir haben konsequent für die Entspannung gekämpft, die wir als Prozeß des aktiven und schöpferischen politischen Dialogs sowie der Entwicklung einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung für die höchsten Interessen des Friedens und der Sicherheit verstehen. Quelle dieses Prozesses waren die weitreichenden Ideen des Friedensprogramms der KPdSU, das untrennbar mit dem Namen des Genossen Leonid Iljitsch Breschnew verbunden ist. Unser Land war einer der Initiatoren des Entspannungsprozesses, und es legt nach wie vor eine große Aktivität zu dessen Vertiefung und Festigung an den Tag.

Unser Land gehört zu den Staaten, die mit allem Ernst und mit gutem Willen die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki verwirklichen und die Position der strikten Einhaltung ihrer exakt formulierten Prinzipien und Empfehlungen vertreten.

Wir haben eine gegenseitig vorteilhafte ökonomische Zusammenarbeit mit allen Staaten entwikkelt, die ihre Unterschriften unter die Schlußakte setzten, und damit zum Aufbau der materiellen Grundlagen für die Entspannung beigetragen. Wir sind niemals selektiv an einzelne Abschnitte der Schlußakte herangegangen.

In dem Jahre währenden gesamteuropäischen Dialog hat Polen stets eine konstruktive Haltung eingenommen, unverzichtbare und wichtige, zur Lösung herangereifte Fragen aufgeworfen und ist seinen Partnern mit sachlichen Vorschlägen und Argumenten entgegegekommen.

Besondere Bedeutung für die Vertiefung des Prozesses der politischen Entspannung hätte ihre Ergänzung durch die militärische Entspannung. Voller Hoffnung haben wir die Unterzeichnung des zweiten sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen im vergangenen Jahr begrüßt. Deshalb sind wir heute über die Entscheidung beunruhigt, den Ratifizierungsprozeß dieses Vertrages, auf den die Welt wartet, durch den Kongreß der USA zu verzögern. Uns beunruhigt die Entscheidung der NATO über die Aufnahme der Produktion neuer Arten von Nuklearraketen und deren Stationierung in Westeuropa. Das bedroht die Sicherheit auf unserem Kontinent und ist de facto auf den Beginn einer neuen, besonders gefährlichen Etappe des Wettrüstens gerichtet. Besondere Beunruhigung müssen auch die Aktivität der Bundesrepublik Deutschland und das Streben hervorrufen, neue Waffen auf ihrem Territorium zu stationieren.

Der NATO-Beschluß führte zur Aktivierung der Tätigkeit der Anhänger des „kalten Krieges" und der Politik der Stärke, zu einer gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder gerichteten Kampagne und verschlechterte das politische Klima in Europa und in der Welt.

Das polnische Volk hat das moralische Recht und die Pflicht, vor den gefährlichen Folgen einer solchen ungünstigen Entwicklung der internationalen Lage zu warnen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages haben wiederholt Vorschläge für vernünftige und reale Lösungen zur militärischen Entspannung gemacht, darunter auch für Gespräche über Nuklearraketen mittlerer Reichweite. Diese Vorschläge sind den westlichen Ländern wohlbekannt. Wir sind für die Fortsetzung der in den vergangenen Jahren begonnenen Gespräche, die das Ziel haben, die Verhältnisse in Europa auf den Prinzipien der gleichen Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens zu festigen. So wie wir denken auch viele Politiker auf der ganzen Welt,

die begreifen, wodurch ein Konflikt in unserer Zeit heraufbeschworen wird und was Spannungen und Feindseligkeiten in den Beziehungen zwischen den Staaten mit sich bringen.

Man muß dabei in gebührendem Maße auch die Bedeutung der Tatsache würdigen, daß bei dieser allgemeinmenschlichen Angelegenheit auch die Stimme von Papst Johannes Paul II. zu hören ist.

Wir werden uns niemals mit dem Gedanken abfinden, daß die große Sache des Friedens zunichte gemacht wird.

Eine tiefgründige Analyse der internationalen Lage hat Leonid Iljitsch Breschnew kürzlich in seinem „Prawda"-Interview gegeben. Wir teilen seinen Optimismus, seine Überzeugung, daß „in Europa in nächster Zeit viel Konstruktives zugunsten des Friedens getan werden kann".

Große Hoffnungen verbinden wir mit dem bevorstehenden Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Beratung in Madrid. Von unserer Seite aus tun wir alles, damit es der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki, der Festigung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit dient.

In Wien und in Genf sollen auch künftig auf zwei- und mehrseitiger Grundlage aktive Verhandlungen zu Fragen der Kernwaffen und der konventionellen Waffen geführt werden. Polen hat dazu seinen konstruktiven Beitrag geleistet und ist bereit, das weiterhin zu tun.

Im Vorjahr haben wir gemeinsam mit unseren Verbündeten im Warschauer Vertrag den Vorschlag über die Einberufung einer Konferenz zu Fragen der militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa unterbreitet. Die gegenwärtige politische Atmosphäre darf kein Hindernis für die Durchführung dieser Konferenz sein. Wir rechnen mit dem politischen Realismus der Regierungen der europäischen Staaten.

Eine Vereinbarung zur Frage der Einberufung der Konferenz, die beispielsweise im Verlauf des Madrider Treffens erzielt werden könnte, würde die internationale Lage zum Besseren wenden. Sie würde der Fortsetzung der Gespräche einen starken Impuls geben und günstige Voraussetzungen für die Lösung von Abrüstungproblemen schaffen.

Polen wäre bereit, die Teilnehmer der Konferenz in seiner Hauptstadt zu empfangen. Das würde eine Ehre für unser Land sein und symbolische Bedeutung haben.

Warschau, eine Stadt, die auf tragische Weise unter den Okkupanten gelitten hat, ist heute von friedlicher, schöpferischer Arbeit erfüllt. Deshalb wäre es ein würdiger und angemessener Platz für die Durchführung einer derart wichtigen Begegnung.

Volkspolen haben keine Mühe gescheut, um Versuche abzuwenden, Europa und die Welt vom Wege des Friedens und der Zusammenarbeit abzubringen. Wir sind überzeugt, daß die Vernunft triumphieren, daß das Verständnis für die Notwendigkeit siegen wird, den Prozeß der Entspannung aufrechtzuerhalten, das Wettrüsten zu zügeln und den Weg zur Abrüstung zu bahnen. Das fordern alle Völker.

Aufruf zu einem Kongreß aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg am 8. Mai 1980 in Mannheim

(Wortlaut)

Am 8. Mai 1945 brach die Naziherrschaft zusammen. Nach 12 Jahren einer beispiellos blutigen Diktatur mußte der NS-Staat bedingungslos kapitulieren. Er hatte den Zweiten Weltkrieg begonnen und die halbe Welt angegriffen, um sie seinem Imperium zu unterwerfen. 50 Millionen Tote, zahllose Kriegsversehrte und Heimatlose, unter ihnen viele Deutsche, waren das Ergebnis dieses verbrecherischen Wahnsinns.

Der 8. Mai 1945 war der Tag der Niederlage des Naziregimes. Der 8. Mai ist jedoch nicht nur für die Völker Europas, sondern auch für das deutsche Volk der Tag der Befreiung von einem der unmenschlichsten und grausamsten Systeme in der Geschichte. Die Welt atmete damals auf. Millionen Menschen schworen sich: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Die deutschen Widerstandskämpfer gegen das Naziregime setzten in den Jahren nach 1945 gemeinsam mit anderen Demokraten durch, daß zur Verhütung neuer Schreckensherrschaft jede Naziaktivität und -propaganda durch Verfassung und Gesetz verboten wurde.

Gemeinsam bekundeten sie ihren Willen: Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen.

Alles zu tun, damit der Krieg aus dem Leben der Völker für immer verbannt wird, damit nie wieder Militarismus und Völkerhaß die Menschheit in eine Katastrophe führen – dies ist auch heute der erklärte Wille von Millionen Menschen unseres Landes, die, die Lehren der Geschichte beherzigend, für Entspannung, Frieden und Abrüstung, für die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten kämpfen. Gerade Leid und Erfahrung aus dem Zweiten Weltkrieg lassen die Bedeutung von 35 Jahren ohne Krieg in Europa erkennen: Diese große Errungenschaft gilt es zu bewahren und nicht durch die Rückkehr zum Kalten Krieg, durch riesige und immer gefährlichere Waffenpotentiale, durch immer neue Hoch- und Nachrüstung zu gefährden.

Niemand hätte sich am Ende des Zweiten Weltkrieges träumen lassen, daß 35 Jahre nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur auf deutschem Boden massive Propaganda zur Verherrlichung des verbrecherischen Naziregimes betrieben würde. Doch heute führen in der Bundesrepublik Neonazis ihre provokatorischen Versammlungen durch und hetzen gegen Andersdenkende, ohne daß sie von den Behörden ernsthaft dabei behindert würden. Unter den alten blutbefleckten Divisionsbezeichnungen führen Verbände der ehemaligen SS „Traditionstreffen" durch. Mehr und mehr greifen Neonazis zur physischen Gewalt, schließen sich zu kriminellen Vereinigungen zusammen, die Banken und Munitionsdepots überfallen, Anschläge auf demokratische Politiker planen und durchführen. Zwar steht hinter diesen Kräften gegenwärtig keine Massenbewegung. Aber die Geschichte mahnt uns, den Anfängen zu wehren.

Beunruhigend sind nicht allein die Provokationen der offen auftretenden Neonazis. Anlaß zur Sorge gibt vor allem die Tatsache, daß der Neofaschismus überhaupt erst gedeihen konnte durch ein politisches Klima in unserem Land, das gekennzeichnet ist durch den Abbau demokratischer Rechte, die gefährlichen Wirkungen des Antikommunismus, durch nationalistische Überheblichkeit und militärische Großmannssucht. Die Justiz findet kein klares Wort zur Justiz des Nazistaates, im Gegenteil: die Freislerjustiz wird als herkömmliche Rechtspflege im Sinne der Gerichtsverfassung bezeichnet. Während Berufsverbote wegen politischer Gesinnung ein Klima der Furcht vor demokratischem Engagement schaffen, propagieren reaktionäre Kräfte unverhohlen ihre Sympathie mit faschistischen Diktaturen in anderen Ländern und rufen nach dem „starken Staat".

Gleichzeitig ist in den letzten Jahren in allen Bevölkerungskreisen, vor allem aber in der Jugend, das Bewußtsein von der Notwendigkeit antifaschistischen Handelns gewachsen und hat seinen Niederschlag in zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Diskussionen gefunden. Diese Entwicklung gilt es fortzuführen und die zahlreichen antifaschistischen Initiativen zu stärken.

Diese Bewegung steht dafür ein, daß die Menschen unseres Landes die Demokratie als ihre eigene Sache begreifen, daß der Neofaschismus zurückgedrängt wird und Versuche, den Kalten Krieg wieder zu beleben, erfolglos bleiben.

Der 8. Mai 1980, der 35. Jahrestag der Befreiung von der Naziherrschaft, ist uns Anlaß, unser Volk an die Erfahrungen seiner Geschichte zu mahnen, die Öffentlichkeit auf die uns von neonazistischer Seite drohenden Gefahren aufmerksam zu machen und Regierungen, Parlamente und Behörden zur Anwendung der Gesetze zu drängen. Bestimmungen zum Verbot neofaschistischer Aktivitäten, wie sie der Artikel 139 des Grundgesetzes absichert, müssen endlich voll respektiert werden. Die Forderungen des Brüsseler Appells der europäischen Organisationen der Wider-

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

Stamokap-Theorie. Krisenpolitik. Nationalisierungsprogramm BRD. Demokratische Wirtschaftsplanung Italien. Albers, Goldschmidt, Jung.
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Kritische Psychologie — Handlungsstrukturtheorie. Kritik: Rogers, Ottomeyer. Wundts Kritik am Experiment. Werkstattpapiere: Alkoholismus - Heroinsucht - Jugend
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo 12,80/11,-)

W.F. Haug: Ideologie/Warenästhetik/ Massenkultur
Thesen über Ideologie. Kritische Psychologie und Ideologie-Theorie. Thesen zur ästhetischen Erziehung.
SH 33 4,00 DM.

tees für die Bundesrepublik Deutschland – Alphonse Kahn, Frankfurt/Main, stellvertretender Vorsitzender der IEDW – Ferdinand Kammering, Ritterhude, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Jörg Kammler, Kassel – Fritz Karg, Mannheim, Gewerkschaftssekretär – Eugen Kessler, München, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau in der BRD – Werner Kiesewetter, Reutlingen, Betriebsratsvorsitzender – Dr. Heinar Kipphardt, Angelsbruck, Schriftsteller – Dietrich Kittner, Hannover, Kabarettist – Uwe Knickrehm, Bonn, Bundesvorsitzender des MSB-Spartakus – Lorenz Knorr, Frankfurt/Main, Publizist, Mitglied des Direktoriums der DFU – Dr. Werner Koch, Emlichheim, Präsident des Sachsenhausen-Komitees (BRD) – Hugo Köser, Bremen, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Walter Kreck, Bonn, Prof. em. – Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg – Ingrid Kurz, Hamburg, Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten" – Albert Lehmann, Raunheim, Stadtverordneter der SPD – Helmut Lölhöffel, Berlin, Redakteur – Heinz Lukrawka, Dinslaken, Betriebsratsvorsitzender – Willi Malkomes, Frankfurt/Main, Betriebsrat, Gewerkschaftsfunktionär – Klaus Mannhardt, Essen, Bundesvorsitzender der DFG/VK – Alfred Marchand, Frankfurt/Main, Vorsitzender der SPD Preungesheim – Anna Meier, Namborn, Mitglied des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten – Wilfried Mercks, Aachen, stellvertretender Juso-Unterbezirksvorsitzender – Friedhelm Meyer, Düsseldorf, Pfarrer – Ingpeer Meyer, München, Bundesvorsitzender der Deutschen Jugendpresse e. V. – Prof. D. Dr. Manfred Mezger, Mainz-Gonsenheim – Dr. h. c. Herbert Mochalski, Kronberg 2, Pfarrer – Ilse B. Morweiser, Ludwigshafen-Edigheim, Betriebsratsvorsitzende – Gisela Mühlberger, Frankfurt/Main, Gewerkschaftssekretärin HBV-Frankfurt – Gertrud Müller, Stuttgart, Lagergemeinschaft Ravensbrück BRD, Vizepräsidentin des Internationalen Lager-Komitees Ravensbrück – Norbert Müller, Freiburg, Rechtsanwalt Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten – Renate Müller, Kassel, Jugendvertreter IG Metall, KJA-Vorsitzende – Horst Nicoley, Syke, Ortsvereinvorsitzender der IG Druck und Papier, Bremen – D. Martin Niemöller, Wiesbaden – Udo Nobel, Nordenham, Betriebsratsmitglied, SDAJ-Kreisvorsitzender Vertreter der IG Metall – Ingrid Nokel, Bremen, Journalistin – Robert Nonnenmacher, Mainz, Malermeister, Obermeister – Prof. Dr. jur. Norman Paech, Hamburg, Bundesvorsitzender der VDJ – Prof. Dr. Irene Pieper-Seier, Oldenburg – Hildegard Proft, Köln, Zentraler Arbeitskreis der DFI – Elfi Rach, Bonn, Betriebsratsvorsitzende – Prof. Dr. Jürgen Redhardt, Staufenberg 4, Vizepräsident der VVN-Bund der Antifaschisten – Prof. Dr. med. Michael Regus, Siegen – Prof. Dr. Helmut Ridder, Gießen, Universitätsprofessor – Dr. Josef Cornelius Rossaint, Düsseldorf, Präsident der VVN-Bund der Antifaschisten – Dieter Seidel, Kassel, Vorsitzender des IGM-Ortsjugendausschusses Kassel, Betriebsratsmitglied – Eckart Spoo, Hannover, Journalist – Horst Symanowski, Mainz, Pfarrer i. R. – Julius Schätzle, Stuttgart, Dokumentationszentrum „Oberer Kuhberg", Ulm – Heinz Schlapkohl, Ludwigshafen, Betriebsrat BASF – Prof. Dr. Dr. h. c. Josef Schleifstein, Frankfurt/Main, Leiter des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen – Rena Schneider, Nordenham, Vorstandsmitglied Interessengemeinschaft Umweltschutz Nordenham – Hannah Schönig, Bielefeld, Lehrerin – Peter Schorre, Bonn, Bundesvorsitzender Service Civil International – Karl Schreiber, Bickenbach, Vorsitzender der Lagergemeinschaft ehemaliger Insassen des KZ-Lagers Osthofen – Joachim Schwammborn, Frankfurt/Main, Rechtsanwalt – Helmut Stein, Hamburg, Justitiar – Peter Steiner, Berlin, Tageszeitung „Die Neue" – Wulf Steinvorth, Pinneberg, Gewerkschaftssekretär – Carmen Stienen, Köln, Sekretärin der „Bläck Fööss" – Christoph Strässer, Münster, Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten – Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen, Universität Bremen, Generalsekretär der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen – Werner Stürmann, Dortmund, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) – Peter Stutz, Bonn, VDS-Vorstandsmitglied, SHB – Horst Trapp, Frankfurt/Main, Mitglied des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit – Otto Wahl, Stuttgart, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Mauthausen – Rolf Warneke, Wedel, Betriebsratsvorsitzender – Gerhard Weber, Hamburg, Generalsekretär CVJM – Josef Weber, Kaarst, Mitglied des Direktoriums der DFU – Prof. Dr. Erich Weigelin, Wachtberg-Pech, Direktor des Instituts für experimentelle Ophtalmologie an der Universität Bonn – Bernhard W. Wette, München, Herausgeber der Zeitschrift „Lass maro tschatschepen" (Jahrbuch zur Situation der Zigeuner in der BRD) – Renate Wisbar, Bonn, ÖTV-Kreisfrauenausschuß Bonn, Zentraler Arbeitskreis der DFI – Heinz Werner Wurstius, Frankfurt/Main, Bezirkssekretär der IG Druck und Papier, Frankfurt/Main – Walter Wuttke-Groneberg, Tübingen, Wissenschaftlicher Angestellter, Mitglied im Bundesvorstand des BdWi – Jürgen Zehm, Pinneberg, Personalratsvorsitzender – Jörg Zimmermann, Mühlheim, stellvertretender Landesschulsprecher (Hessen) – Otto Zimpelmann, Ludwigshafen, Betriebsrat BASF, Mitglied des Weltfriedensrates

Demonstration und Kundgebung aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg

am Samstag, 10. Mai 1980 in Mannheim

Demonstration: 11.00 Uhr – ab Rosengarten

Kundgebung: 12.00 Uhr – Pardeplatz

standskämpfer und Verfolgten des NS-Regimes nach Auflösung der SS-Verbände und aller anderen Nazigruppierungen, nach Unterbindung ihrer Aktivität und Propaganda, müssen Wirklichkeit werden.

Alle Demokraten, alle, denen es um die Verwirklichung des antifaschistischen und antimilitaristischen Auftrages des Grundgesetzes geht, sind jetzt aufgerufen, gemeinsam aktiv zu werden, sich mehr als früher zusammenzuschließen und ihr Vorgehen aufeinander abzustimmen.

Um diesem Ziel zu dienen, führen die Unterzeichner

am 10. und 11. Mai 1980 in den Räumen des Mannheimer „Rosengarten"

einen antifaschistischen Kongreß durch.

Wir rufen alle antifaschistischen Organisationen und Persönlichkeiten, gleich welcher parteipolitischen oder weltanschaulichen Richtung auf, an diesem Kongreß teilzunehmen.

Antifaschistische Initiative in der Bundesrepublik Deutschland zum Kongreß „35. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg"

Diesen Aufruf haben unter anderem folgende Persönlichkeiten unterschrieben:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/Main – Dr. Karl Ackermann, Mannheim, Herausgeber des „Mannheimer Morgen" – Inge Aicher-Scholl, Rotis, Gemeinde Leutkirch – Hanneliese Appelrath, Bonn, SPD-Stadtverordnete, Angestellte – Kurt Bachmann, Weiden bei Köln, Mitglied des Präsidiums der DKP – Herbert Bayer, Kriftel, Gewerkschaftssekretär HBV, Frankfurt/Main – Dr. med. Winfried Beck, Offenbach, Delegierter in der Landesärztekammer Hessen – Arno Behrisch, Hof/Saale, Mitglied des Direktoriums der DFU – Rolf Berghorn, Bonn, Bundesvorsitzender des SHB – Horst Bergmann, Bremerhaven, Betriebsrat, Vertreter und Vertrauensmann IGM – Arend Bertzbach, Bremen, Pastor – Horst Bethge, Hamburg, Lehrer, Mitglied des GEW-Landesvorstandes – Dr. Wolfgang Beutin, Hamburg – Wolfgang Bing, Fulda, Personalrat und Mitglied des Bezirksvorstandes DPG Hessen – Willi Bleicher, Stuttgart, Mitglied der Internationalen Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora – Martin Böttger, Bonn, VDS-Vorstandsmitglied, LHV – Prof. Dr. Egbert Brieskorn, Bonn – Fritz Bringmann, Aukrug, Generalsekretär der Amicale Internationale de Neuengamme – Christiane Bruns, Bonn, VDS-Vorstandsmitglied, MSB – Helmut Buck, Reutlingen, 1. Bevollmächtigter der IG Metall, Verwaltungsstelle Reutlingen – Martha Buschmann, Düsseldorf, Mitglied des Präsidiums der DKP und des Weltfriedensrates – Emil Carlebach, Frankfurt, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Journalisten-Union, Vizepräsident der Internationalen Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora – Peter O. Chotjewitz, Haunetal-Kruspis, Mitglied im Bundesvorstand des Verbandes Deutscher Schriftsteller – Günter Daus, Mülheim-Ruhr, Sekretär des Komitees der Moorsoldaten – Dr. Franz-Josef Degenhardt, Quickborn, Liedermacher – Prof. Dr. med. H. U. Deppe, Frankfurt/Main – Dr. Ingeborg Drewitz, Berlin, Vizepräsidentin des PEN-Zentrums der BRD – Peter Dreyer, Mannheim, stellvertretender Vorsitzender VDJ, Mitglied des Bezirksvorstandes Baden-Württemberg der ÖTV – Dr. Heinz Düx, Friedrichsdorf, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frankfurt/Main – Ernst Eicher, Alsheim, Winzer – Dr. Konrad Elsässer, Oberursel, Pfarrer, Vorsitzender des Christlichen Friedensdienstes – Bernt Engelmann, Rottach-Egern, Schriftsteller – Helmut Erwe, Bonn, Rechtsreferendar, Bundesvorstand DFG/VK, – Anne-Marie Fabian, Köln, Journalistin – Prof. Dr. Walter Fabian, Köln, Hochschullehrer und Publizist – Albert Fischer, Metzingen, Vorsitzender des Ortskartells DGB Metzingen und Kreisvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten, Reutlingen-Tübingen – Uschi Flacke, Köln, Liedermacherin – Floh de Cologne, Köln, Theatergruppe – Ekkes Frank, Weilheim/Teck, Autor und Liedermacher – Simon-Peter Gerlach, Gelsenkirchen-Bismarck, Pfarrer – Karin Gierszewski, Esslingen, Jugendbildungssekretärin NFJD – Peter Gingold, Frankfurt/Main, Mitglied des Internationalen Auschwitz-Komitees – Lutz Görner, Köln, Rezitator – Hans Goethe, Wald-Michelbach, Pfarrer i. R., Beigeordneter der Gemeinde Wald-Michelbach/Odenwald – Prof. Dr. D. Helmut Gollwitzer, Berlin – Gerd Greune, Rueil-Malmaison, Geschäftsführender Bundesvorstand DFG/VK, Kuratoriumsmitglied der Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Zusammenarbeit – Prof. Dr. HAP Grieshaber, Reutlingen – Gottfried Grimm, Lübeck, Vertrauensmann IG Metall – Dieter Hildebrandt, München, Kabarettist – Dr. Wilhelm Hoegner, München – Willi Höhn, Frankfurt/Main, Sprecher der Gemeinschaft der republikanischen Spanienfreiwilligen in der BRD – Heinz Hoffmann, Gerlingen, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands – Prof. Dr. Klaus Holzkamp, Berlin, Hochschullehrer an der Freien Universität Berlin – Fasia Jansen, Oberhausen, Polit-Sängerin – Mechtild Jansen, Köln, Büro des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Zentraler Arbeitskreis Demokratische Fraueninitiative – Hans Jennes, Frankfurt/Main, Generalsekretär der VVN-Bund der Antifaschisten – Prof. Dr. Walter Jens, Tübingen – Edith Jürgensen, Eckernförde, Vorsitzende der Ortsverwaltung Schleswig-Eckernförde der HBV – Heinz Junge, Dortmund, Sekretär des Sachsenhausen-Komi-

Autoren des Heftes

Daniel LULINSKI, außenpolitischer Kommentator der Zeitung „Trybuna Ludu", Warschau. *** Ulrich RUPP, geb. 1953 in Kempen/Niederrhein, Studium der Russistik und Politikwissenschaft an der Universität Marburg, Mitglied der Redaktion des Antiimperialistischen Informationsbulletins; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Axel PINCK, geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Alfred KREUTZBERG, geb. 1947 in Marktbreit, Studium der Rechtswissenschaften, Rechtsanwalt. *** Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA. *** Helmut Wolfgang KAHN, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u. a. das Buch „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", München/Bern/Wien 1969; bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". *** Christian GÖTZ, geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. *** Gaby ZIPFEL, geb. 1952, Studium der Germanistik und der Politologie an der Universität Hamburg, Leiterin des VDS-Projektbereichs Frauen; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage. *** Dr. Vera HOLZ, geb. 1949 in Bremen, Studium der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Promotion in Bremen; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Druckfehlerberichtigung: In dem Artikel „Zur Entwicklung in Afghanistan" von Norman Paech, „Blätter", 2/1980, muß es auf S. 165 im 2. Absatz „Brautpreise" und nicht „Baupreise" heißen. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS420,–; hfl 63,–; bfrs925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006–4416

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (3/80)
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

KOERTING
CLAUS
0597
73518
WALLFRIEDSWEG 15
4330 MUELHEIM

Manfred
Bosch

Der Kandidat

»Deutschland muß wieder die erste Geige spielen!«

Kleine
Bibliothek

Pahl-
Rugenstein

Autoren des Heftes

Daniel LULINSKI, außenpolitischer Kommentator der Zeitung „Trybuna Ludu", Warschau. *** Ulrich RUPP, geb. 1953 in Kempen/Niederrhein, Studium der Russistik und Politikwissenschaft an der Universität Marburg, Mitglied der Redaktion des Antiimperialistischen Informationsbulletins; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Axel PINCK, geb. 1949 in Hamburg, Diplom-Volkswirt; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** Alfred KREUTZBERG, geb. 1947 in Marktbreit, Studium der Rechtswissenschaften, Rechtsanwalt. *** Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA. *** Helmut Wolfgang KAHN, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte u. a. das Buch „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", München/Bern/Wien 1969; bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". *** Christian GÖTZ, geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. *** Gaby ZIPFEL, geb. 1952, Studium der Germanistik und der Politologie an der Universität Hamburg, Leiterin des VDS-Projektbereichs Frauen; Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage. *** Dr. Vera HOLZ, geb. 1949 in Bremen, Studium der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Promotion in Bremen; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Druckfehlerberichtigung: In dem Artikel „Zur Entwicklung in Afghanistan" von Norman Paech, „Blätter", 2/1980, muß es auf S. 165 im 2. Absatz „Brautpreise" und nicht „Baupreise" heißen. D. Red.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS420,–; hfl 63,–; bfrs925,–; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7 800,–; 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006–4416